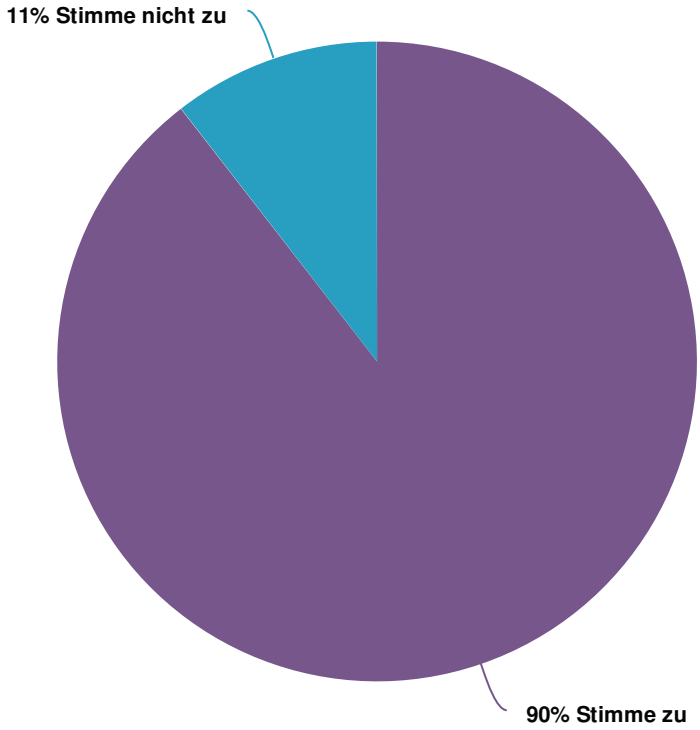
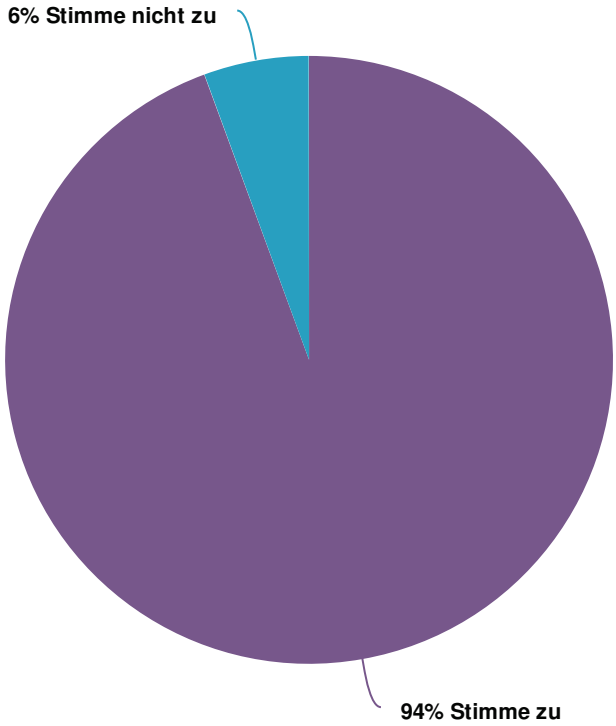
4. Demokratie lebt vom Engagement der Bürger: mit der überhasteten Aussetzung der Wehrpflicht wurde sowohl die Bundeswehr als auch die Sozialdienste vor erhebliche Probleme gestellt. Zudem sind THW und Feuerwehren mit Problemen der Nachwuchsgewinnung konfrontiert. Die AfD fordert, dass sich die Landesregierung im Bund für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht einsetzt. Diese soll sowohl eine Wehrpflicht als auch einen Zivildienst umfassen. Damit sollen Bundeswehr, Sozialdienste, sowie THW und Feuerwehren zukunftsfähig gemacht werden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	89.5%	687
Stimme nicht zu	10.5%	81

Total: 768

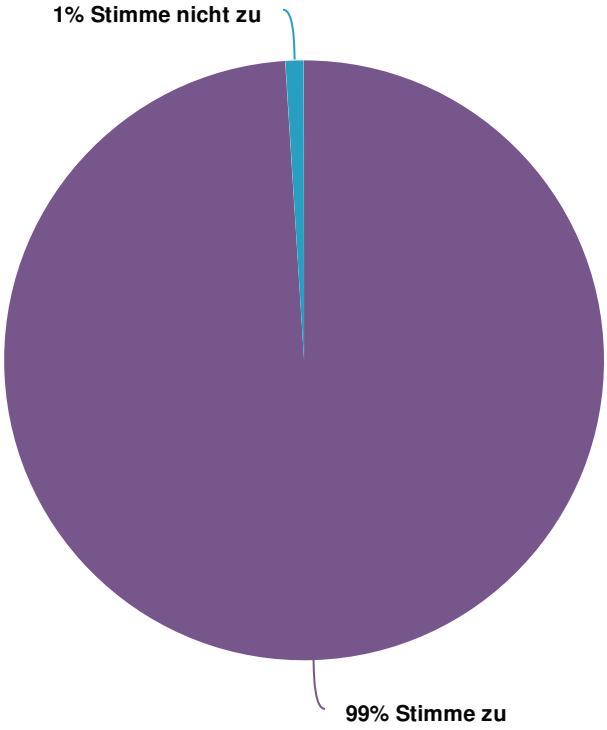
5. Bundeswehrstandorte in Bayern erhalten und stärken Der überzogene Abbau der Truppe mit überproportionalem Anteil bei den Traditionsstandorten in Bayern wurden seitens der Landesregierung zugelassen. Damit wurde die soziale wie wirtschaftliche Verankerung mit der Bundeswehr geschwächt. Die AfD fordert ein starkes Engagement der Bayerischen Staatsregierung für die Bundeswehr in Bayern und in Deutschland. Bayern als großes Flächenland tritt insbesondere in Zeiten zunehmender Unsicherheit für eine starke in der Heimat verankerte Bundeswehr ein.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	94.4%	727
Stimme nicht zu	5.6%	43

Total: 770

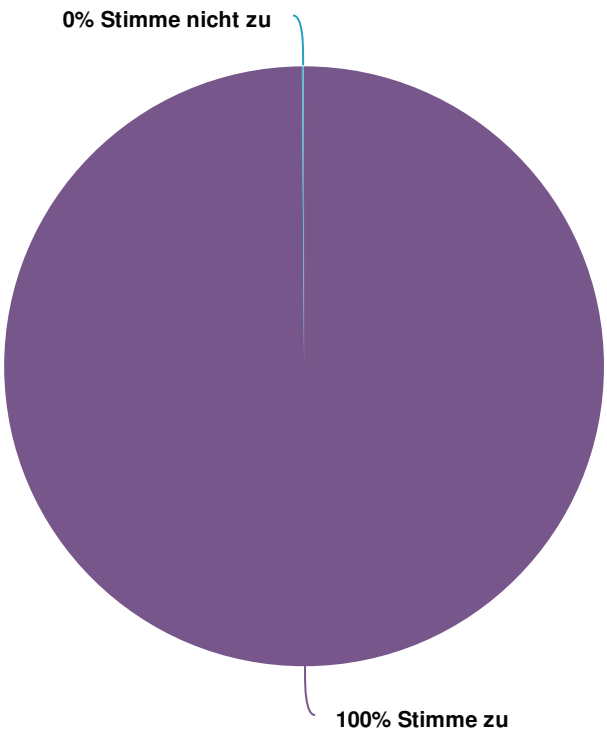
6. Verhinderung ausländischer Einflussnahme und Radikalisierung
Ausländische Einrichtungen nehmen zunehmend Einfluss auf die religiösen und politischen Entwicklungen in Deutschland und tragen zur Radikalisierung bei. Wir fordern ein Verbot der Finanzierung von religiösen Einrichtungen mit Geldern aus dem Ausland.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.0%	761
Stimme nicht zu	1.0%	8

Total: 769

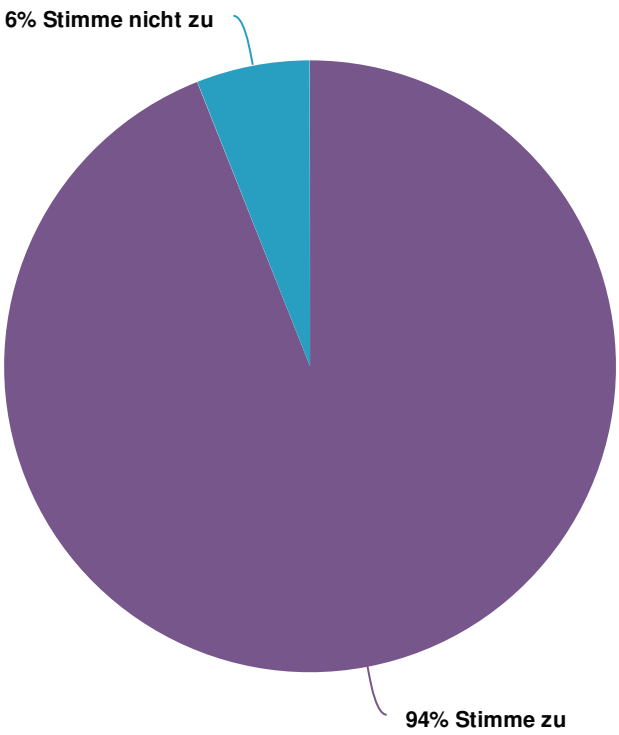
7. Zudem fordern wir eine strengere Kontrolle ggf. ein Verbot der Betätigung von ausländischen privaten wie staatlichen Einrichtungen mit religiös-politischer Ausrichtung die gegen das Grundgesetz und unsere freiheitlich, westlich geprägte Werteordnung gerichtet sind.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.9%	768
Stimme nicht zu	0.1%	1

Total: 769

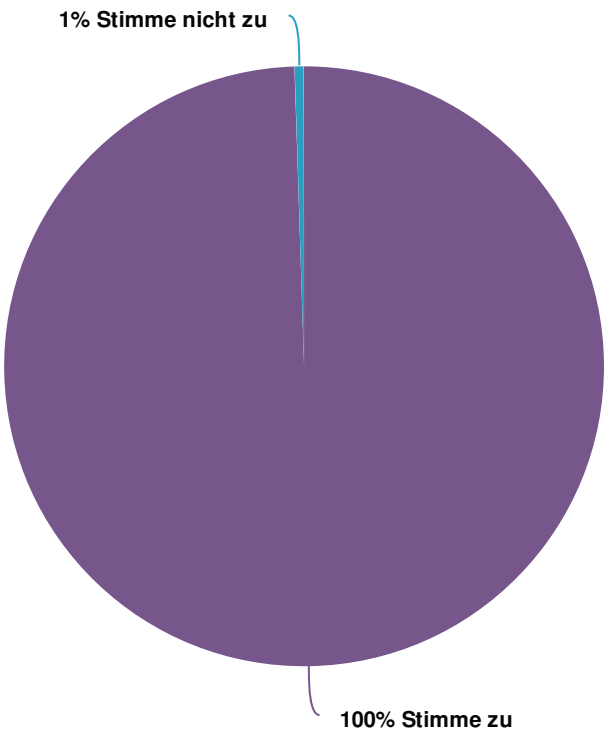
8. Daher fordern wir auch ein Verbot der religiös-politischer Betätigung von ausländischen Geistlichen. Predigten und religiöse Ansprachen haben auf deutsch zu erfolgen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	94.0%	722
Stimme nicht zu	6.0%	46

Total: 768

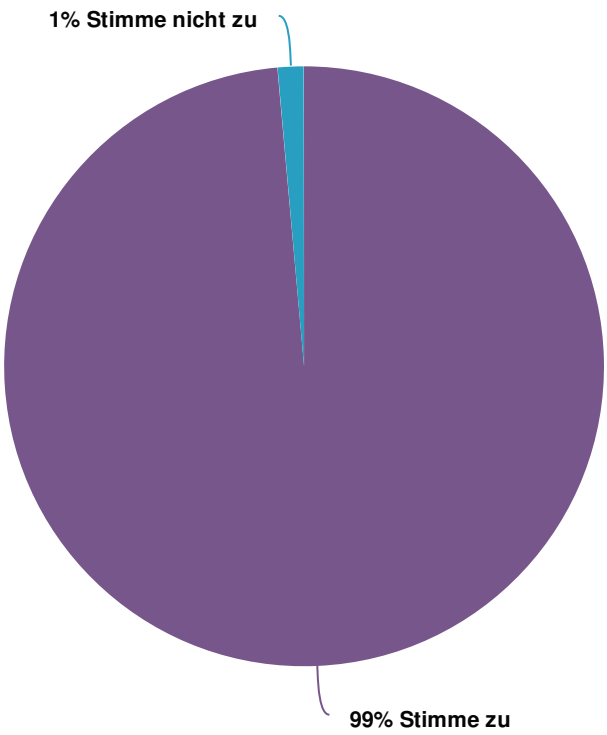
9. Die unkontrollierte und rechtswidrige Migration nach Deutschland und insbesondere nach Bayern dauert nach wie vor an. Die AfD fordert daher die Duldung von illegalen Grenzübertritten zu beenden und stattdessen nicht berechtigte Migranten an der Grenze zurückzuweisen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.5%	766
Stimme nicht zu	0.5%	4

Total: 770

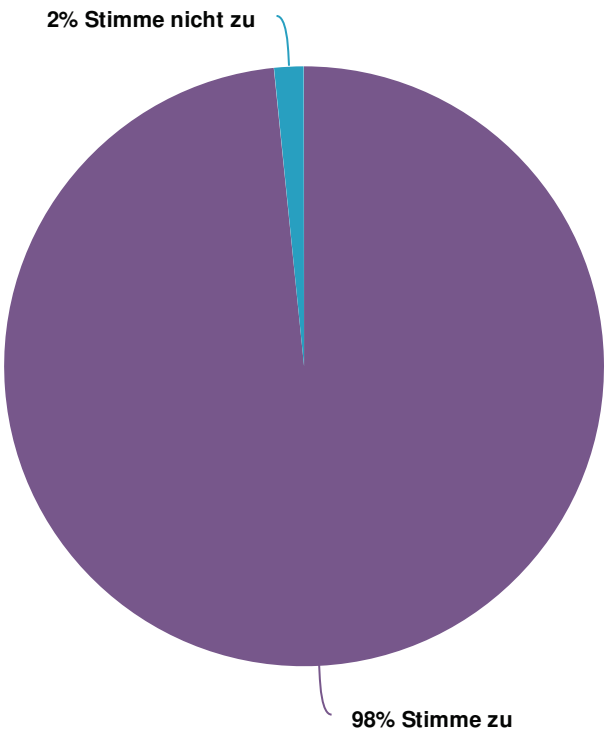
10. Asylzentren sind direkt an der Grenze zu betreiben. Die „grüne Grenze“ ist aktiv zu sichern.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.6%	756
Stimme nicht zu	1.4%	11

Total: 767

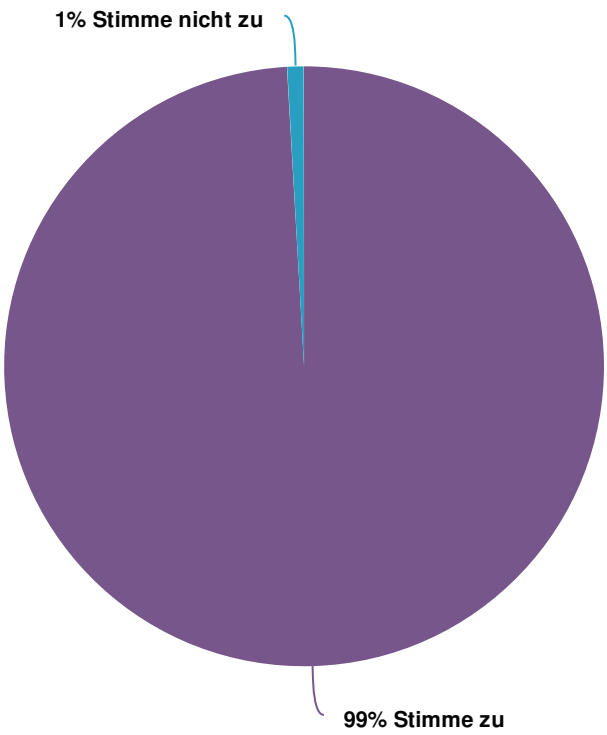
11. Bei der Überwachung der Grenzen ist gegebenenfalls auf technische Amtshilfe (Überwachungstechnik) zurückzugreifen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	757
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 769

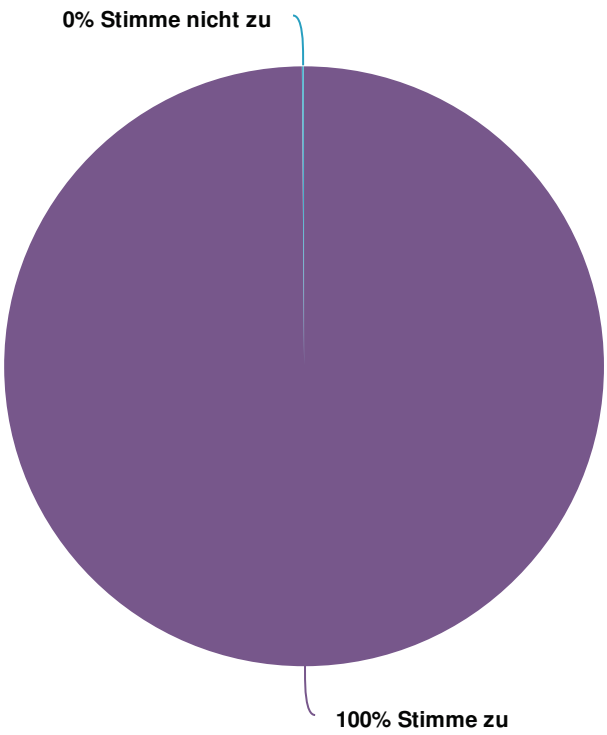
12. Die illegale Migration geht zu Lasten der bayerischen Steuerzahler, der Sicherheitslage und der Zukunftsfähigkeit Bayerns durch fehlende Investitionsmittel sowie tatsächlich Asylberechtigter. Wir fordern dazu, dass sich die bayerische Staatregierung im Bund für die Etablierung von Rückführungsabkommen unter Einsatz außenpolitischer Maßnahmen (z.Bsp Visa, Entwicklungshilfe) einsetzt.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.1%	760
Stimme nicht zu	0.9%	7

Total: 767

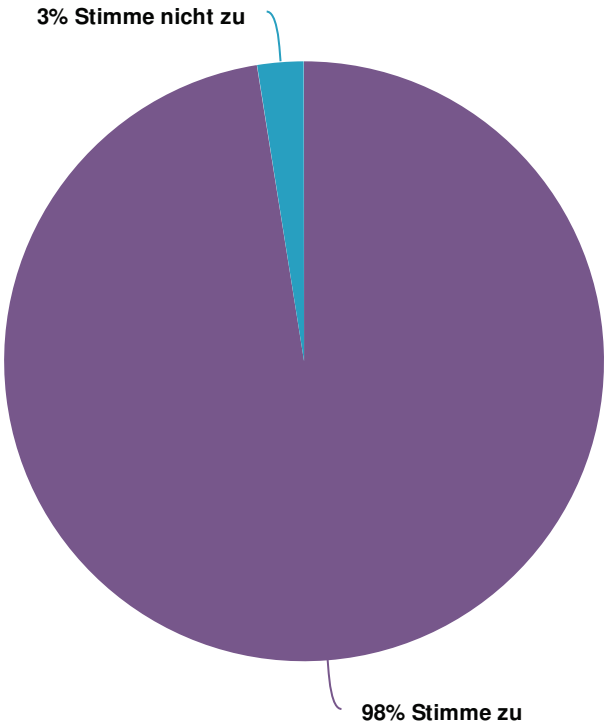
13. Wir fordern daher, dass nicht aufenthaltsberechtigte Migranten nunmehr tatsächlich und nachprüfbar konsequent abgeschoben werden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.9%	766
Stimme nicht zu	0.1%	1

Total: 767

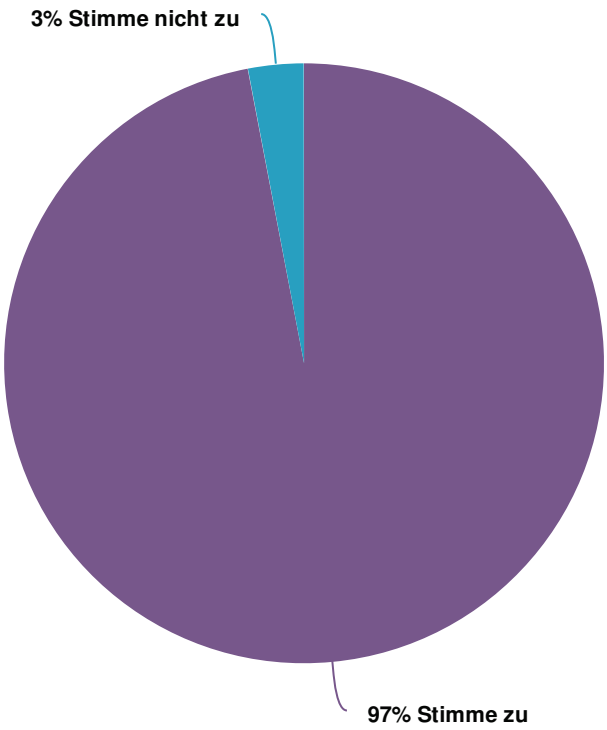
14. Wir fordern von der Staatsregierung, in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten, die Angleichung der gesetzlichen Asylleistungen in den EU-Ländern auf ein für alle EU-Staaten verbindliches Mindestniveau an Sachleistungen vorzunehmen, um Fehlanreize zur Immigration von Wirtschaftsflüchtlingen nach Deutschland und Bayern zu beseitigen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.5%	745
Stimme nicht zu	2.5%	19

Total: 764

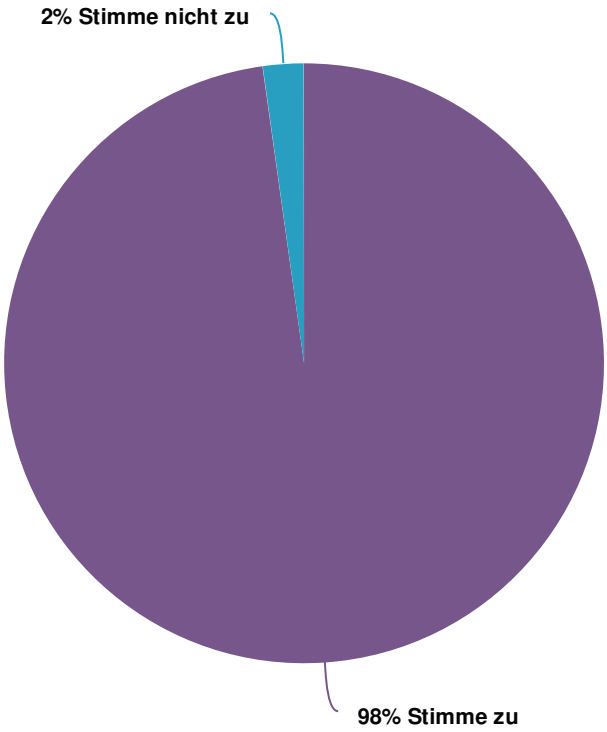
15. Die AfD fordert für Bayern eine enge Zusammenarbeit mit den Regierungen unserer Nachbarländer (Österreich und Visegrád-Staaten) für folgende gemeinsame Zielstellungen: - stärkere Hilfe vor Ort in Regionen von Krisenstaaten sowie verstärkte Koppelung der monetären Hilfen an die Bereitschaft von Drittstaaten zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.0%	744
Stimme nicht zu	3.0%	23

Total: 767

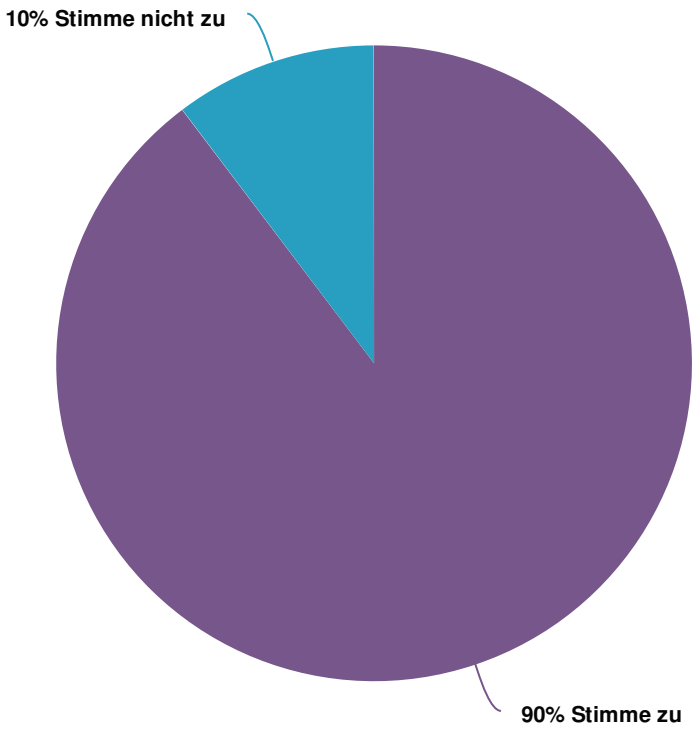
16. Effizienter EU-Außengrenzschutz und Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Deutschland, Bayern, Österreich und den Visegrád-Staaten durch bilaterale Grenzraumkontrollen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.8%	751
Stimme nicht zu	2.2%	17

Total: 768

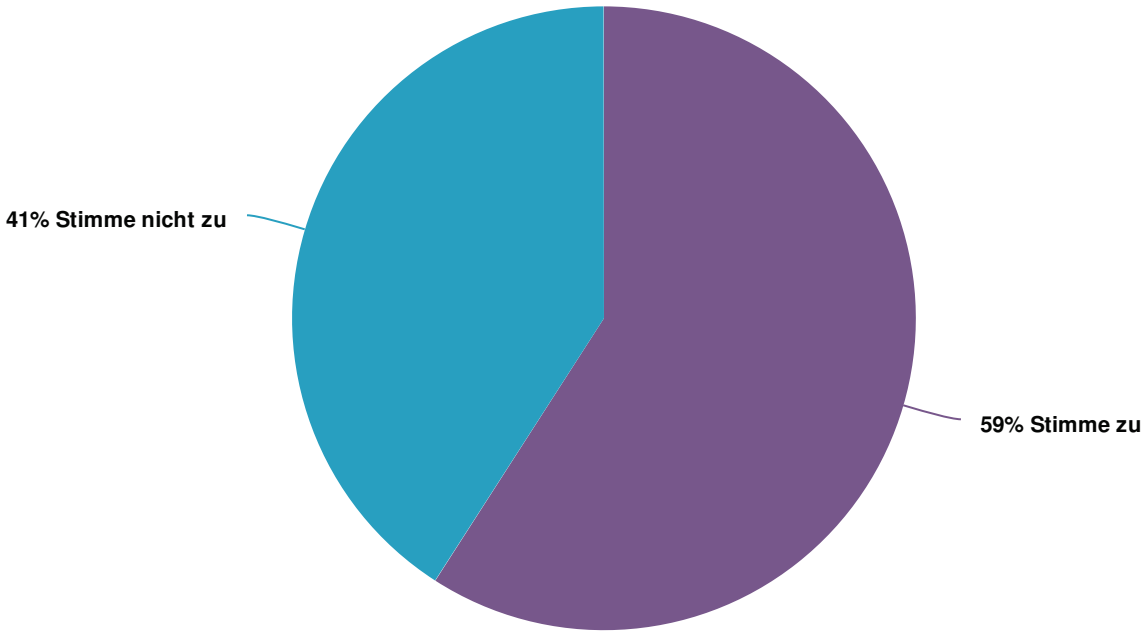
17. Die AfD fordert die Gründung eines „BayernFonds“, der den bayerischen Mittelstand fördert und bayerische Schlüssel- und Zukunftstechnologien vor dem Ausverkauf an ausländische Investoren durch Beteiligung bewahrt.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	89.7%	686
Stimme nicht zu	10.3%	79

Total: 765

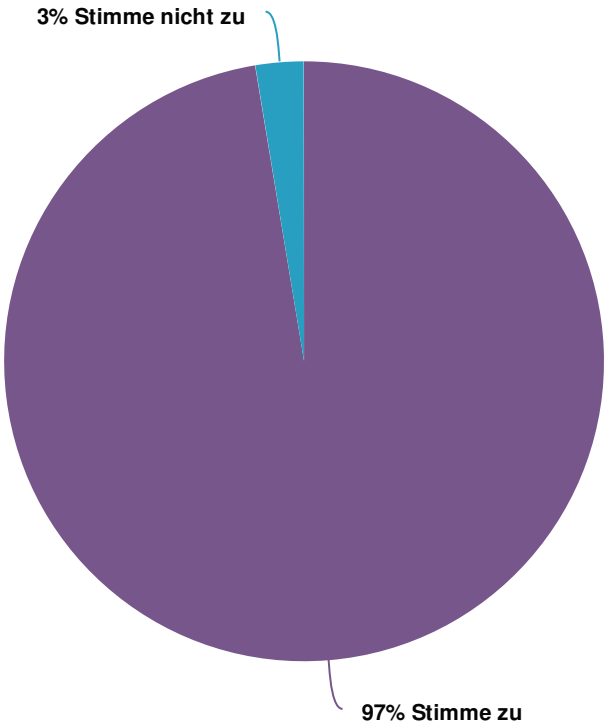
18. „Biertrinken für Bayern“. Sind Sie dafür, dass der Bayernfonds jährliche Einnahmen in Höhe der Biersteuer als Finanzierungsgrundlage erhält.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	59.1%	433
Stimme nicht zu	40.9%	300

Total: 733

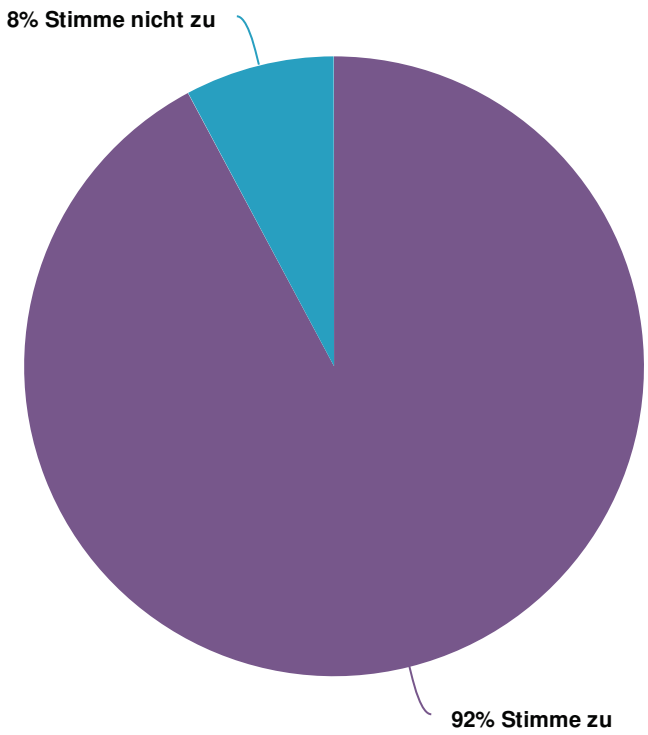
19. Die AfD setzt sich für Bürokratieabbau ein. Durch zu viel Verwaltungsbürokratie werden auf Seiten der Wirtschaft wertvolle Ressourcen wie Zeit und finanzielle Mittel vernichtet. • Vereinheitlichung und Vereinfachung von Gesetzen und Verwaltungsabläufen • Behörde online • Reduzierung von Statistikanforderungen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.4%	750
Stimme nicht zu	2.6%	20

Total: 770

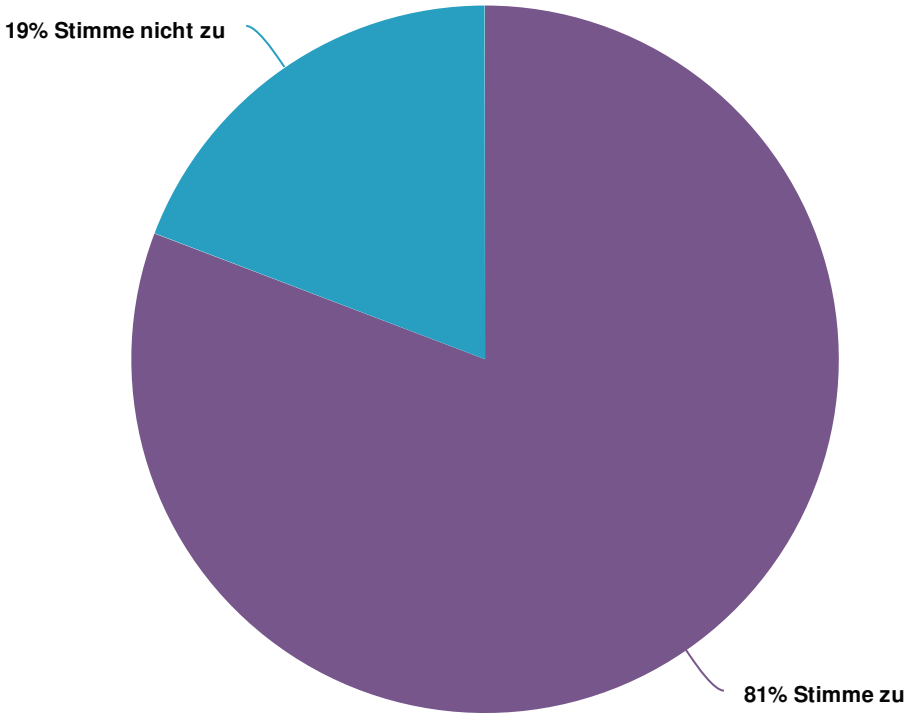
20. Die AfD Bayern setzt sich für eine doppelte Buchführung in der öffentlichen Verwaltung ein. Die doppelte Buchführung in der öffentlichen Verwaltung erlaubt dem Bürger, sich ein objektives Bild über den wirtschaftlichen und finanziellen Erfolg politischen Handelns zu machen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	92.2%	699
Stimme nicht zu	7.8%	59

Total: 758

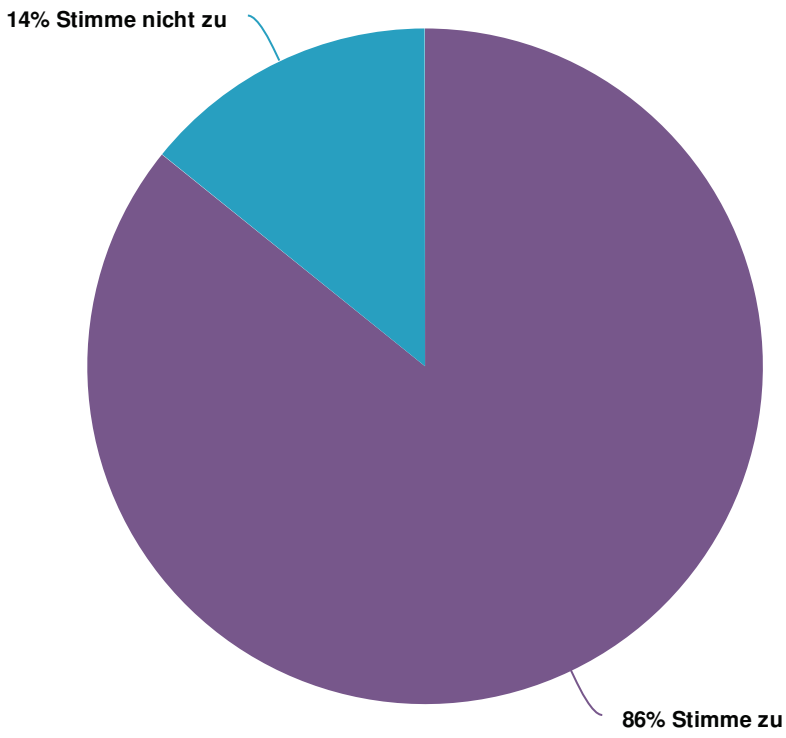
21. Die AfD setzt sich für eine Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren bezogen auf Wohnbauten der Gebäudeklassen 1 und 2 bei einem qualifizierten Bebauungsplan ein. Anstatt von bürokratischen Genehmigungsverfahren für Bauanträge soll grundsätzlich das Anzeigeverfahren genutzt werden. Im Anzeigeverfahren gilt ein (Bau-)Vorhaben als genehmigt, wenn eine (Bau-) Behörde einen Antrag nicht innerhalb von 8 Wochen ablehnt.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	80.8%	609
Stimme nicht zu	19.2%	145

Total: 754

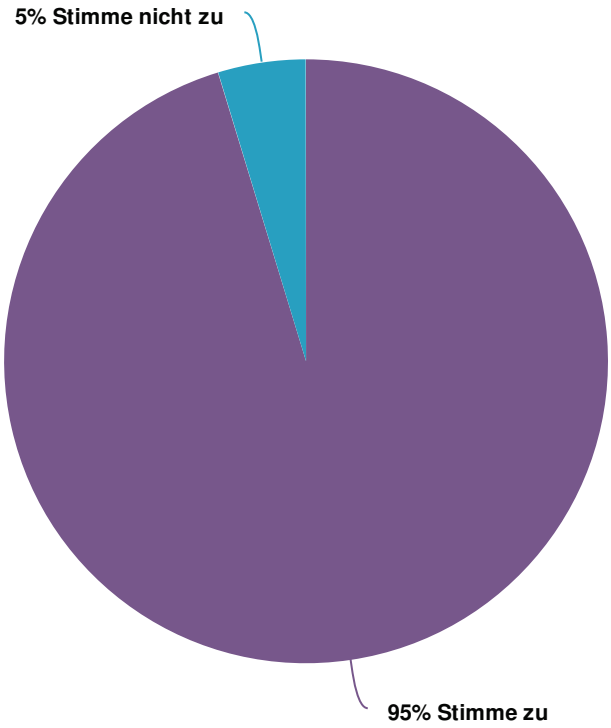
22. Die AfD fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer. Die Erbschaftssteuer ist leistungsfeindlich, weil sie bereits versteuertes Einkommen erneut besteuert. Erbschaften stellen zudem einen i.d.R. bewusst vorgenommenen Konsumverzicht der Erblasser zugunsten ihrer Nachkommen dar. Der Anteil der Erbschaftssteuer am Steueraufkommen ist sehr gering, zudem stehen den Einnahmen hohe Verwaltungskosten entgegen. Die Erbschaftssteuer wurde deshalb bereits in vielen Ländern, u.a. Österreich abgeschafft.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	85.8%	653
Stimme nicht zu	14.2%	108

Total: 761

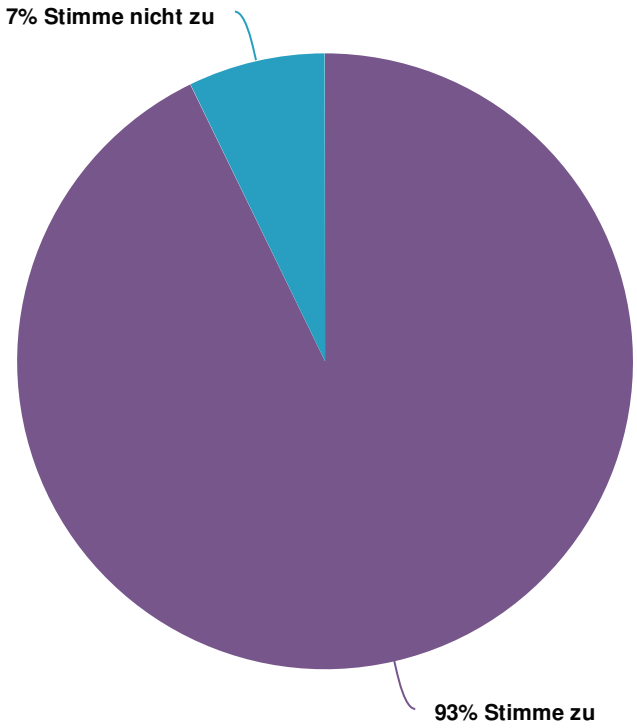
23. Die AfD fordert, Steuerverschwendung zu bestrafen. Die Verschwendung von Steuermitteln führt dazu, dass diese Mittel für die Finanzierung der Staatsausgaben fehlen und den Haushalt zusätzlich belasten. Wir fordern daher neben der Steuerhinterziehung die Steuerverschwendung als Straftatbestand zu ahnden. Die Entscheider in der öffentlichen Hand sollen zukünftig als „öffentliche Unternehmer“ in der Haftung stehen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.3%	723
Stimme nicht zu	4.7%	36

Total: 759

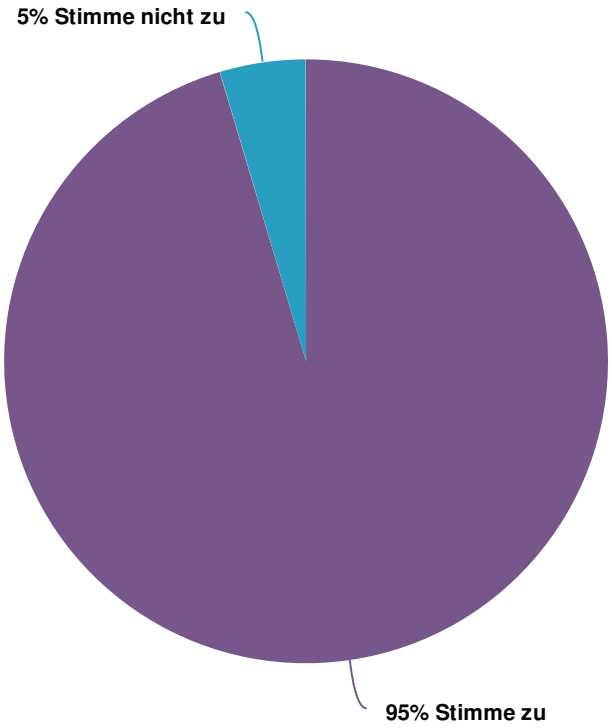
24. Die AfD fordert das Wohnbauförderungsprogramm „BayernWohnbau“ für Bayern. Das Programm sieht unter anderem Steuererleichterungen, Wegfall der Grunderwerbsteuer, Finanzierungsunterstützung für Familien mit Kindern, die Optimierung des Förderprogramms der Landesbodenkreditanstalt und eine Eigenkapitalförderung durch Bürgschaften des Freistaats Bayern vor. Dies soll nur für die erste eigengenutzte Immobilie gelten.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	92.8%	705
Stimme nicht zu	7.2%	55

Total: 760

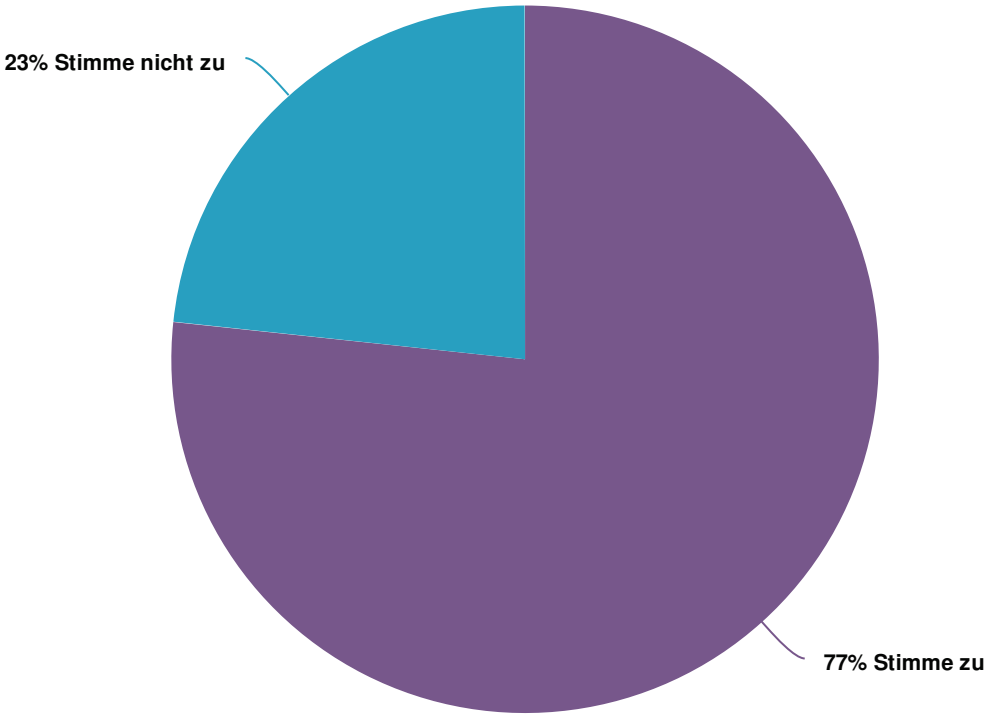
25. Wir fordern eine Bewußtseinskampagne zur Förderung der Willkommenskultur für ungeborene Kinder. Wir fordern, daß die Schulen junge Menschen zu Respekt vor dem Leben erziehen und ein positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.4%	729
Stimme nicht zu	4.6%	35

Total: 764

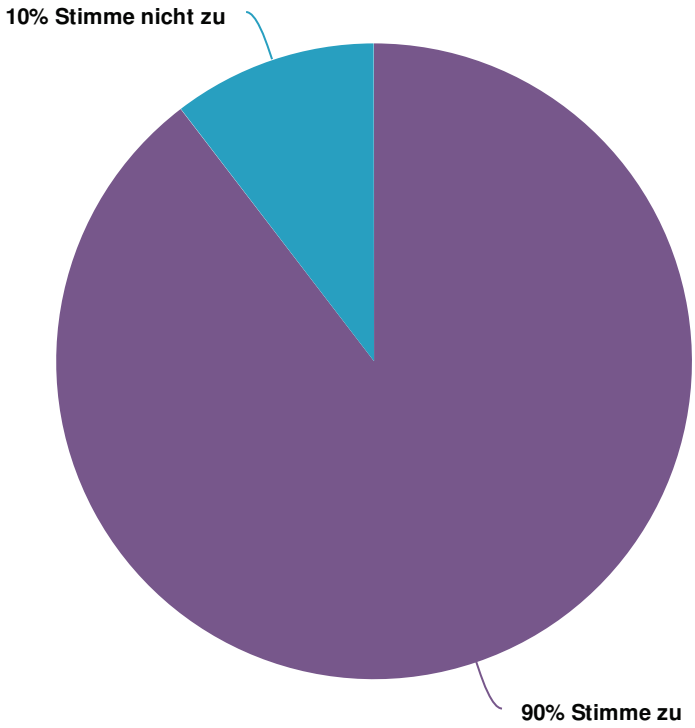
26. Ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Abtreibung ist daher grundsätzlich Unrecht, auch wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen straffrei bleibt. Alle Bestrebungen, die Tötung Ungeborener zu einem „Menschenrecht“ zu erklären, lehnen wir konsequent ab.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	76.7%	578
Stimme nicht zu	23.3%	176

Total: 754

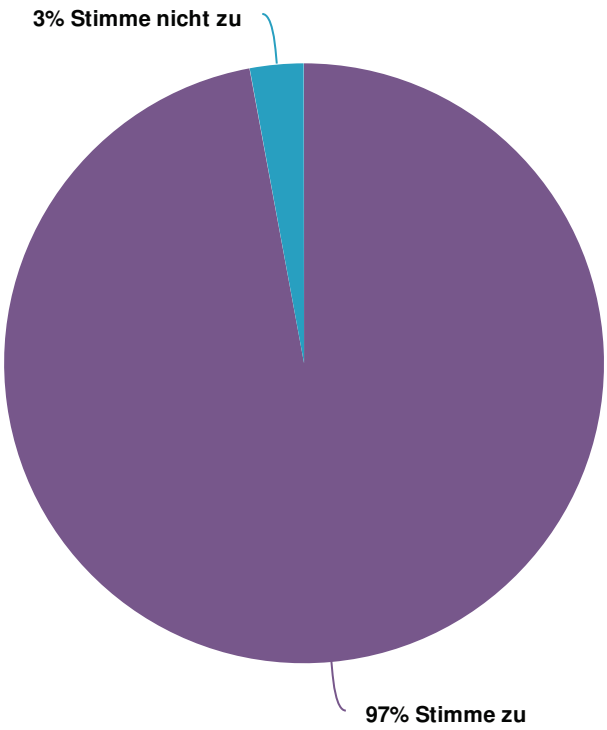
27. Wir fordern für schwangere Frauen in besonderem Maße die Fürsorge und Unterstützung seitens des Staates. Sie sollen durch Beratung und Hilfe ermutigt werden, auch in schwierigen Situationen „Ja“ zu ihrem Kind zu sagen. Die Schwangerschaftskonfliktberatung muß tatsächlich dem Schutz des Lebens dienen. Sie soll nach Möglichkeit den Vater des ungeborenen Kindes und die werdenden Großeltern mit einbeziehen. Neben dem Angebot von Hilfen soll sie auch über körperliche und seelische Folgen einer Abtreibung sowie über Adoption und Inpflegenahme als Alternative zur Abtreibung informieren. Adoptionen sind zu erleichtern.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	89.6%	679
Stimme nicht zu	10.4%	79

Total: 758

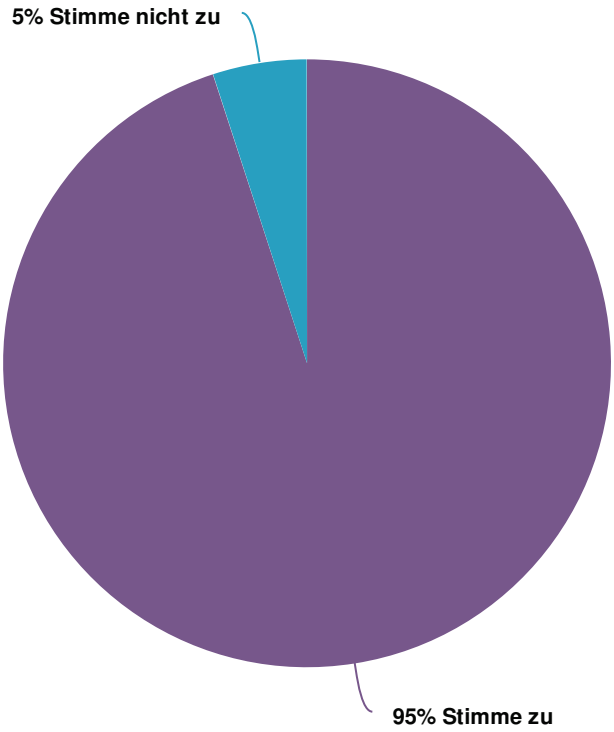
28. Familie ist Sicherheit, Obhut, Quell der Gesellschaft, Heimat, Liebe und Glück. Durch gewollte, ideologisch motivierte, Desorientierung soll das in den Familien überlieferte Werte- und Bezugssystem aufgebrochen, neutralisiert und durch pseudofamiliäre Leitbilder ersetzt werden. Wir fordern die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten besonderen Schutzes der Familie als Einheit von Vater, Mutter und Kind. Alle staatlichen und staatlich geförderten Institutionen sind zu verpflichten, in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen dieses Leitbild vorrangig zu vermitteln.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.1%	739
Stimme nicht zu	2.9%	22

Total: 761

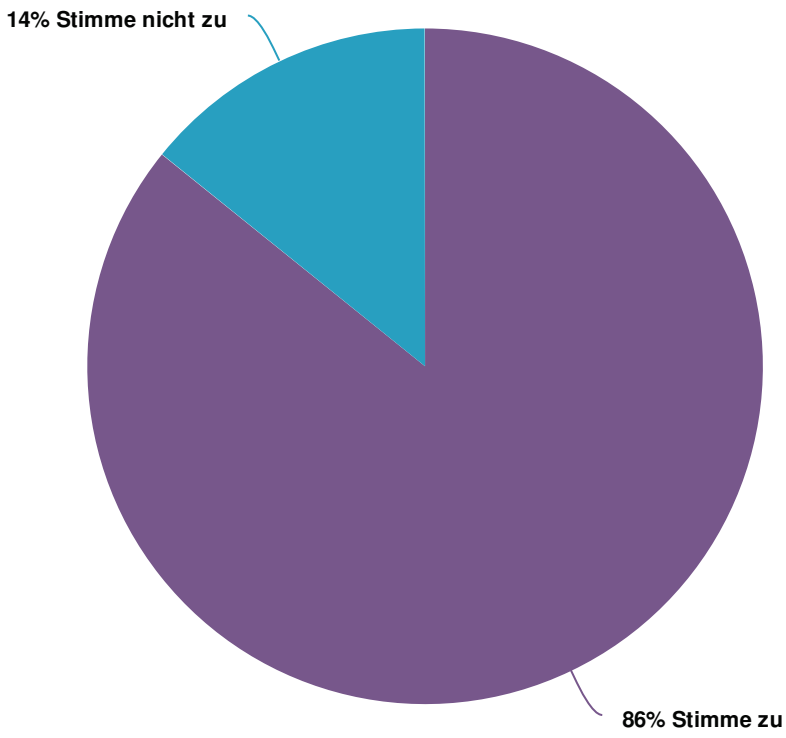
29. Wir fordern für Familien mit kleinen Kindern eine echte Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit und Erwerbspause. Der Staat muß die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie ganztägige frühkindliche Fremdbetreuung durch Institutionen und Tagesmütter. Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, erleben die Entwicklung ihrer Kinder unmittelbar, vermitteln Ihnen Urvertrauen und Herzensbildung und erhalten damit die körperliche und seelische Gesundheit ihrer Kinder. Sie leisten insofern einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und verdienen dafür Anerkennung. Im Anschluß an die Betreuungspause muß es ihnen ohne große Hürden möglich sein, ihren Beruf wiederaufzunehmen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.0%	723
Stimme nicht zu	5.0%	38

Total: 761

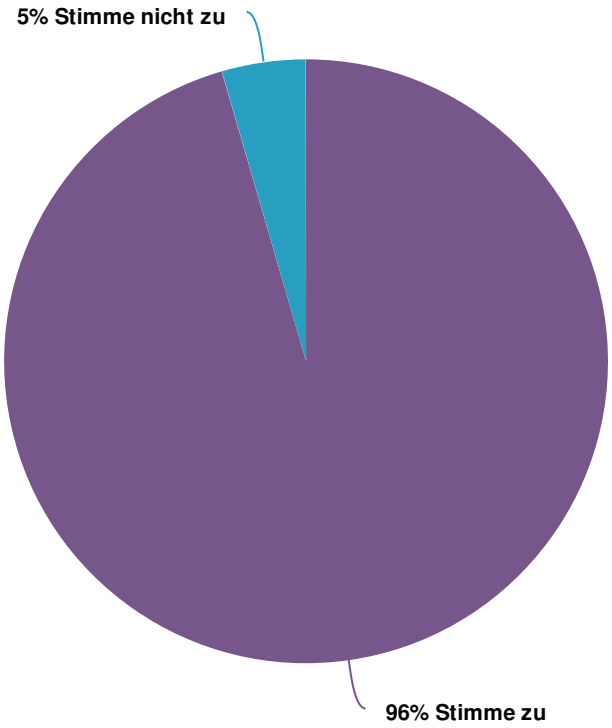
30. Alle Eltern, die für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder die Wahlfreiheit zu ihrer beruflichen Freistellung in Anspruch nehmen, sollen in diesem Zeitraum ein Landeserziehungsgeld erhalten, das sich an der Höhe ihres vorherigen Arbeitseinkommens orientiert.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	85.8%	640
Stimme nicht zu	14.2%	106

Total: 746

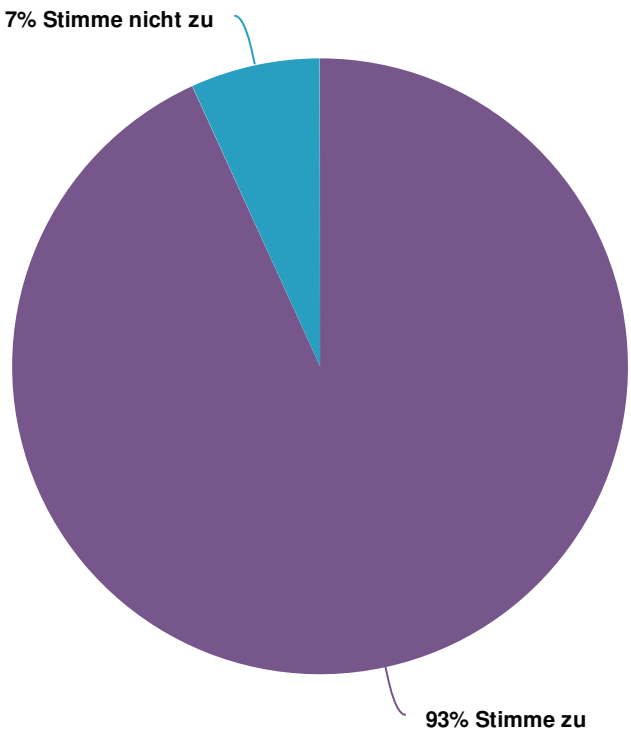
31. Grundsätzlich unterstützen wir das Bestreben der Bundespartei, Familien steuerlich mit einem Familiensplitting (ähnlich dem französischen Modell) zu entlasten.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.5%	716
Stimme nicht zu	4.5%	34

Total: 750

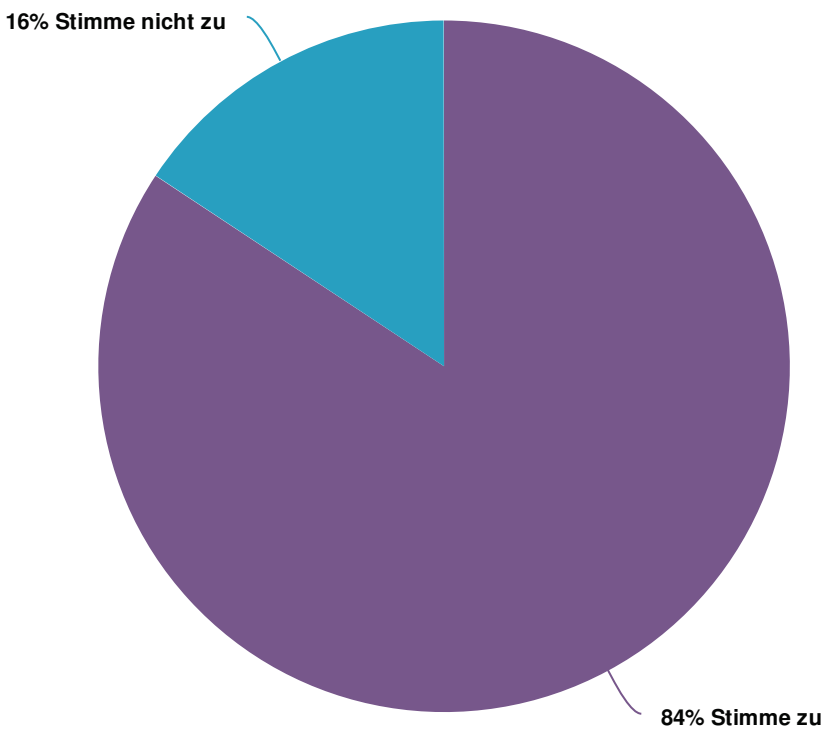
32. Bei gleicher Qualifikation sollen Eltern bei Einstellungen, betrieblichen Fort- und Weiterbildungen sowie Beförderungen keine Nachteile erfahren.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	93.2%	702
Stimme nicht zu	6.8%	51

Total: 753

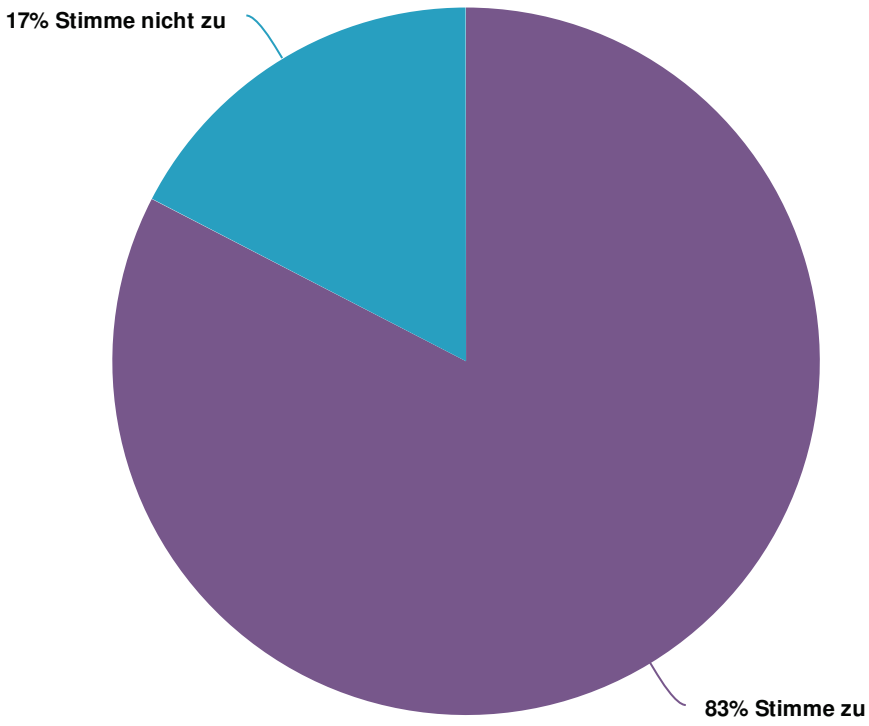
33. Wir fordern staatliche Überbrückungs- und Eingliederungshilfen für Unternehmen in Form von Kostenübernahmen für Aufwendungen, die den Unternehmen durch eine befristete kinderbedingte Freistellung ihrer Mitarbeiter entstehen. Zu den Aufwendungen gehören alle Mehrkosten, die mit dem personellen Ersatz des freigestellten Arbeitnehmers verbunden sind



Value	Percent	Responses
Stimme zu	84.3%	629
Stimme nicht zu	15.7%	117

Total: 746

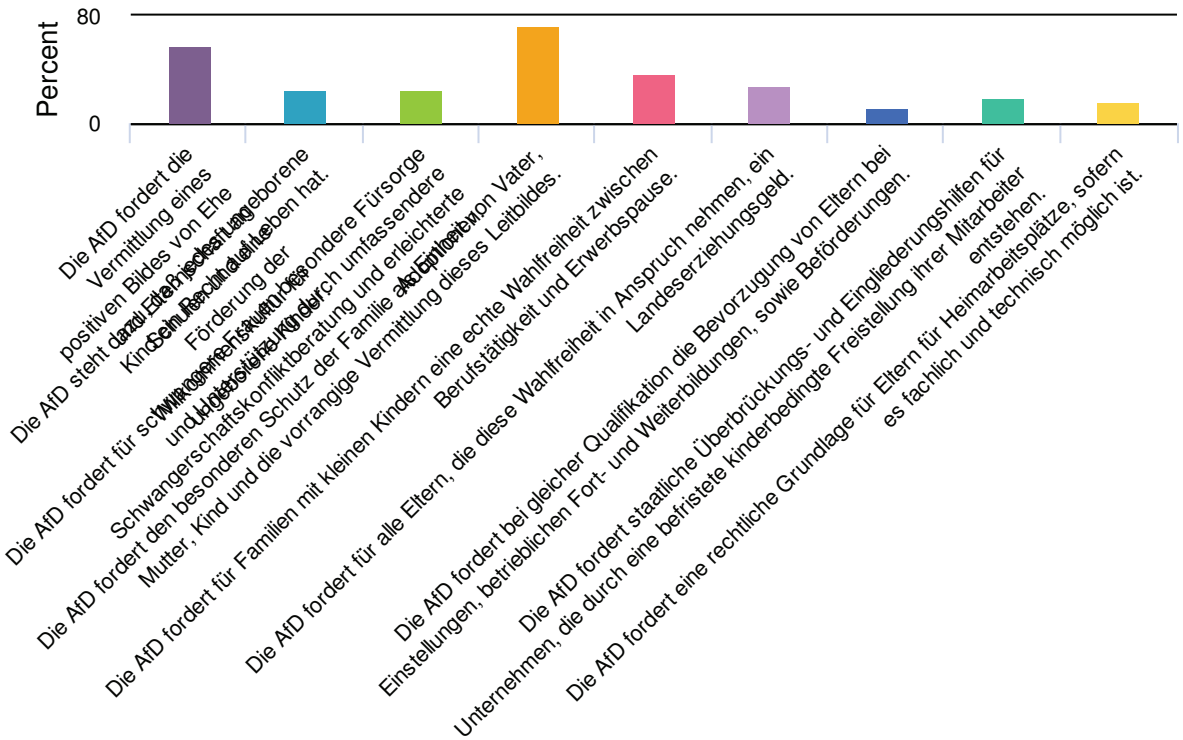
34. Wir fordern für Eltern, eine rechtliche Grundlage für Heimarbeitsplätze, sofern es fachlich und technisch möglich ist.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	82.6%	622
Stimme nicht zu	17.4%	131

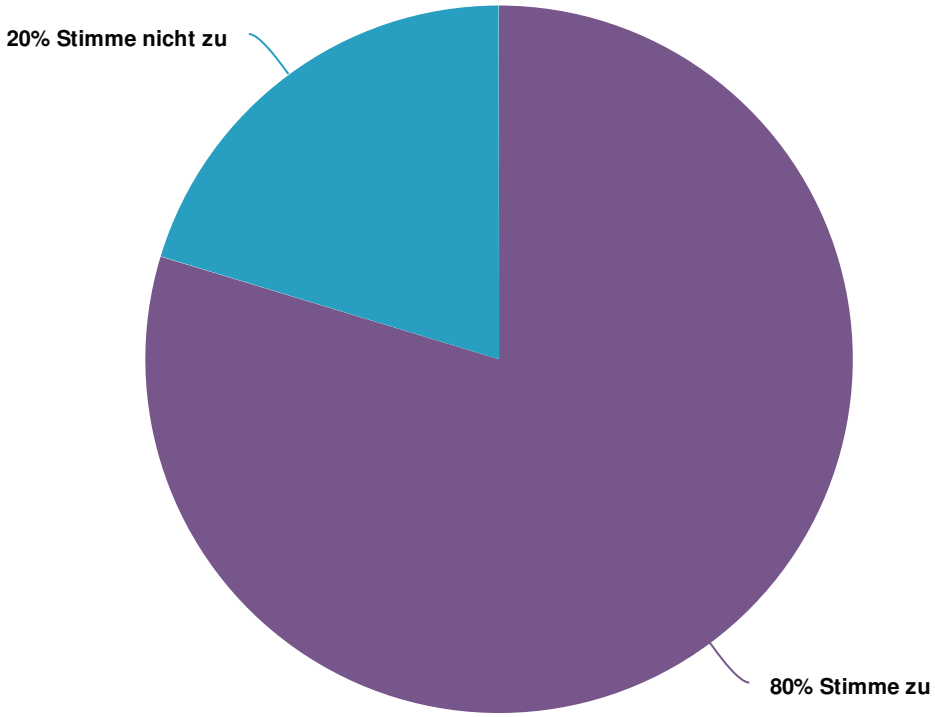
Total: 753

35. Bitte wählen sie aus den Programmpunkten des LFA 4 die für sie bedeutsamsten Themen aus: (Sie können maximal 3 Themen ankreuzen!)


Percent
80
0
Die AfD fordert die Vermittlung eines positiven Bildes von Ehe
Die AfD steht dafür ein, dass jedes geborene Kind
Die AfD fordert für schwangere Frauen
Förderung der
Die AfD fordert den besonderen Schutz der Familie als
Schwangerschaftskonflikberatung und erleichterte
und
Mutter, Kind und die vorrangige Vermittlung dieses Leitbildes.
Die AfD fordert für Familien mit kleinen Kindern eine echte Wahlfreiheit zwischen
Berufstätigkeit und Erwerbspause.
Die AfD fordert für alle Eltern, die diese Wahlfreiheit in Anspruch nehmen, ein
Landeserziehungsgeld.
Die AfD fordert bei gleicher Qualifikation die Bevorzugung von Eltern bei
Einstellungen, betrieblichen Fort- und Weiterbildungen, sowie Beförderungen.
Die AfD fordert staatliche Überbrückungs- und Eingliederungshilfen für
Unternehmen, die durch eine befristete kinderbedingte Freistellung ihrer Mitarbeiter
entstehen.
Die AfD fordert eine rechtliche Grundlage für Eltern für Heimarbeitsplätze, sofern
es fachlich und technisch möglich ist.

Value	Percent	Responses
Die AfD fordert die Vermittlung eines positiven Bildes von Ehe und Elternschaft an Schulen und eine Förderung der Willkommenskultur für ungeborene Kinder.	58.1%	440
Die AfD steht dazu, daß jedes ungeborene Kind ein Recht auf Leben hat.	25.2%	191
Die AfD fordert für schwangere Frauen besondere Fürsorge und Unterstützung durch umfassendere Schwangerschaftskonfliktberatung und erleichterte Adoptionen.	24.7%	187
Die AfD fordert den besonderen Schutz der Familie als Einheit von Vater, Mutter, Kind und die vorrangige Vermittlung dieses Leitbildes.	72.3%	547
Die AfD fordert für Familien mit kleinen Kindern eine echte Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit und Erwerbspause.	37.6%	285
Die AfD fordert für alle Eltern, die diese Wahlfreiheit in Anspruch nehmen, ein Landeserziehungsgeld.	27.9%	211
Die AfD fordert bei gleicher Qualifikation die Bevorzugung von Eltern bei Einstellungen, betrieblichen Fort- und Weiterbildungen, sowie Beförderungen.	12.0%	91
Die AfD fordert staatliche Überbrückungs- und Eingliederungshilfen für Unternehmen, die durch eine befristete kinderbedingte Freistellung ihrer Mitarbeiter entstehen.	19.4%	147
Die AfD fordert eine rechtliche Grundlage für Eltern für Heimarbeitsplätze, sofern es fachlich und technisch möglich ist.	16.1%	122

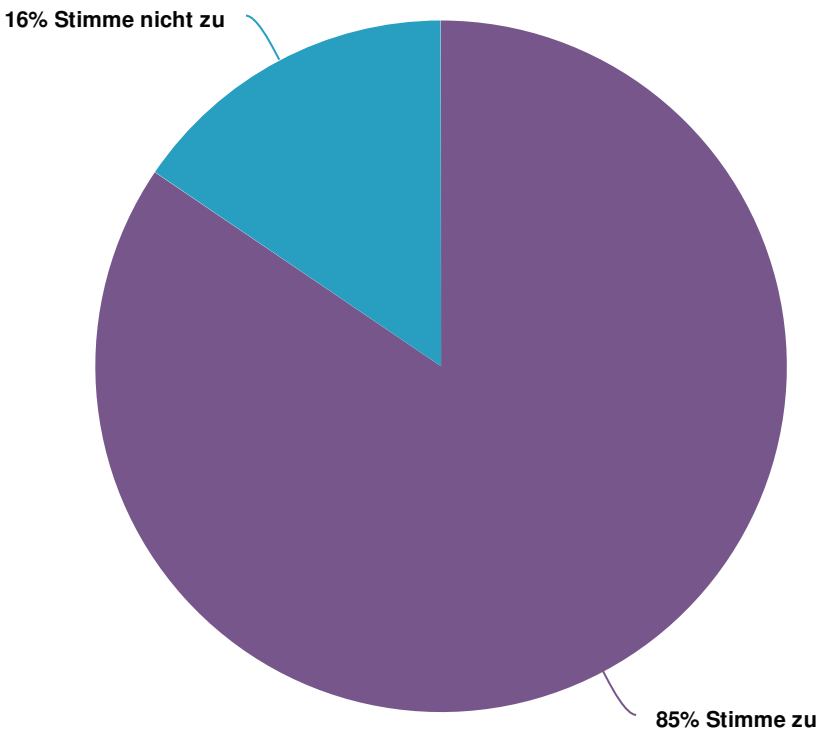
36. Tierschutz statt Aktionismus - Jagd stärken Die Alternative für Deutschland möchte bei der Bevölkerung die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd erhöhen. Die AfD fordert eine ethische Jagdausübung unter Beibehaltung aller tierschutzrechtlichen Ansprüche der jeweiligen Tierart als Maxime.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	79.7%	590
Stimme nicht zu	20.3%	150

Total: 740

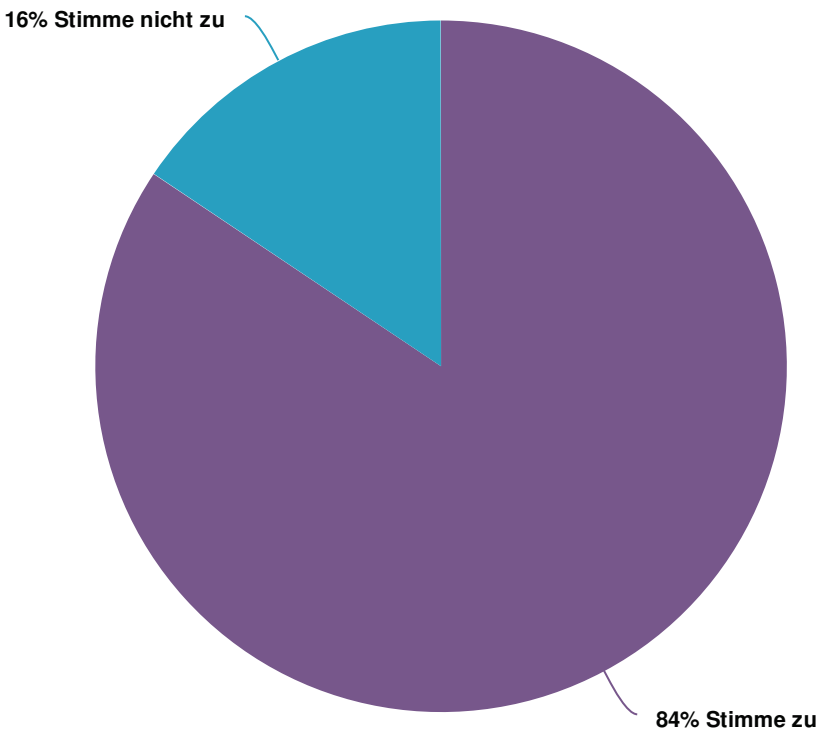
37. Tierschutz statt Aktionismus - Jagd stärken Die Alternative für Deutschland möchte bei der Bevölkerung die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd erhöhen. Die AfD möchte das Wissen um Natur, Jagd und ökologische Zusammenhänge der Bevölkerung stärken.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	84.5%	623
Stimme nicht zu	15.5%	114

Total: 737

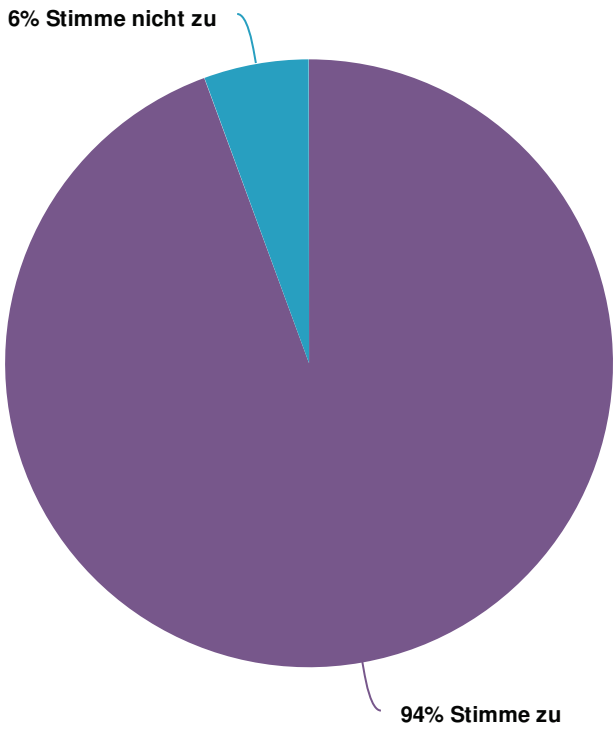
38. Tierschutz statt Aktionismus - Jagd stärken Die Alternative für Deutschland möchte bei der Bevölkerung die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd erhöhen. Ein faktenbasiertes Augenmaß bei der Prävention vor Tierseuchen ist unerlässlich.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	84.4%	604
Stimme nicht zu	15.6%	112

Total: 716

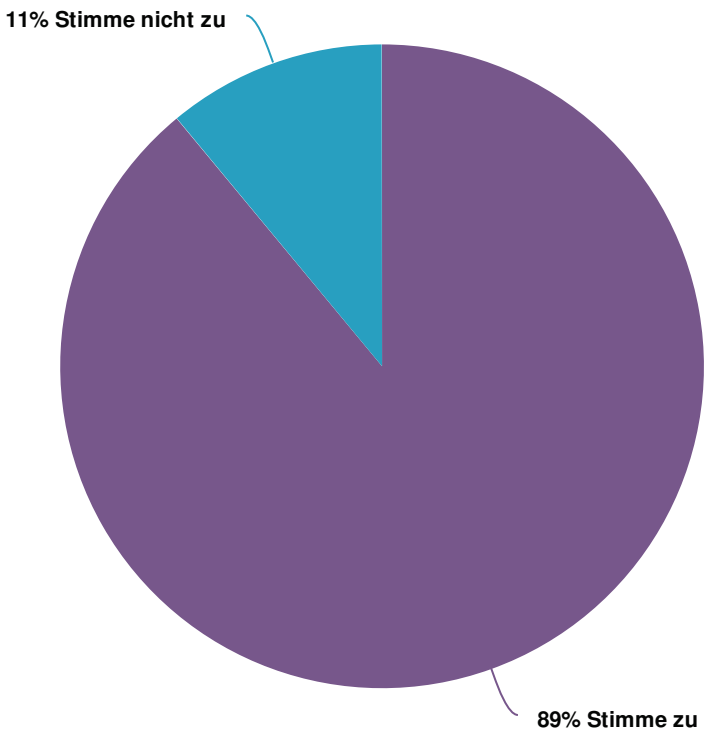
39. Effektiver Naturschutz Der Naturschutz hat seine Ziele nicht erreicht. Der Arten- und Individuenschwund geht weiter. Im Offenland fehlen Blühflächen und Brachen, die landwirtschaftlich nicht oder nur extensiv genutzt werden. Selbst biologisch bewirtschaftete Felder bieten nur wenig Lebensraum für Insekten und Vögel. Von den Greening-Maßnahmen (Ökologische Vorrangflächen, Fruchtartenvielfalt, Erhalt von Dauergrünland, Anbau von Zwischenfrüchten, ...) in der Landwirtschaft können nur bei drei der von zehn möglichen Maßnahmen positive Effekte erzielt werden. Die Förderung ist auch an den Nutzen für die Natur anzupassen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	94.4%	696
Stimme nicht zu	5.6%	41

Total: 737

40. Wölfe, Biber, Kormorane - Landwirte, Teichwirte, Weidetiere Die Wiederbelegung ehemals ausgestorbener Wildtiere ist ein gutes Zeichen für eine aktive und gesunde Umwelt. Wenn Wölfe Schafe reißen, wenn Biber Wiesen überfluten, wenn Kormorane Fischteiche leerfischen, dann kommt es zu Interessenskonflikten. Schäden durch Wildtiere sind unbürokratisch durch Geldleistungen zu ersetzen. Über die Kombination aus aktivem Wildtiermanagement und artenschutzrechtlicher Ausnahmeverordnung (AAV) sollen problematische Wildtier-Bestandsgrößen regional und zeitnah überwacht und korrigiert werden können. Das Ziel ist die Balance zwischen den Ansprüchen von Wildtieren sowie den Interessen der Landwirte, Teichwirte und Weidetiere.

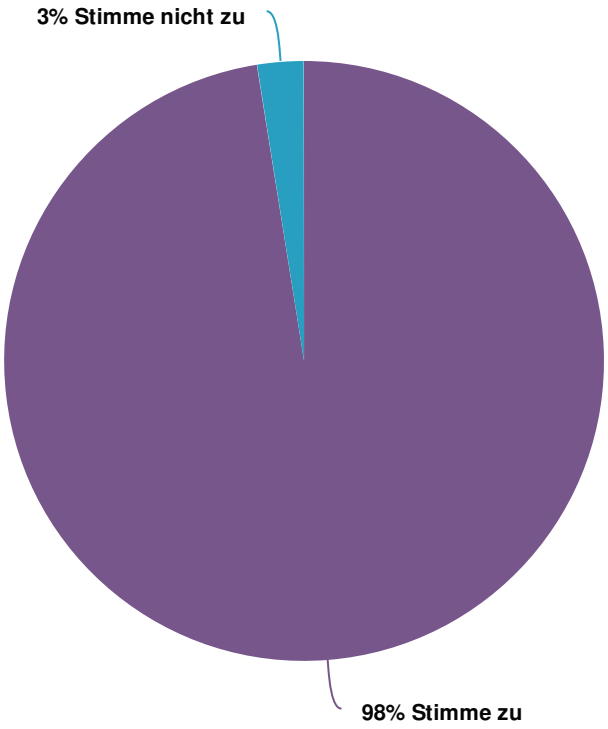


Value	Percent	Responses
Stimme zu	89.0%	669
Stimme nicht zu	11.0%	83

Total: 752

41. Weniger Brüssel –mehr Bayern - Europäische Emissionsverordnung NERC
Im Oktober 2015 wurde in Brüssel die Richtlinie NECR zur Verringerung der nationalen Emissionen gewisser Luftschadstoffe verabschiedet. Als Luftschadstoff wird hier unter anderem Ammoniak definiert, der auch von Schweinen und Rindern ausgeschieden wird. Deutschland möchte mit einem Minderungsziel von 29 % bei Ammoniak Spitzenreiter sein; der Durchschnittswert der teilnehmenden Staaten liegt bei 18 %. Es wird befürchtet, dass die Umsetzung der Richtlinie eine Minderung von 29 % der Tierhaltung oder ein Aus für gut 1/3 der tierhaltenden Betriebe bedeutet; dies würde das Kleinbauernsterben weiter beschleunigen. Die AfD fordert, die Berechnungsrundlagen offen zu legen und wird diese einer kritischen und faktenbasierten Prüfung unterziehen. Die AfD setzt sich für den Erhalt der

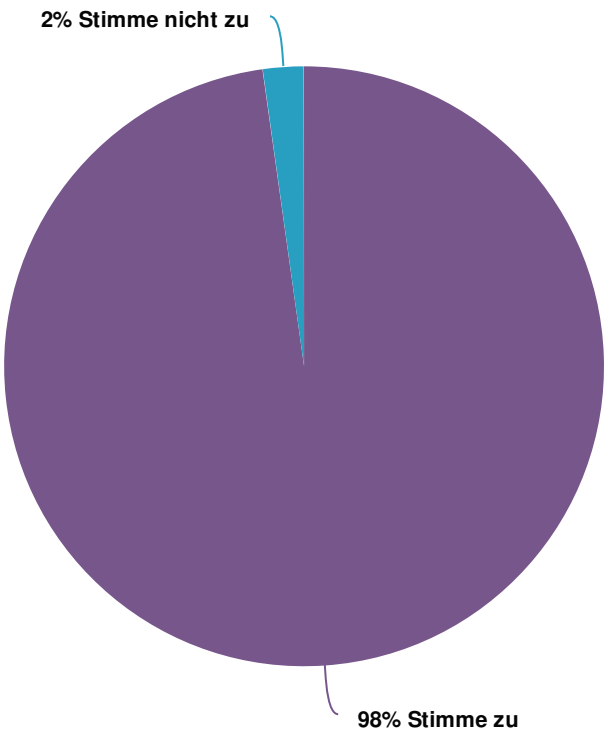
bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern ein.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.5%	739
Stimme nicht zu	2.5%	19

Total: 758

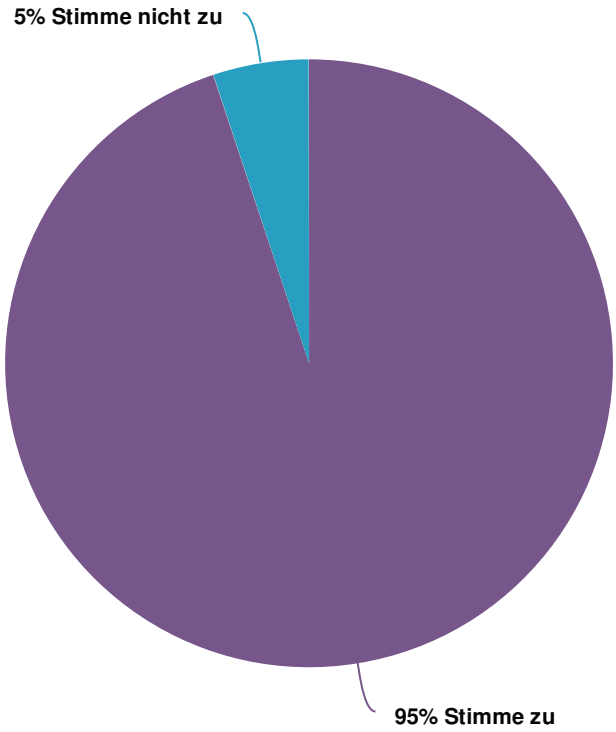
42. Verbot des betäubungslosen Schlachtens (Schächten) Das betäubungslose Schlachten von Tieren ist aus tierschutzrechtlicher Sicht nicht mit der Ausübung des Glaubens zu rechtfertigen und ist abzulehnen. Eine Ausnahmegenehmigung ist nicht zu rechtfertigen und die notwendige Streichung des §4 Abs. 2 des Tierschutzgesetzes soll vollzogen werden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.8%	743
Stimme nicht zu	2.2%	17

Total: 760

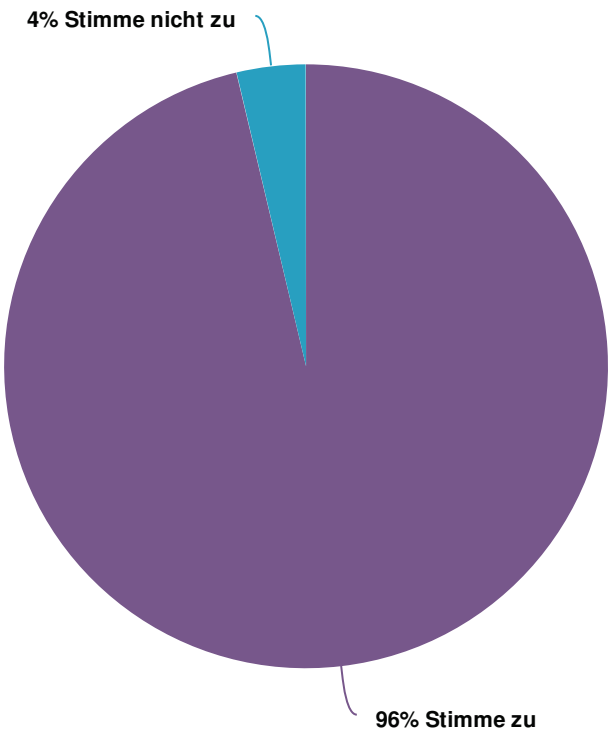
43. Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung Um einen multifunktionellen Wald (Ökonomie, Ökologie, Schutz, Erholung) auf der gesamten Fläche zu sichern, setzt sich die AfD für folgende Schwerpunkte ein: - Stärkung aller Waldbesitzarten, um die Pflege des Waldes zu fördern



Value	Percent	Responses
Stimme zu	94.9%	705
Stimme nicht zu	5.1%	38

Total: 743

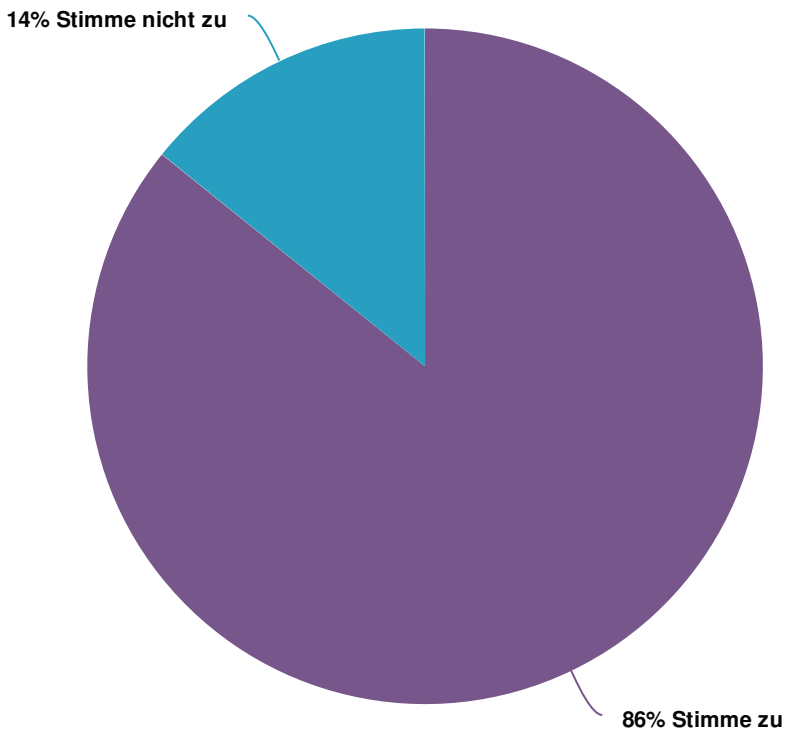
44. Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung Um einen multifunktionellen Wald (Ökonomie, Ökologie, Schutz, Erholung) auf der gesamten Fläche zu sichern, setzt sich die AfD für folgende Schwerpunkte ein: - Abbau von Bürokratie (Pseudo-Zertifizierungen, unnötige Vorschriften, usw.)



Value	Percent	Responses
Stimme zu	96.3%	705
Stimme nicht zu	3.7%	27

Total: 732

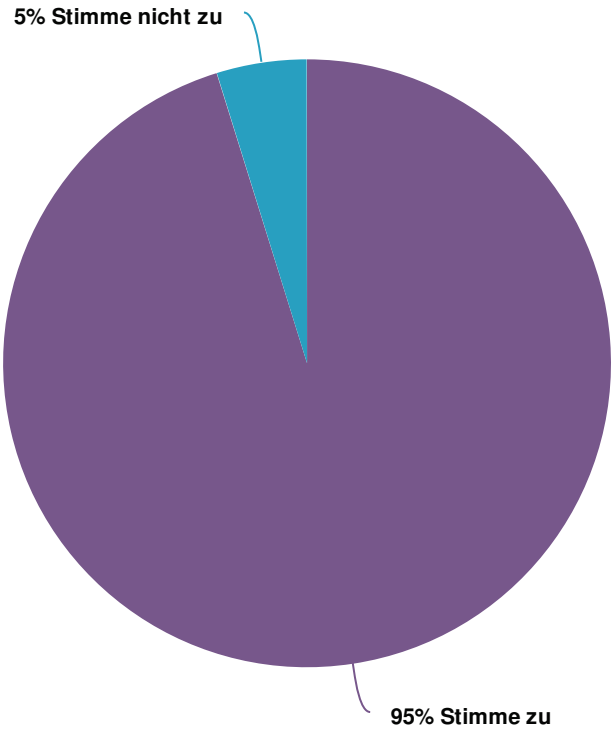
45. Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung Um einen multifunktionellen Wald (Ökonomie, Ökologie, Schutz, Erholung) auf der gesamten Fläche zu sichern, setzt sich die AfD für folgende Schwerpunkte ein: - Förderung des Energieträgers Holz, um Energieabhängigkeiten zu reduzieren und die Umweltfreundlichkeit (geschlossener CO2 Kreislauf, nachwachsender Rohstoff) zu erhöhen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	85.8%	628
Stimme nicht zu	14.2%	104

Total: 732

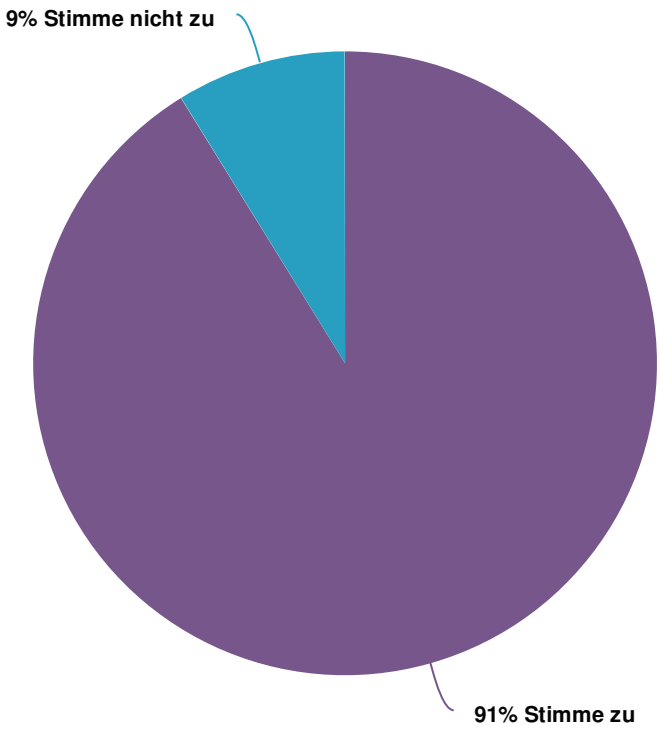
46. Tierwohl ist Verbraucherschutz Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern, die an die Tierart angepasst sind, und nicht umgekehrt. Nicht-heilende Eingriffe wie das Kupieren von Schwänzen oder das Schnabelkürzen, die ausschließlich dem Preisdruck der Lebensmittelindustrie geschuldet sind, lehnen wir ab.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.2%	716
Stimme nicht zu	4.8%	36

Total: 752

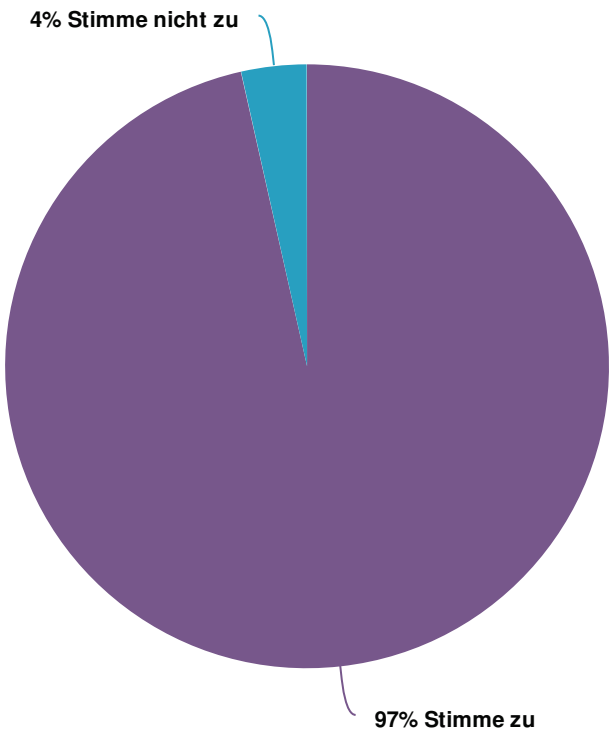
47. Tierwohl ist Verbraucherschutz Wir fordern neben einer beständigen Anpassung der Tierschutzverordnungen nach dem neuesten Stand, die Schaffung eines gesetzlich verbindlichen Kennzeichnungssystems für Haltungskonzepte, die deutlich über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehen. Nur diese geben den Kunden die Möglichkeit, tiergerechtes Engagement vorbildlicher Landwirtschaftsbetriebe zu honorieren.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	91.2%	677
Stimme nicht zu	8.8%	65

Total: 742

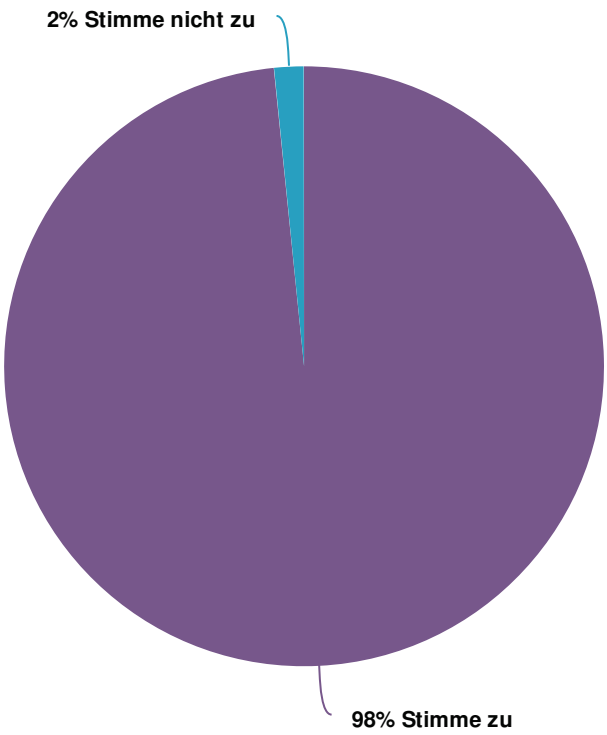
48. Tierwohl ist Verbraucherschutz Artgerechte Nutztierhaltung umfasst auch den Transport auf kurzen Distanzen zum nächstmöglichen Schlachthof.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	96.5%	723
Stimme nicht zu	3.5%	26

Total: 749

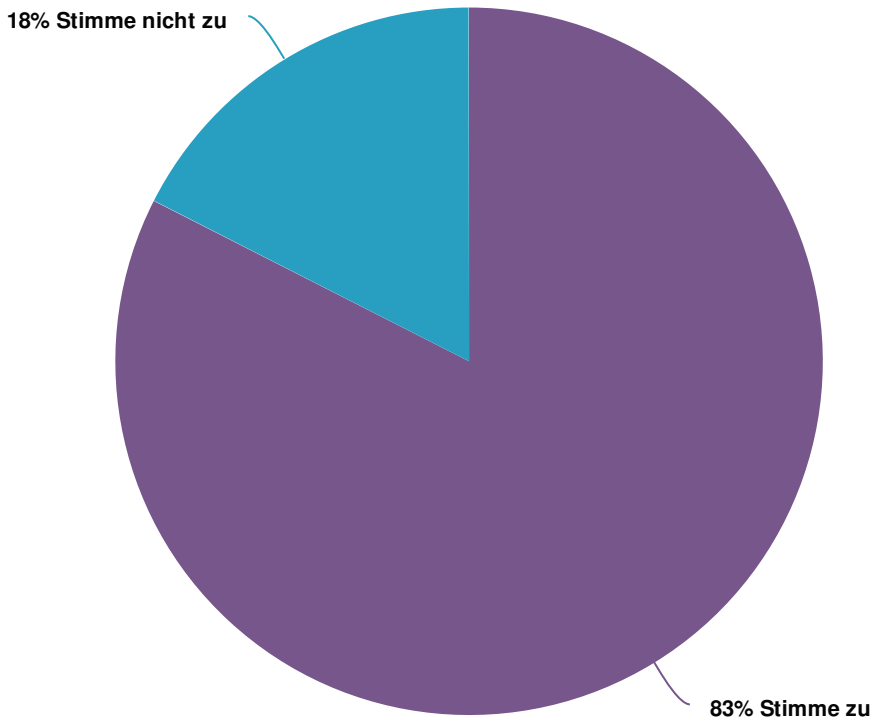
49. Tierwohl ist Verbraucherschutz Die sich in tierartgerechten Haltungen entwickelnden robusten und gesunden Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des erforderlichen Antibiotika-Einsatzes erheblich zur Vermeidung von multiresistenter Keimbildung bei.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	730
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 742

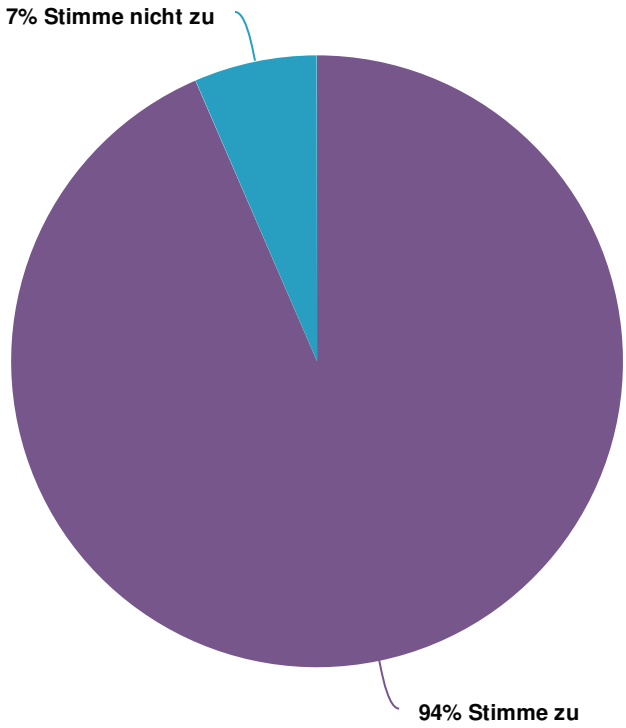
50. Artenvielfalt statt Nationalpark Die Debatte um einen dritten Nationalpark in Bayern will nicht verstummen. Bei ersten vorsichtigen Anfragen in den Landkreisen herrscht wenig Begeisterung, einen Nationalpark vor der Haustüre zu haben, was erhebliche Einschnitte und Probleme für die Land -und Forstwirtschaft, aber auch für die Bevölkerung bedeutet. Naturschutzverbände sprechen sich durchwegs positiv für einen weiteren Nationalpark aus, jedoch widerspricht das der Biodiversität (Arten- und Individuenreichtum, Vielfalt der Ökosysteme) . Die Nationalparke Bayerischer Wald und Berchtesgaden sind ausreichend. Naturparke oder Biosphärenreservate haben eine höhere Biodiversität und bieten für Flora, Fauna, Bevölkerung und Tourismus einen höheren Nutzwert.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	82.5%	588
Stimme nicht zu	17.5%	125

Total: 713

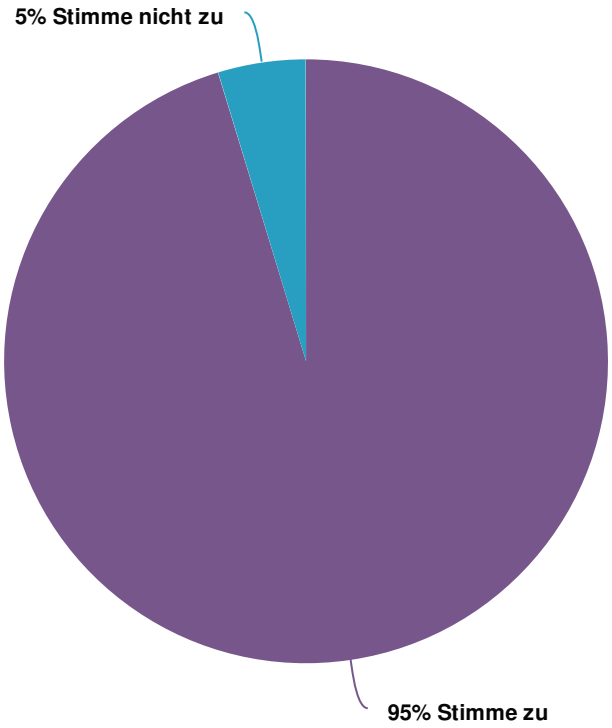
51. Keine Enteignung zu Lasten der Landwirtschaft Bauliche Eingriffe in Natur und Landschaft sind soweit wie möglich zu minimieren. Innenstadtentwicklung, Flächenreaktivierung, Flächenentsiegelung und Baulücken-schließung sind einem Bauen „auf der grünen Wiese“ vorzuziehen. Die Gesetze, welche eine schnelle Enteignung landwirtschaftlicher Flächen zulassen, sind wieder aufzuheben. Unser Ziel ist der Erhalt der bayerischen, ländlichen Kulturlandschaft. Wenn als letzte Maßnahme doch Flächen enteignet werden, sind die Eigentümer in Höhe der regionalen Preise zu entschädigen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	93.5%	700
Stimme nicht zu	6.5%	49

Total: 749

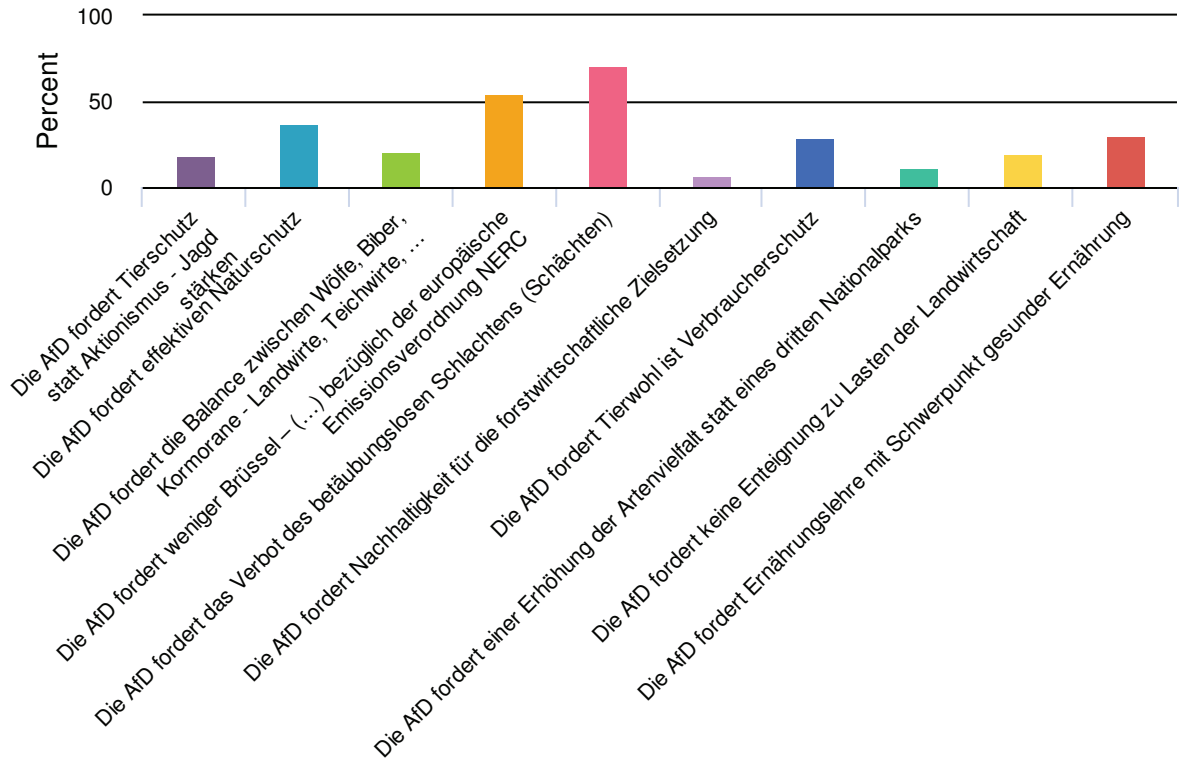
52. Ernährungslehre an Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt gesunder Ernährung Die AfD möchte verstärkt pädagogische Projekte im Bereich der theoretischen und praktischen Ernährungslehre an bayerischen Schulen und Kindergärten umsetzen. Ziel ist es, bei Kindern und Jugendlichen Bewusstsein, Achtung und Wertschätzung für Nahrungsmittel zu fördern. Vorgaben wie ein Verbot von Schweinefleisch oder von obligatorischen "Vegan-, Vegetarier-Tagen" etc. lehnen wir ab.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.3%	714
Stimme nicht zu	4.7%	35

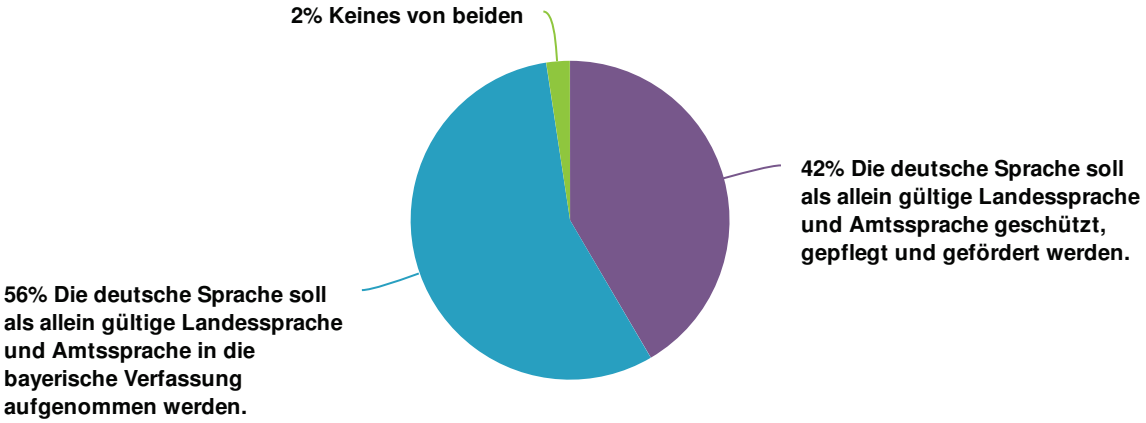
Total: 749

53. Bitte wählen Sie aus den Programmpunkten des LFA 7die für Sie bedeutsamsten Themen aus: (Sie können maximal 3 Themen ankreuzen!)


Percent
100
50
0
Die AfD fordert Tierschutz statt Aktionismus - Jagd stärken
Die AfD fordert effektiven Naturschutz
Die AfD fordert die Balance zwischen Wölfe, Biber, Kormorane - Landwirte, Teichwirte, …
Die AfD fordert weniger Brüssel – (…) bezüglich der europäische Emissionsverordnung NERC
Die AfD fordert das Verbot des betäubungslosen Schlachtens (Schächten)
Die AfD fordert Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung
Die AfD fordert Tierwohl ist Verbraucherschutz
Die AfD fordert einer Erhöhung der Artenvielfalt statt eines dritten Nationalparks
Die AfD fordert keine Enteignung zu Lasten der Landwirtschaft
Die AfD fordert Ernährungslehre mit Schwerpunkt gesunder Ernährung

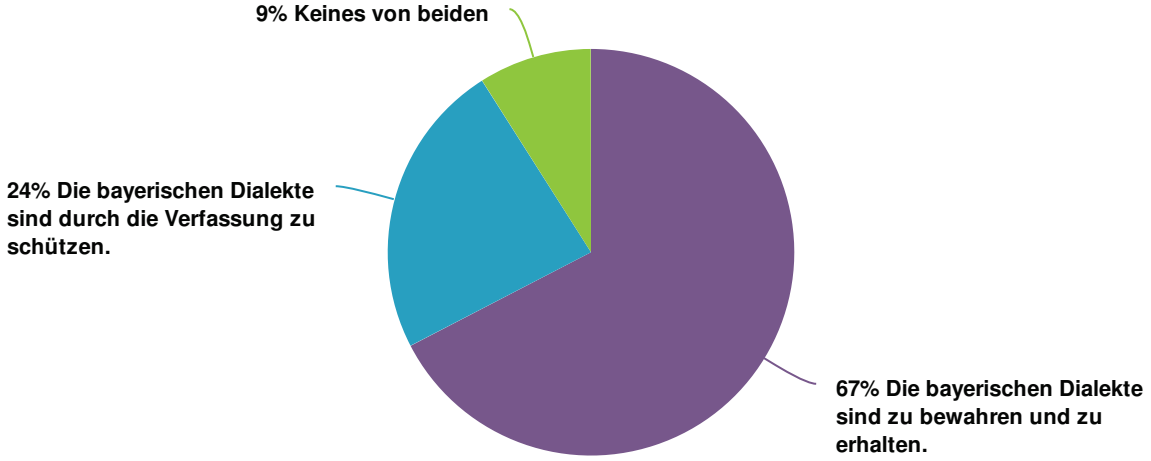
Value	Percent	Responses
Die AfD fordert Tierschutz statt Aktionismus - Jagd stärken	18.6%	141
Die AfD fordert effektiven Naturschutz	37.1%	281
Die AfD fordert die Balance zwischen Wölfe, Biber, Kormorane - Landwirte, Teichwirte, …	21.0%	159
Die AfD fordert weniger Brüssel – (…) bezüglich der europäische Emissionsverordnung NERC	54.6%	413
Die AfD fordert das Verbot des betäubungslosen Schlachtens (Schächten)	71.1%	538
Die AfD fordert Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung	7.4%	56
Die AfD fordert Tierwohl ist Verbraucherschutz	28.5%	216
Die AfD fordert einer Erhöhung der Artenvielfalt statt eines dritten Nationalparks	11.4%	86
Die AfD fordert keine Enteignung zu Lasten der Landwirtschaft	19.7%	149
Die AfD fordert Ernährungslehre mit Schwerpunkt gesunder Ernährung	30.3%	229

54. Die AfD setzt sich für den Schutz der deutschen Sprache ein (nur 1 Auswahl möglich):



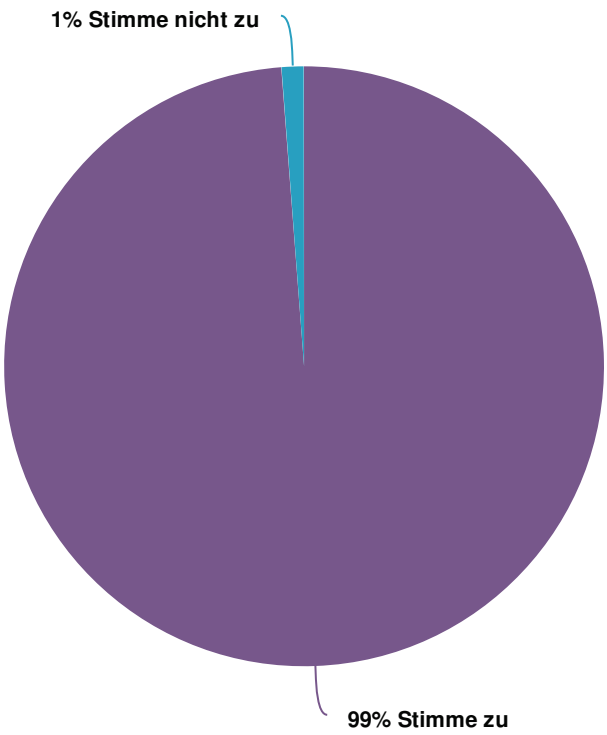
Value	Percent	Responses
Die deutsche Sprache soll als allein gültige Landessprache und Amtssprache geschützt, gepflegt und gefördert werden.	41.6%	318
Die deutsche Sprache soll als allein gültige Landessprache und Amtssprache in die bayerische Verfassung aufgenommen werden.	56.1%	429
Keines von beiden	2.4%	18
		Total: 765

55. Die AfD setzt sich für die bayerischen Dialekte ein (nur 1 Auswahl möglich):



Value	Percent	Responses
Die bayerischen Dialekte sind zu bewahren und zu erhalten.	67.4%	511
Die bayerischen Dialekte sind durch die Verfassung zu schützen.	23.6%	179
Keines von beiden	9.0%	68
	Total: 758	

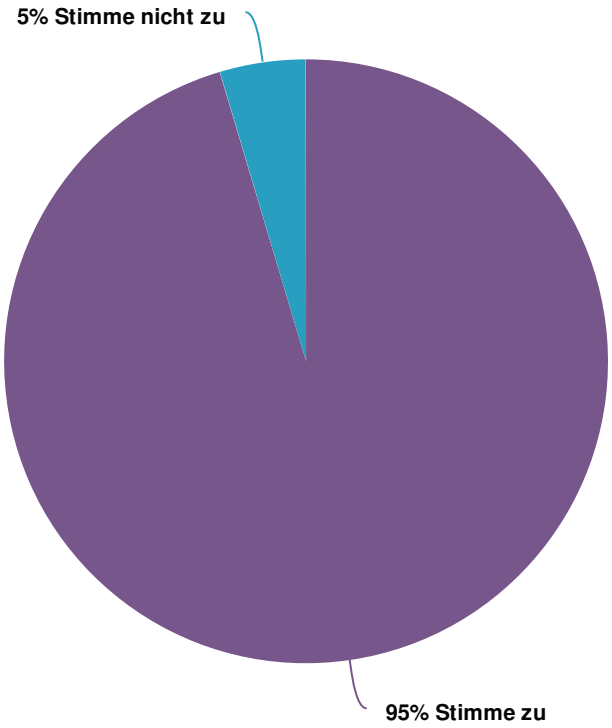
56. Islamisierung und die Ausübung anderer totalitärer Ideologien haben keinen Platz an der Schule. Muslimische Feiern, verpflichtende Moscheebesuche, Diskussionen mit Imamen, Lernen von Koransuren gehören in die Privatsphäre und haben an bayerischen Schulen nichts verloren.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.8%	753
Stimme nicht zu	1.2%	9

Total: 762

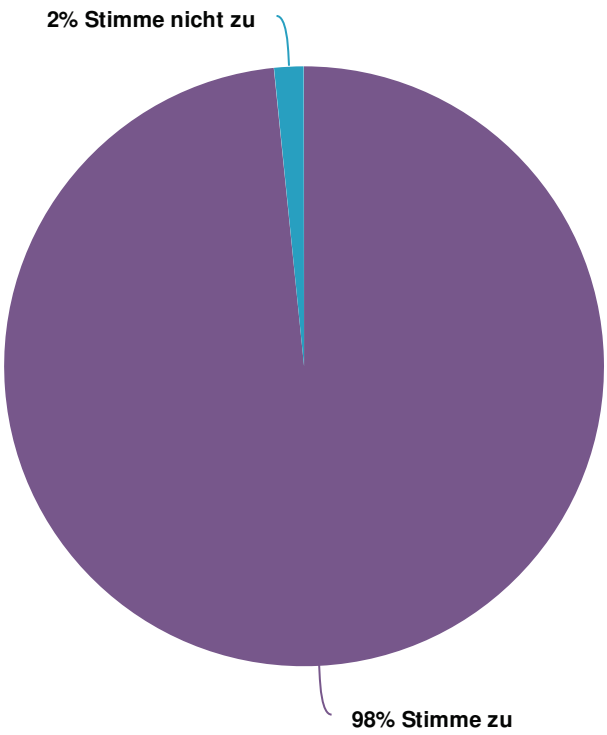
57. Wir fordern die Abschaffung/Nichteinführung des Islamunterrichts an bayerischen Schulen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.4%	723
Stimme nicht zu	4.6%	35

Total: 758

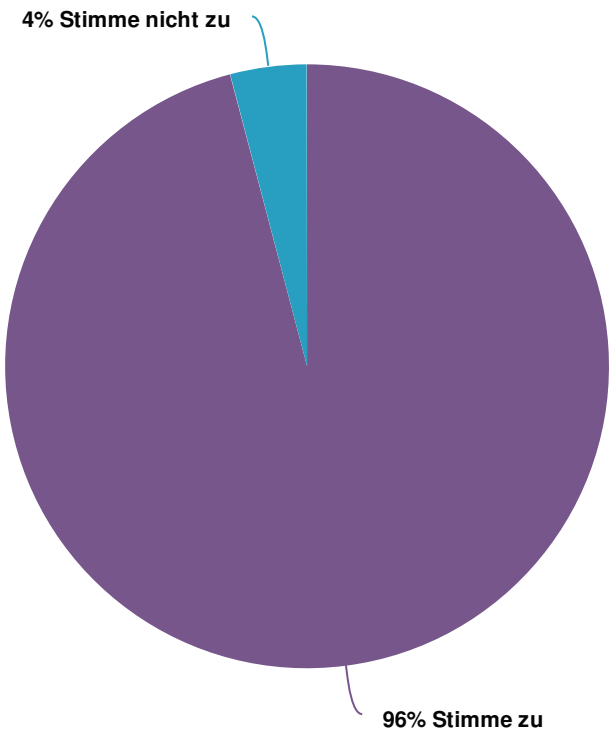
58. Wir fordern ein ausnahmsloses Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Erzieherinnen im Öffentlichen Dienst und in Bildungseinrichtungen unter staatlicher Aufsicht.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	750
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 762

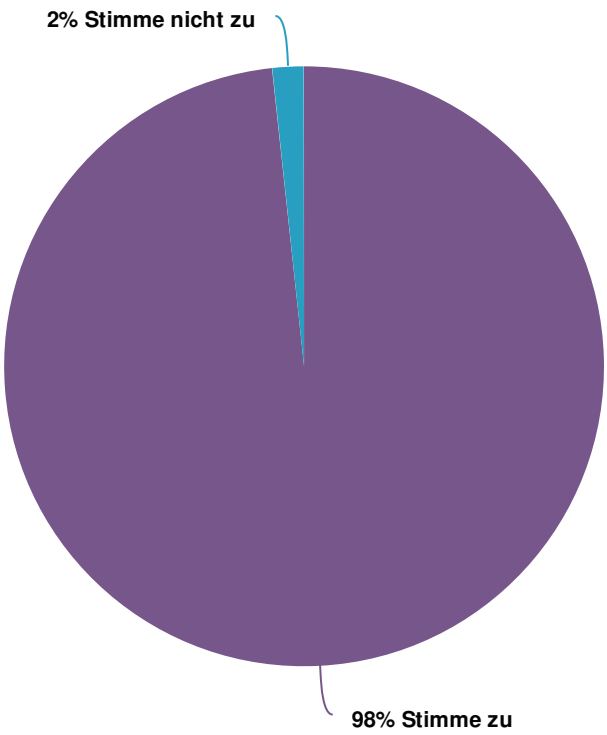
59. Wir fordern ein ausnahmsloses Kopftuchverbot für Schülerinnen/Kinder an öffentlichen Bildungseinrichtungen und in Bildungseinrichtungen unter staatlicher Aufsicht.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.9%	730
Stimme nicht zu	4.1%	31

Total: 761

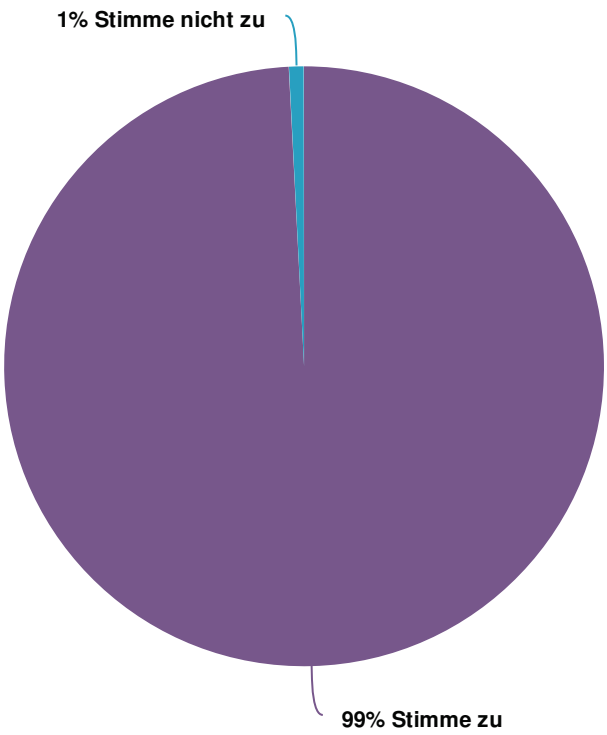
60. Im Bildungssystem haben unsere Normen zu gelten. Disziplin, Ordnung, respektvoller Umgang, Pünktlichkeit und Rücksichtnahme sind verstärkt durchzusetzen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.3%	750
Stimme nicht zu	1.7%	13

Total: 763

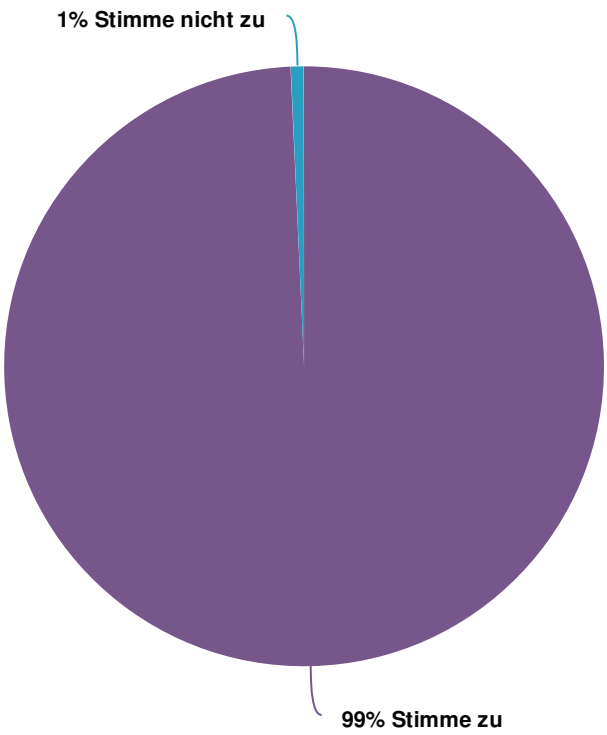
61. In Schulen soll an erster Stelle die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten stehen. Eltern, Schüler und Lehrer stehen in der Pflicht, dass Schüler ausbildungs- und arbeitsfähig werden. Das oberste Ziel der Schule ist es aber, mündige und selbständig denkende Menschen heranzubilden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.2%	752
Stimme nicht zu	0.8%	6

Total: 758

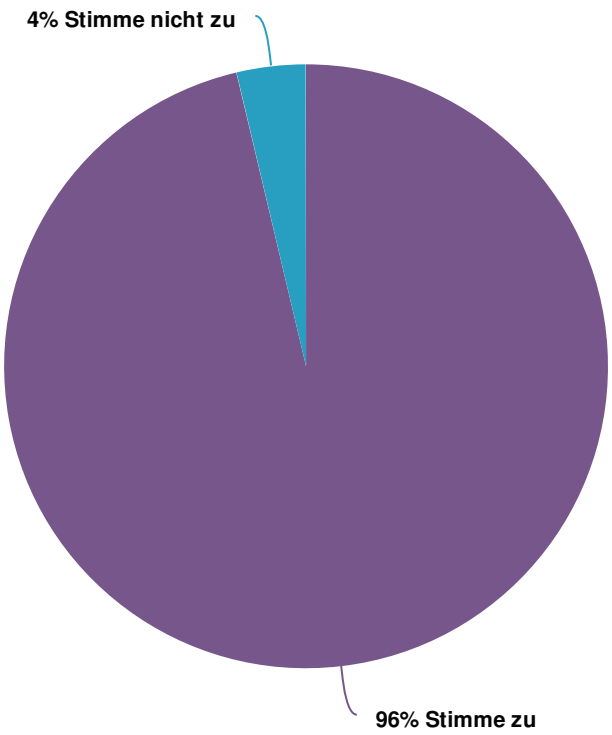
62. Die Lehrsprache an bayerischen Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich Deutsch, sofern der Unterrichtsinhalt nichts anderes erfordert.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.3%	755
Stimme nicht zu	0.7%	5

Total: 760

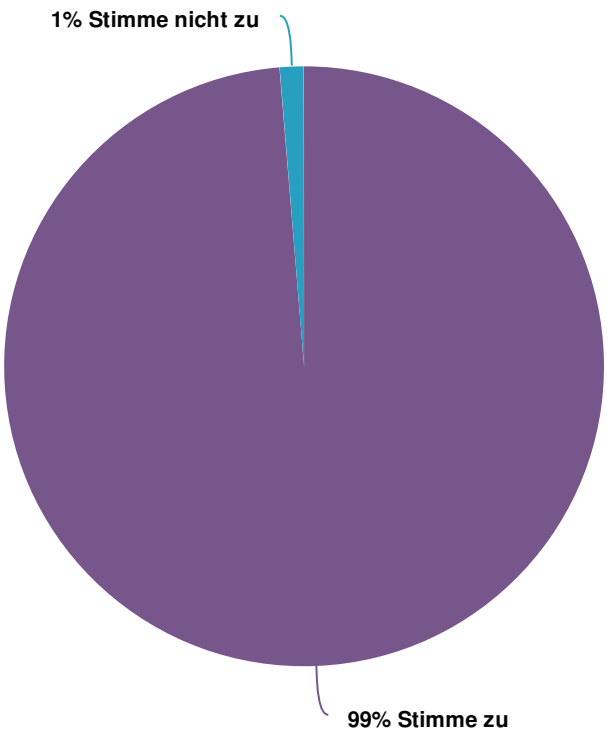
63. Wir sind für ein viergliedriges Schulsystem: Mittelschule (früher: Hauptschule), Realschule, Gymnasium und Förderschule.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	96.3%	726
Stimme nicht zu	3.7%	28

Total: 754

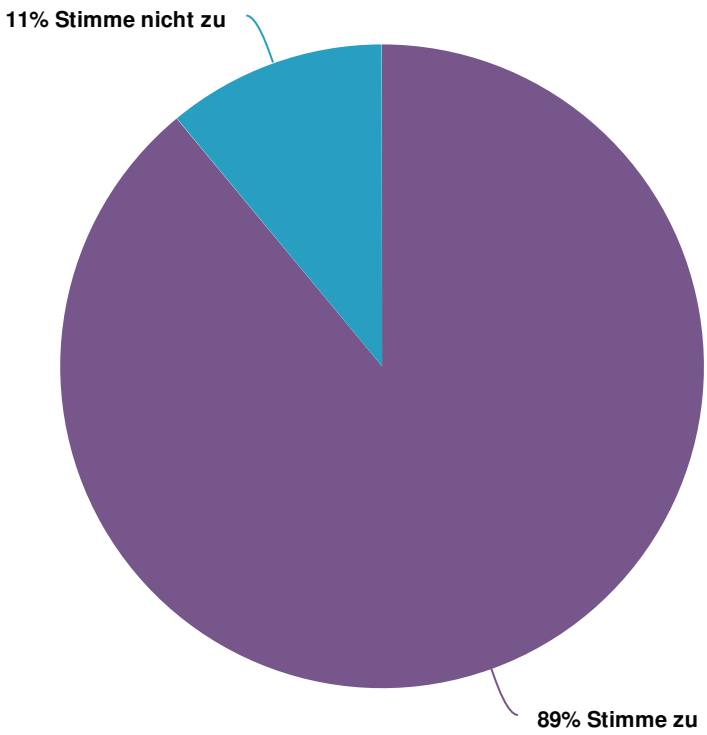
64. Trotz Durchlässigkeit zwischen den Schultypen ist auf das Leistungsprinzip zu achten



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.7%	748
Stimme nicht zu	1.3%	10

Total: 758

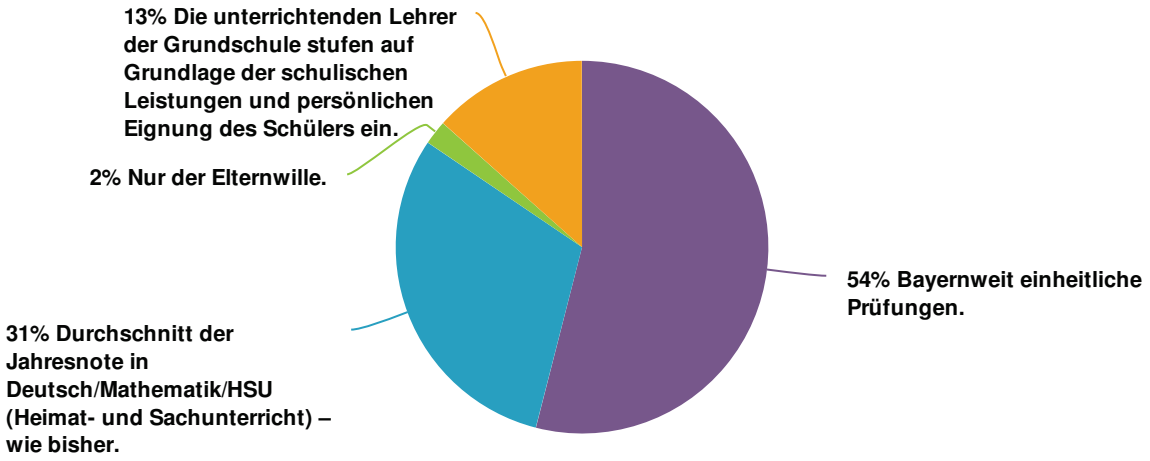
65. Wir sprechen uns gegen eine verpflichtende Ganztagesschule aus.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	89.0%	666
Stimme nicht zu	11.0%	82

Total: 748

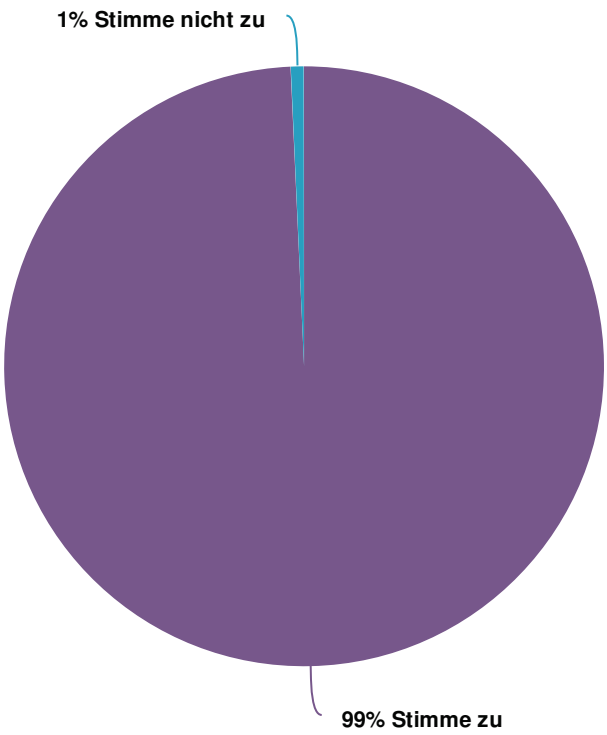
66. Die AfD fordert , den Übertritt an Realschulen und Gymnasien neu zu regeln. Als Kriterium für die Übertrittsmöglichkeit sollen gelten (nur eine Auswahl möglich!):



Value	Percent	Responses
Bayernweit einheitliche Prüfungen.	54.0%	404
Durchschnitt der Jahresnote in Deutsch/Mathematik/HSU (Heimat- und Sachunterricht) – wie bisher.	30.5%	228
Nur der Elternwille.	2.1%	16
Die unterrichtenden Lehrer der Grundschule stufen auf Grundlage der schulischen Leistungen und persönlichen Eignung des Schülers ein.	13.4%	100

Total: 748

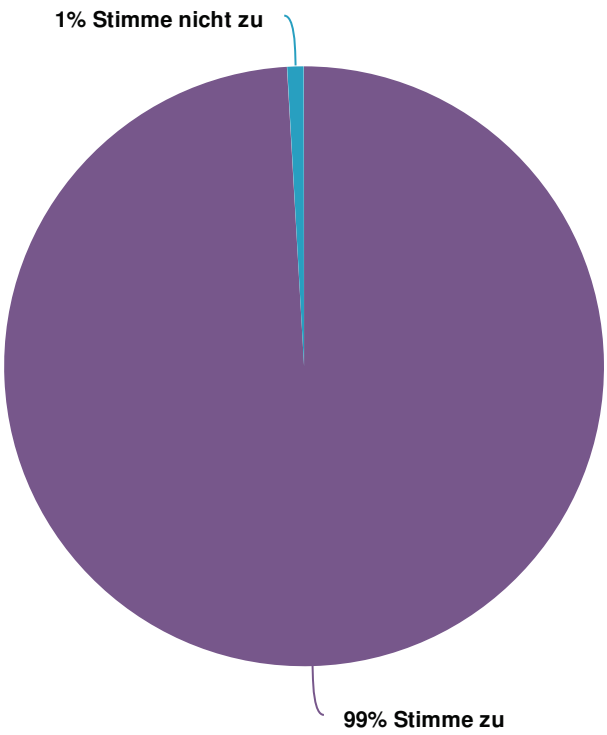
67. Die AfD lehnt eine ideologische oder kulturfremde Indoktrinierung entschieden ab. Daher fordern wir: Einseitige Darstellungen, vorgefertigte Meinungen oder politische Beeinflussung haben an Bildungseinrichtungen nichts verloren. Inhalte sollten kritisch hinterfragt werden dürfen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.3%	753
Stimme nicht zu	0.7%	5

Total: 758

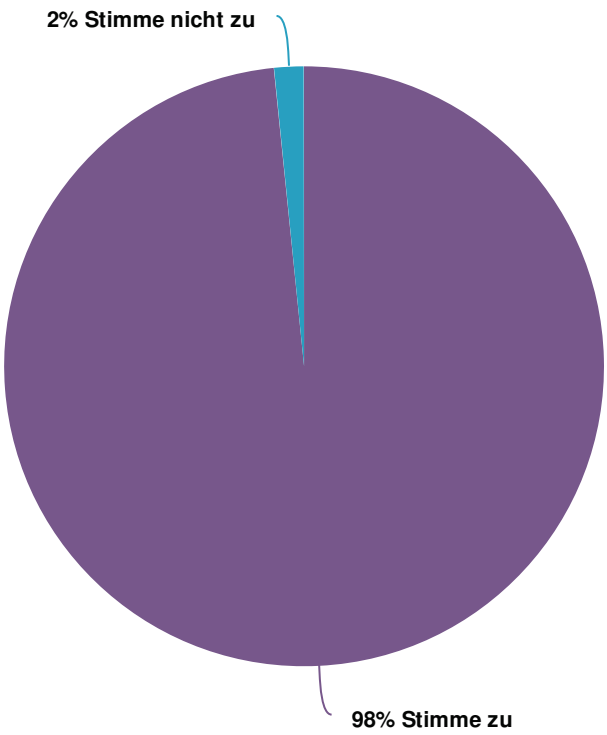
68. Die AfD lehnt eine ideologische oder kulturfremde Indoktrinierung entschieden ab. Daher fordern wir: Keine politische Indoktrination durch Ministerien, Institutionen u.Ä. Die Schüler sollen ihre politische Meinung frei bilden können. Verstöße gegen die Neutralitätspflicht sind zu ahnden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.1%	751
Stimme nicht zu	0.9%	7

Total: 758

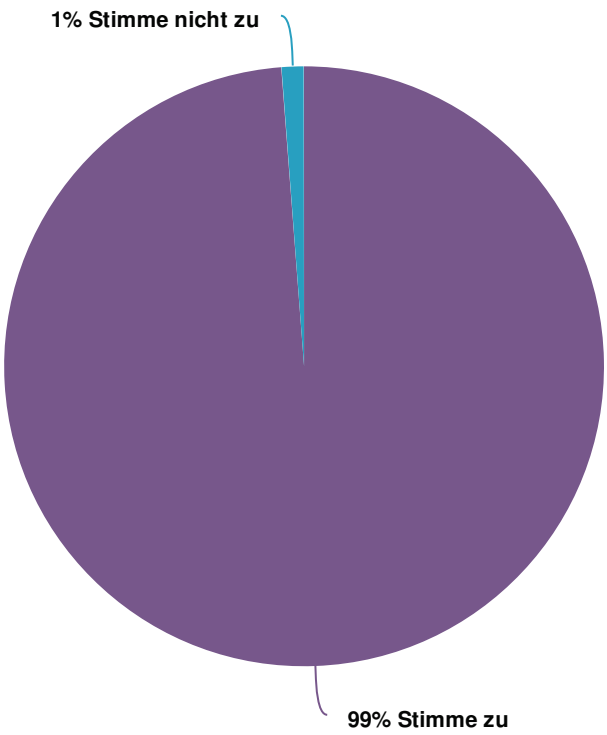
69. Die AfD lehnt eine ideologische oder kulturfremde Indoktrinierung entschieden ab. Daher fordern wir: Keine der Indoktrination dienenden Suggestivtechniken oder staatlich vorgegebene Darstellungen in Schul- und Lehrmedien, bei Ausstellungsbesuchen und Theatervorführungen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	735
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 747

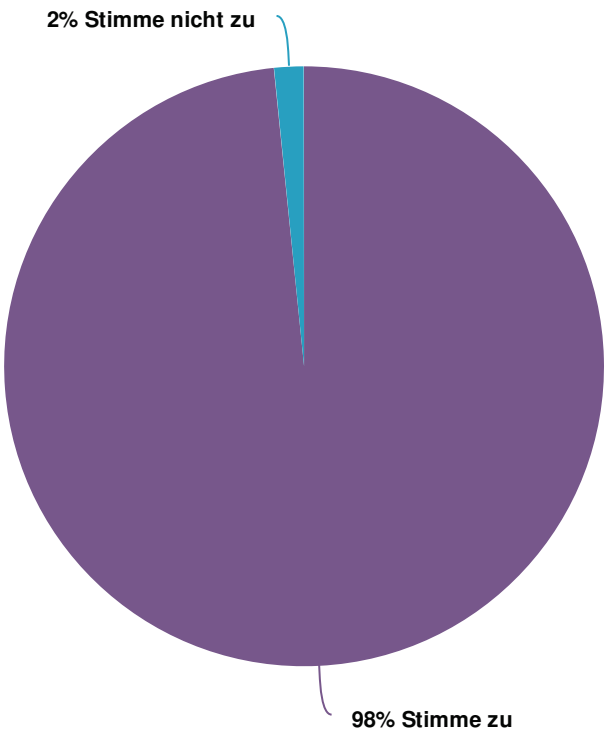
70. Die AfD lehnt eine ideologische oder kulturfremde Indoktrinierung entschieden ab. Daher fordern wir: Keine Aufrufe zu einseitigem „Kampf gegen Rechts“ an Schulen oder bei schulnahen Veranstaltungen.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.8%	742
Stimme nicht zu	1.2%	9

Total: 751

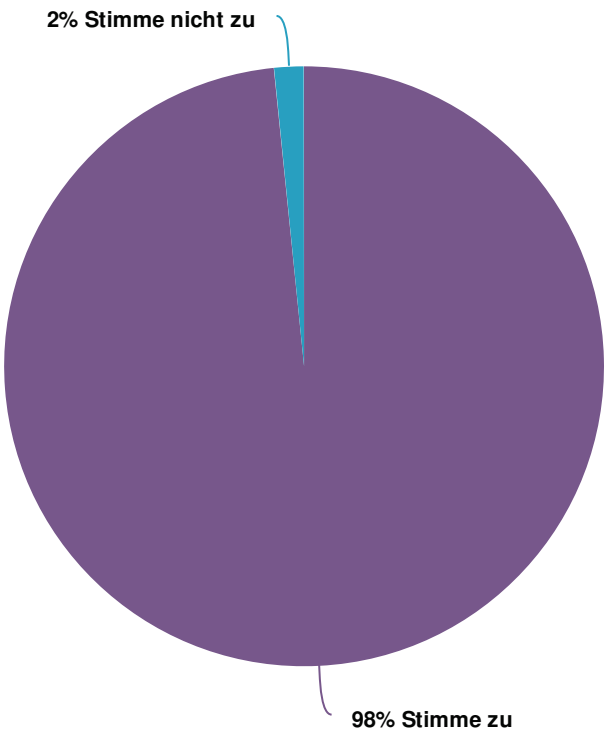
71. Die AfD hat das Wohl der Schüler und Lehrer im Blick und will ideologisch motivierte Inklusion beenden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	733
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 745

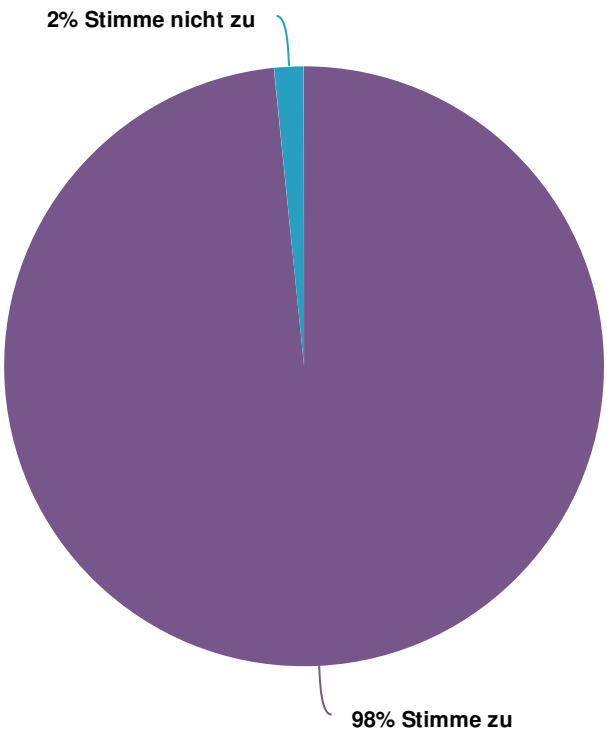
72. Wir wollen die Förderschulen erhalten und stärken.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	735
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 747

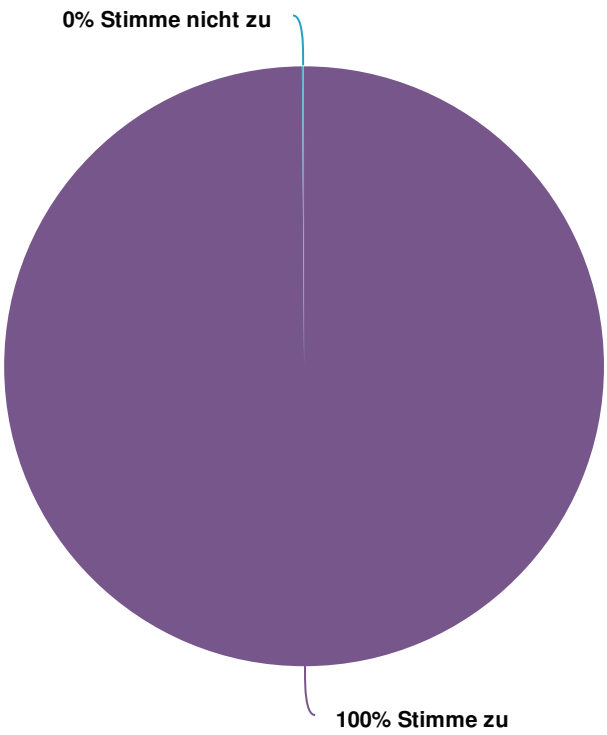
73. Statt Nivellierung spezifische Förderung von Hoch- und Minderbegabten.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.4%	728
Stimme nicht zu	1.6%	12

Total: 740

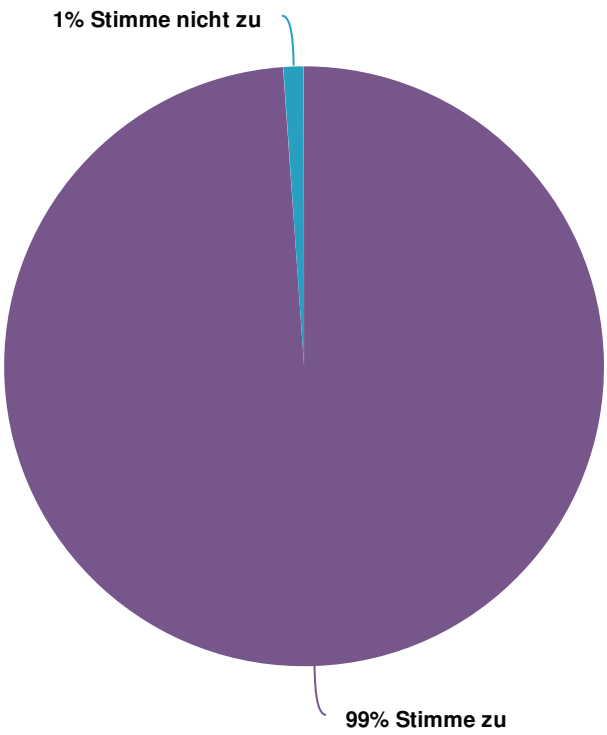
74. Die AfD setzt sich dafür ein, dass an Bayerns Schulen ein ausgewogenes Bild der deutschen Geschichte vermittelt wird. Die Bürger des Landes haben ein Recht darauf, die deutsche Geschichte in ihrer ganzen Breite kennen zu lernen und sich mit den positiven Ausprägungen der eigenen Kultur zu identifizieren.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.9%	746
Stimme nicht zu	0.1%	1

Total: 747

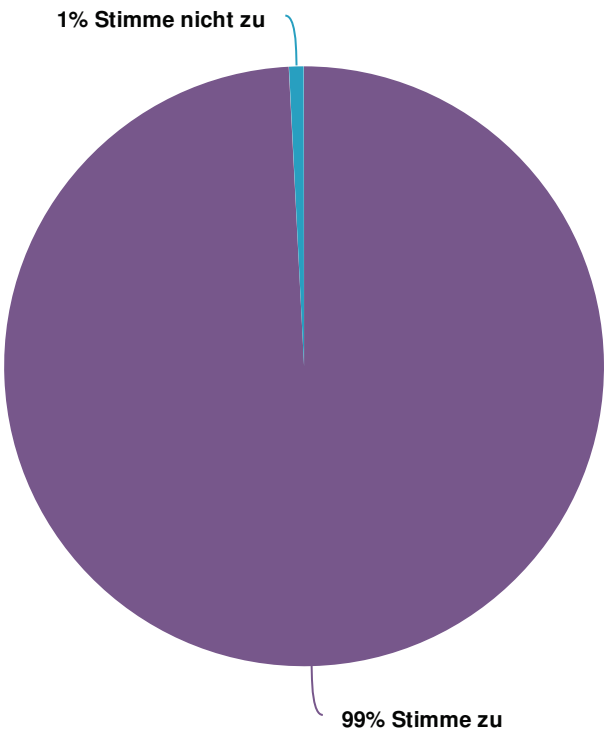
75. Für die AfD hat das Kindeswohl oberste Priorität. Daher fordern wir: Die Indoktrination der Kinder durch Frühsexualisierung und die damit verbundenen psychischen und körperlichen Eingriffe in die freie sexuelle Entwicklung ist zu beenden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	98.9%	739
Stimme nicht zu	1.1%	8

Total: 747

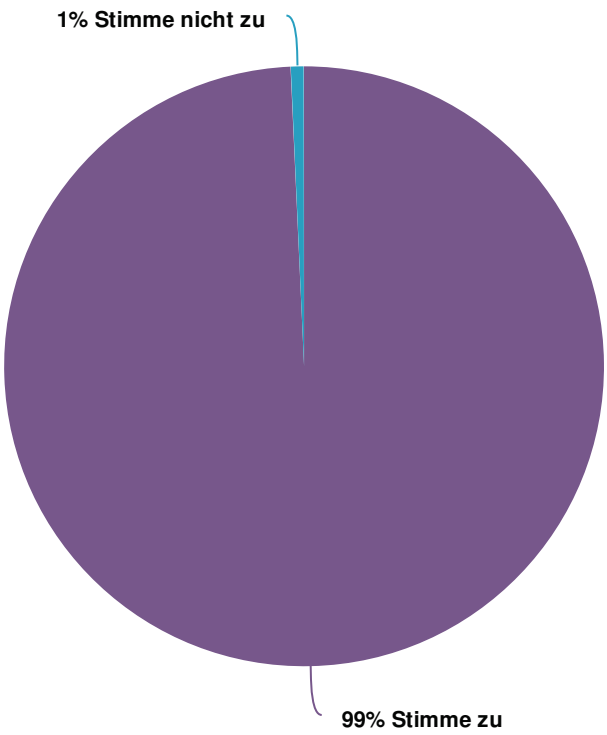
76. Für die AfD hat das Kindeswohl oberste Priorität. Daher fordern wir: Alle Aktivitäten des sog. „Gender-Mainstreaming“ in Bildungsinstitutionen und Behörden sind mit sofortiger Wirkung zu beenden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.2%	740
Stimme nicht zu	0.8%	6

Total: 746

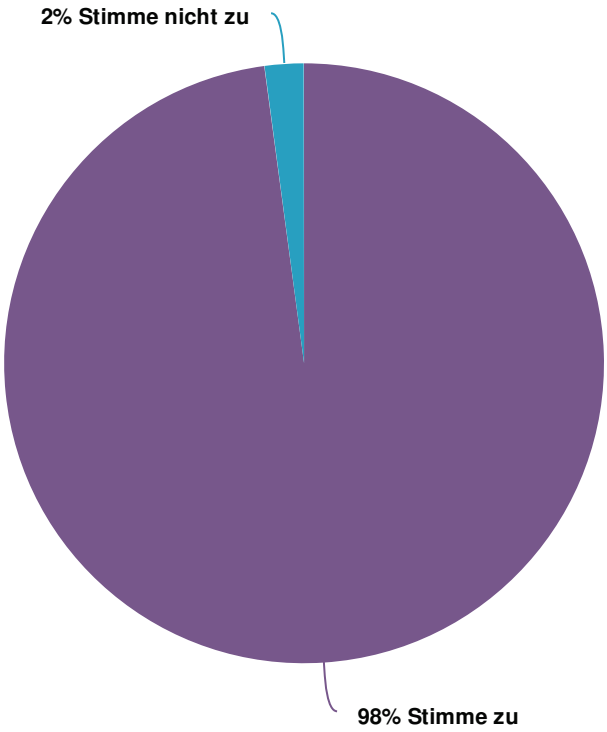
77. Für die AfD hat das Kindeswohl oberste Priorität. Daher fordern wir: Die Verunstaltung der deutschen Sprache durch das sogenannte „Gendern“ in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist zu beenden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.3%	740
Stimme nicht zu	0.7%	5

Total: 745

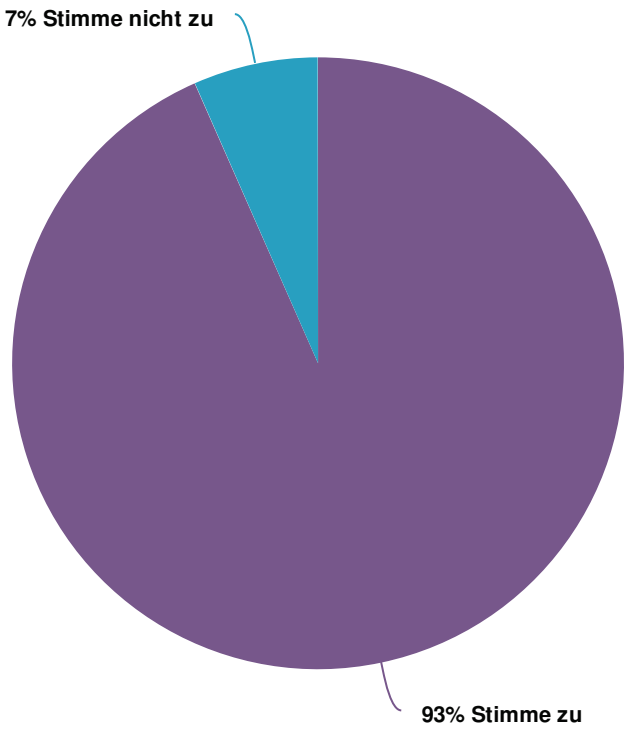
78. Die bisherige Finanzierung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunk muss sich ändern. Daher fordern wir: Die Abschaffung des Zwangsbeitrages für den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk und die Umformung in ein schlankes öffentlich-rechtliches Medium (Bürgerrundfunk).



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.9%	729
Stimme nicht zu	2.1%	16

Total: 745

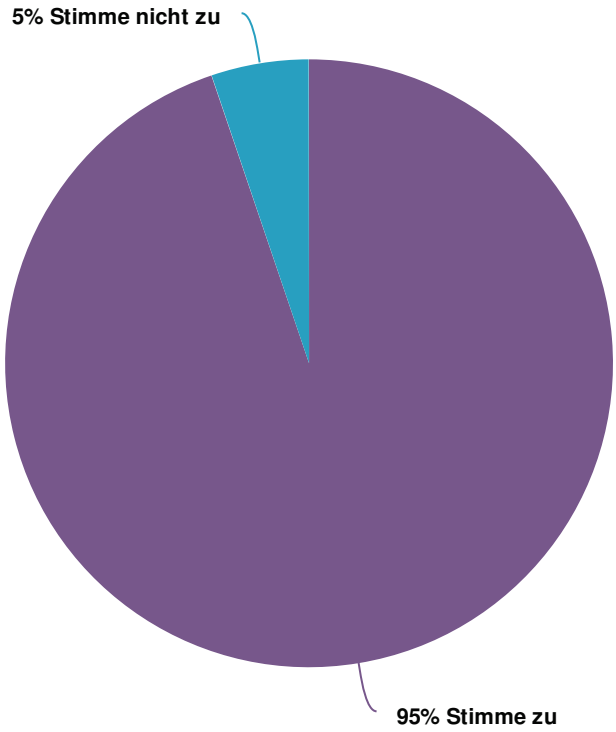
79. Die bisherige Finanzierung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunk muss sich ändern. Daher fordern wir: Die ausschließliche Konzentration auf regionale und überregionale Nachrichtensendungen, sowie hochwertige Berichterstattung aus den Bereichen Bildung, Kunst, Kultur und Politik.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	93.4%	690
Stimme nicht zu	6.6%	49

Total: 739

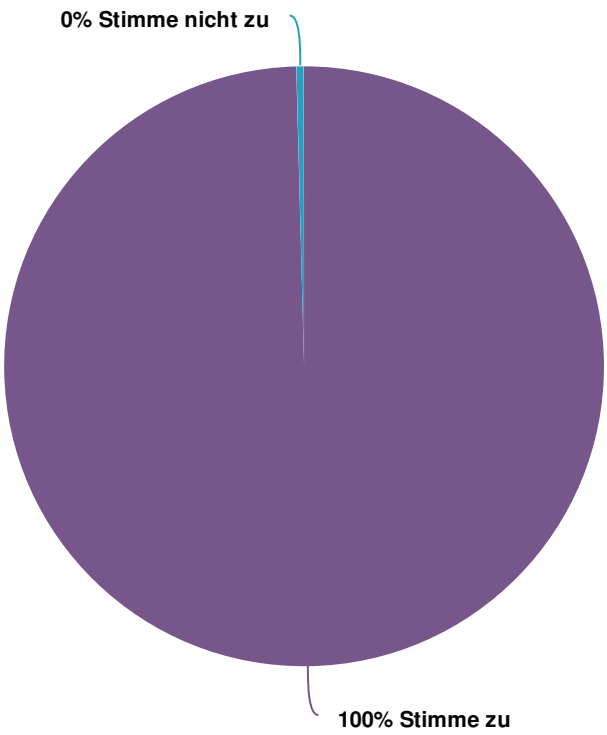
80. Bayern hat einen wesentlichen Teil zur deutschen Kultur beigetragen; sowohl auf dem Gebiet der bildenden Kunst wie auch in Architektur, Musik und Dichtung entstanden herausragende Kulturleistungen. Die AfD will die Wertschätzung dafür und den Stolz darauf wiedererwecken.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	94.8%	695
Stimme nicht zu	5.2%	38

Total: 733

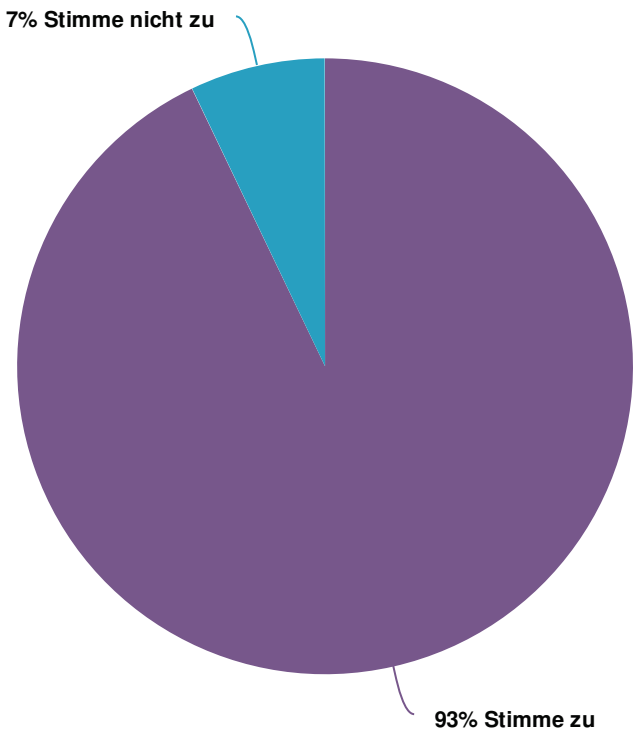
81. Keine Islamisierung des öffentlichen Raums: keine Minarette, keine Muezzinrufe und keine Vollverschleierung.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.6%	744
Stimme nicht zu	0.4%	3

Total: 747

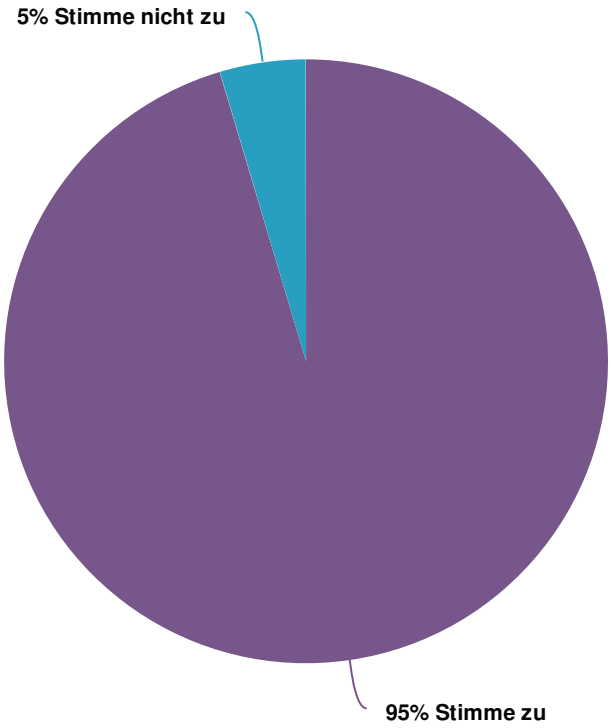
82. Die AfD setzt sich ein für die Bewahrung der bayerischen Heimat und Kultur. Daher fordern wir: Bayerische Volkskultur und Kultureinrichtungen sind verstärkt zu fördern.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	92.9%	681
Stimme nicht zu	7.1%	52

Total: 733

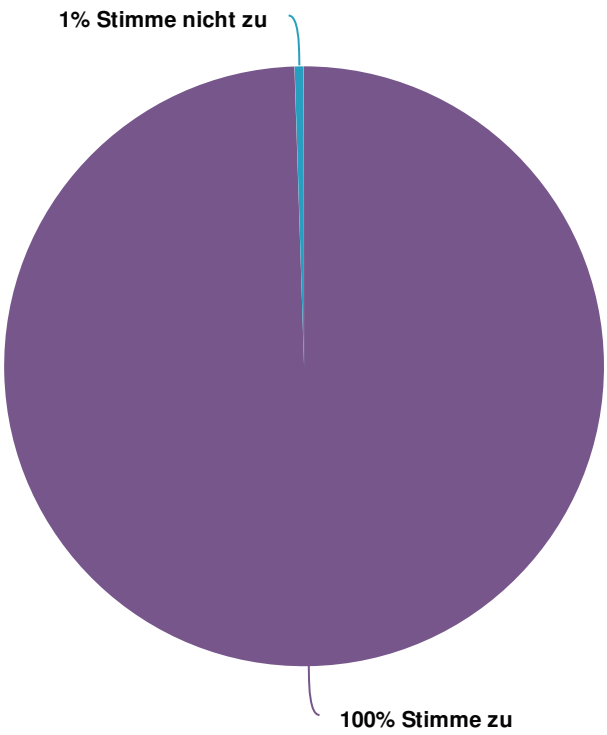
83. Die AfD setzt sich ein für die Bewahrung der bayerischen Heimat und Kultur. Daher fordern wir: Regionale Baustile und historische Bausubstanz müssen erhalten werden.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	95.4%	705
Stimme nicht zu	4.6%	34

Total: 739

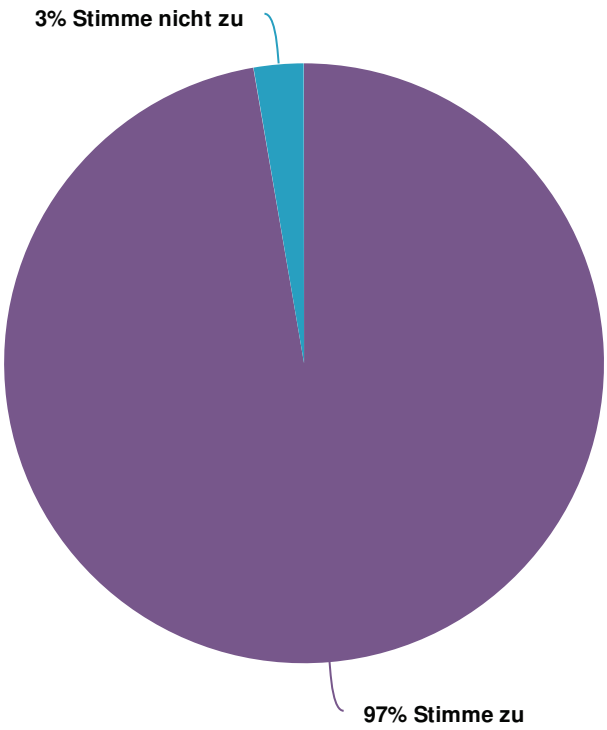
84. Die AfD bekennt sich zur Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung, sowie dem Streben nach Qualität, Leistung und ethischer Verantwortung. Die AfD sieht dabei folgende Schwerpunkte: Forschung und Lehre nach wissenschaftlichen Kriterien: ergebnisoffen, neutral und unter Einbeziehung aller Argumente und Wissenschaftler.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	99.5%	740
Stimme nicht zu	0.5%	4

Total: 744

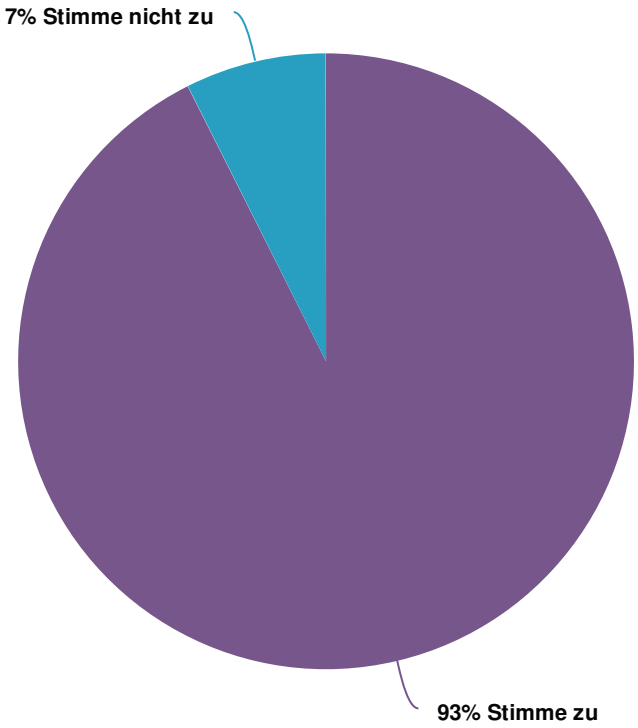
85. Die AfD bekennt sich zur Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung, sowie dem Streben nach Qualität, Leistung und ethischer Verantwortung. Die AfD sieht dabei folgende Schwerpunkte: Beenden ideologisch motivierter Forschungszweige und Lehrstühle (z.B. Genderforschung) und einseitig betriebener Forschung (z. B. in der Klimaforschung).



Value	Percent	Responses
Stimme zu	97.3%	721
Stimme nicht zu	2.7%	20

Total: 741

86. Die AfD bekennt sich zur Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung, sowie dem Streben nach Qualität, Leistung und ethischer Verantwortung. Die AfD sieht dabei folgende Schwerpunkte: Deutsch als Lehr- und Wissenschaftssprache fördern; keine Verdrängung durch Englisch.



Value	Percent	Responses
Stimme zu	92.6%	686
Stimme nicht zu	7.4%	55

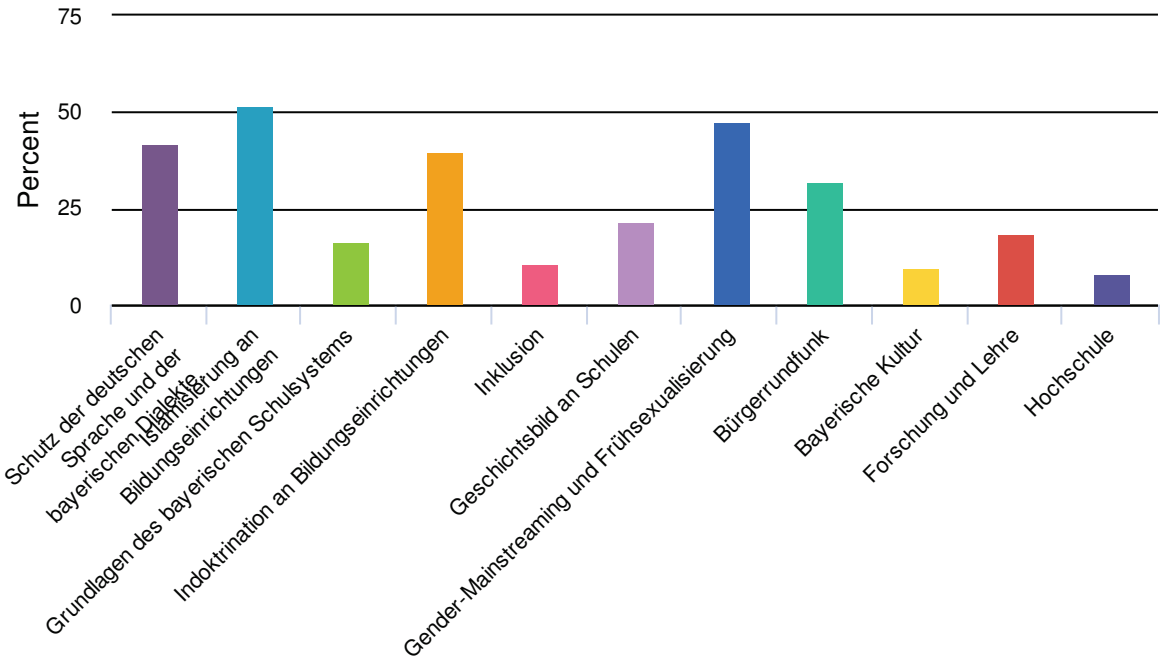
Total: 741

87. Die AfD fordert die Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen als Regelabschlüsse. An bayerischen Hochschulen soll in Zukunft folgendes gelten:



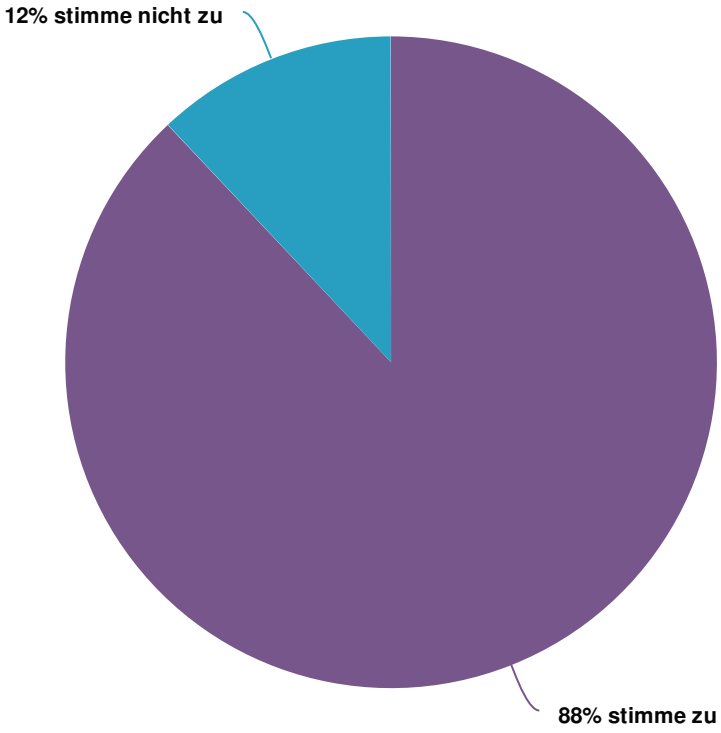
Value	Percent	Responses
Landesweit einheitliche Studiengänge mit Abschluss Diplom, Magister oder Staatsexamen; Bachelor-/Masterstudiengänge sollen auslaufen.	57.8%	426
Diplom-, Magister oder Staatsexamen müssen, Bachelor-/Masterstudiengänge können angeboten werden.	38.9%	287
stimme nicht zu	3.3%	24
		Total: 737

88. Bitte wählen sie aus den Programmpunkten des LFA 6 die für sie bedeutsamsten Themen aus: (Sie können maximal 3 Themen ankreuzen!)



Value	Percent	Responses
Schutz der deutschen Sprache und der bayerischen Dialekte.	41.7%	311
Islamisierung an Bildungseinrichtungen	51.8%	386
Grundlagen des bayerischen Schulsystems	16.5%	123
Indoktrination an Bildungseinrichtungen	39.9%	297
Inklusion	11.0%	82
Geschichtsbild an Schulen	21.7%	162
Gender-Mainstreaming und Frühsexualisierung	47.8%	356
Bürgerrundfunk	32.3%	241
Bayerische Kultur	9.7%	72
Forschung und Lehre	18.5%	138
Hochschule	8.5%	63

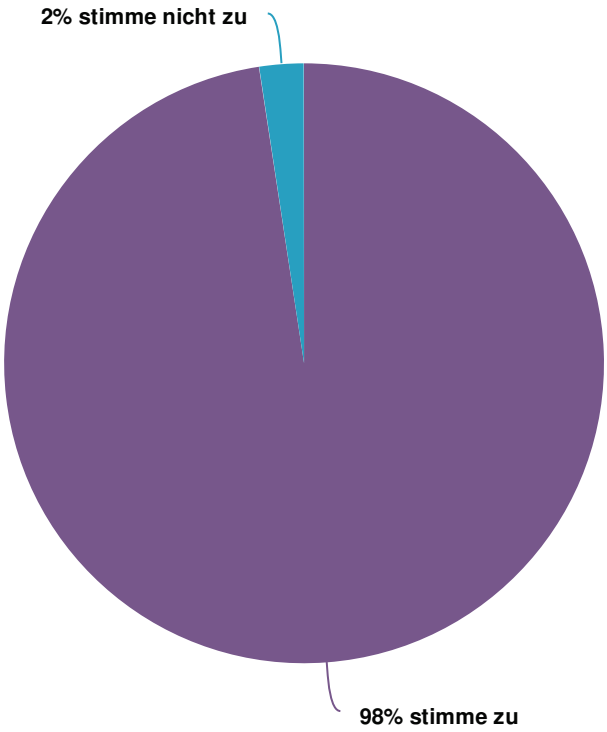
89. Wir fordern ein schuldenfreies Bayern bereits 2028! Wir fordern dazu eine Verstetigung der jährlichen Haushaltsansätze zum Schuldenabbau auf mindestens 2 Mrd € pro Jahr.



Value	Percent	Responses
stimme zu	88.0%	626
stimme nicht zu	12.0%	85

Total: 711

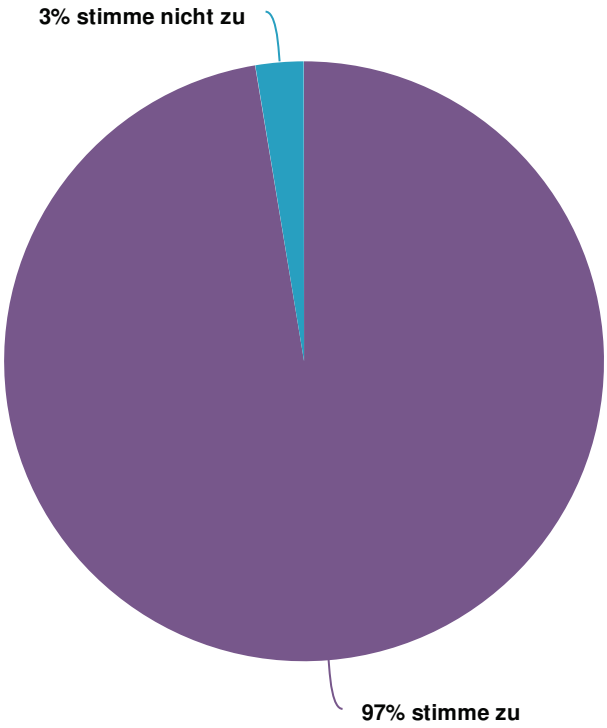
90. Wir fordern einen Abbau der Staatsquote und die Entlastung der Bürger.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.6%	702
stimme nicht zu	2.4%	17

Total: 719

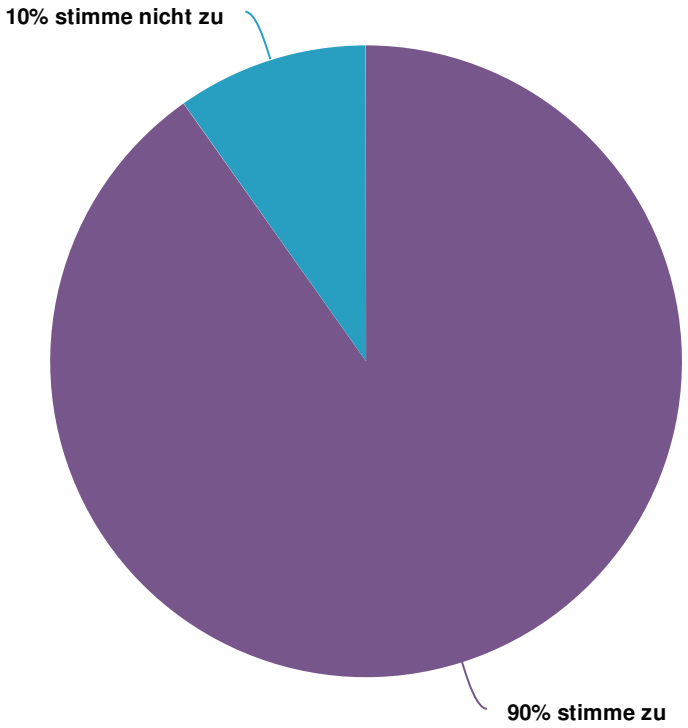
91. Wir fordern „bayerisches Geld für bayerische Aufgaben“. Wir fordern ab 2021 aus dem neuen Finanzkraftausgleich ersparte Mittel konsequent in Bayern zu investieren: in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.4%	707
stimme nicht zu	2.6%	19

Total: 726

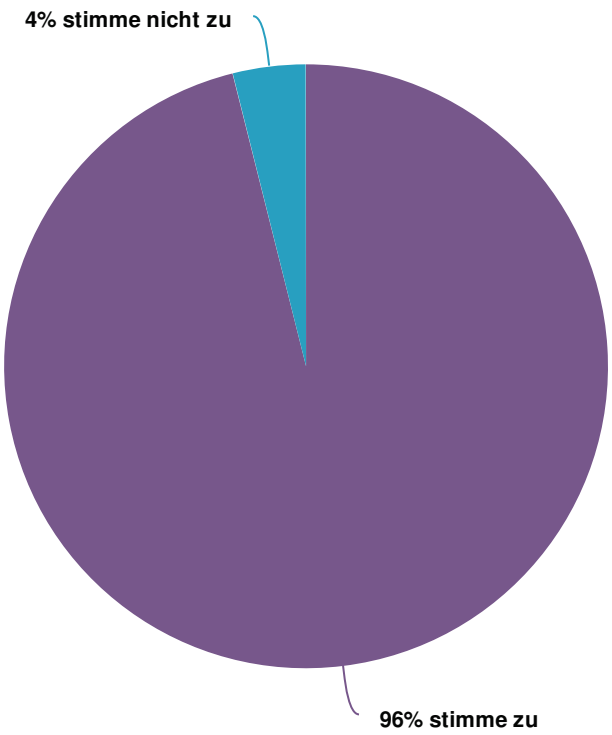
92. Wir fordern eine Umsteuerung von als „sozial“ etikettierten Landesbeihilfen in Investitionen. Wir fordern eine „Zukunftsregel“ im Haushalt mit der Zielvorgabe für je einen Euro sozial, zwei Euro investiv auszugeben.



Value	Percent	Responses
stimme zu	90.2%	634
stimme nicht zu	9.8%	69

Total: 703

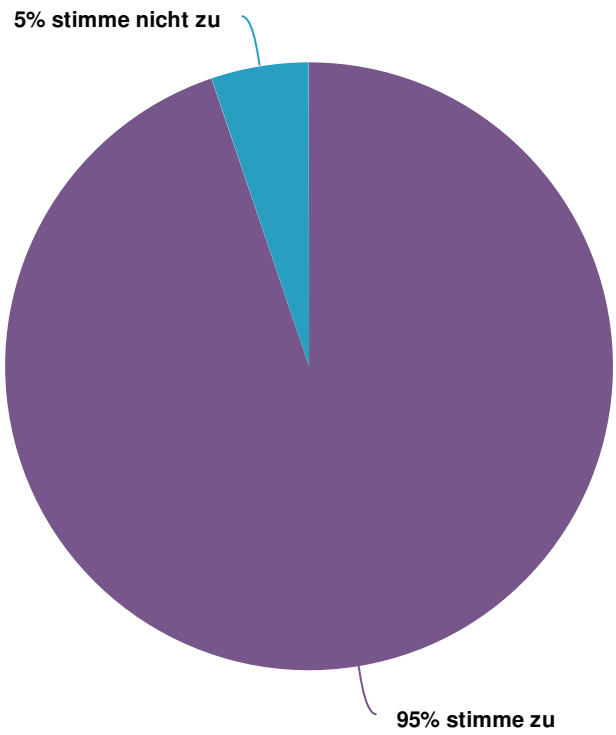
93. Wir fordern, regionale Banken aus dem Haftungsverbund der europäischen Einlagensicherung herauszunehmen. Regionale Förderbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken als Träger der örtlichen Kreditversorgung sind zu stärken.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.1%	687
stimme nicht zu	3.9%	28

Total: 715

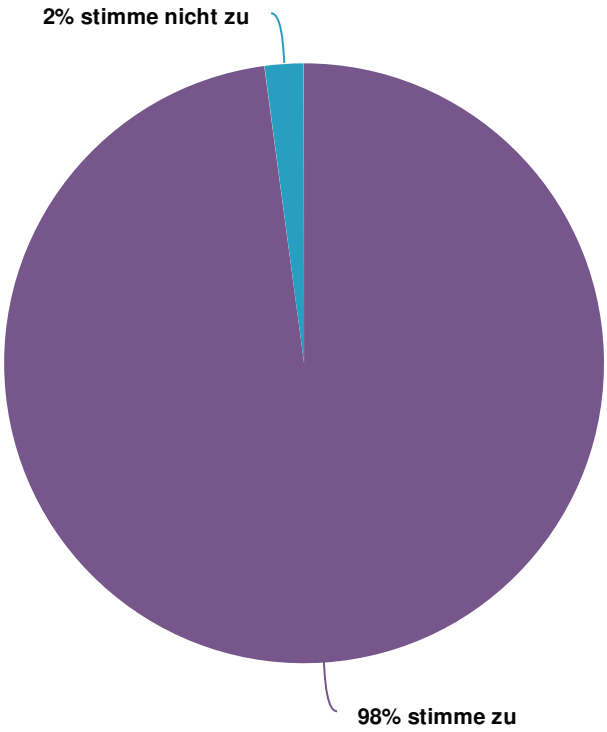
94. Wir fordern eine Stärkung des Mittelstandes durch Finanzierung über regionale Finanzplätze und Instrumente.



Value	Percent	Responses
stimme zu	94.8%	676
stimme nicht zu	5.2%	37

Total: 713

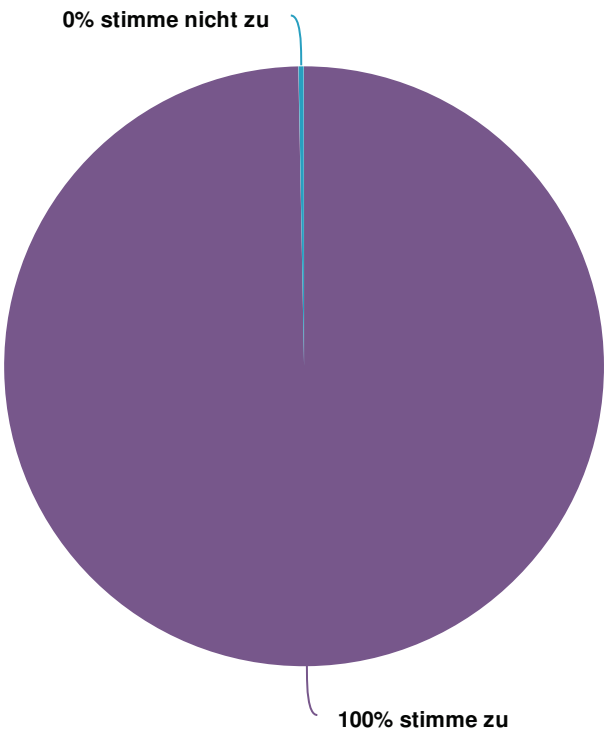
95. Wir fordern, das „Recht auf Bargeld“ in das Grundgesetz aufzunehmen. Wir fordern das Recht für jeden Bürger, sich sein Kontoguthaben in bar ohne Beschränkungen auszahlen zu lassen und dass das Recht zur Bezahlung einer Geldschuld mit Bargeld gesetzlich nicht begrenzt werden darf. Bayern soll jede diesbezügliche Gesetzesinitiative im Bundesrat unterstützen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.9%	715
stimme nicht zu	2.1%	15

Total: 730

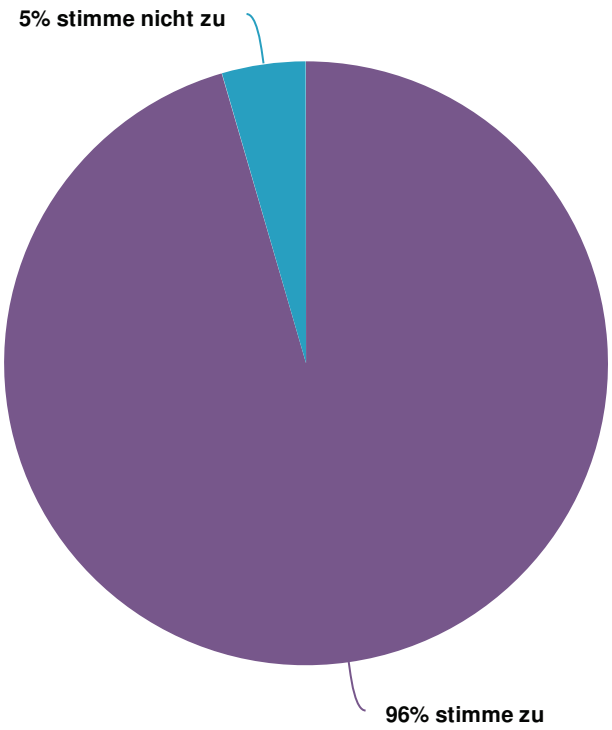
96. Die Finanzierung von Moscheevereinen und religiösen Sekten, die eine Staatsreligion des Auslands propagieren, ist offenzulegen. Die personelle und finanzielle Ausstattung von Religionsgemeinschaften in Bayern durch ausländische staatlich gelenkte Organisationen ist zu unterbinden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	99.7%	728
stimme nicht zu	0.3%	2

Total: 730

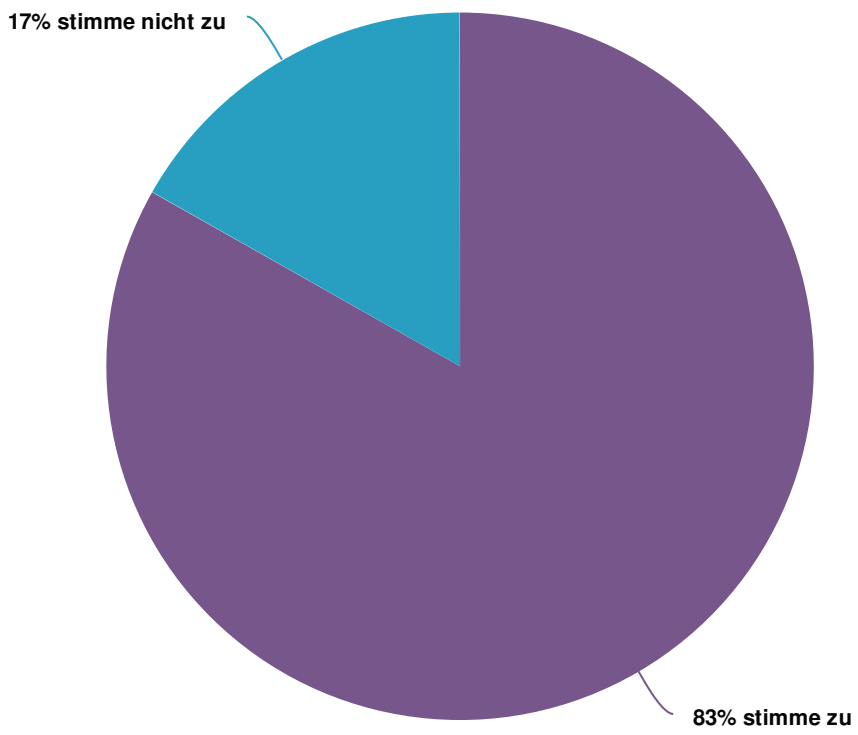
97. Die großzügige Bezahlung von Geistlichen der Amtskirchen (einschl. Altersversorgung und 13. Monatsgehalt für katholische Weihbischöfe, Dignitäre, Bischöfe und Erzbischöfe sowie die evangelischen Oberkirchenräte, deren Stellvertreter und den Landesbischof) aus allgemeinen Steuermitteln ist abzuschaffen, wie auch die staatliche und kommunale Finanzierung von Kirchentagen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	95.5%	701
stimme nicht zu	4.5%	33

Total: 734

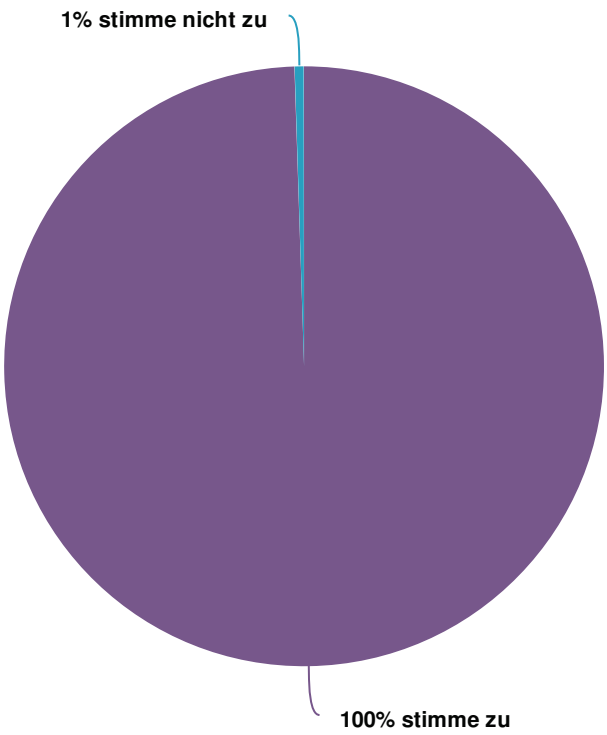
98. Für die Pflege sakraler Baudenkmäler sollen Zuwendungen des Freistaats im bisherigen finanziellen Rahmen gesetzlich zugesichert werden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	83.2%	591
stimme nicht zu	16.8%	119

Total: 710

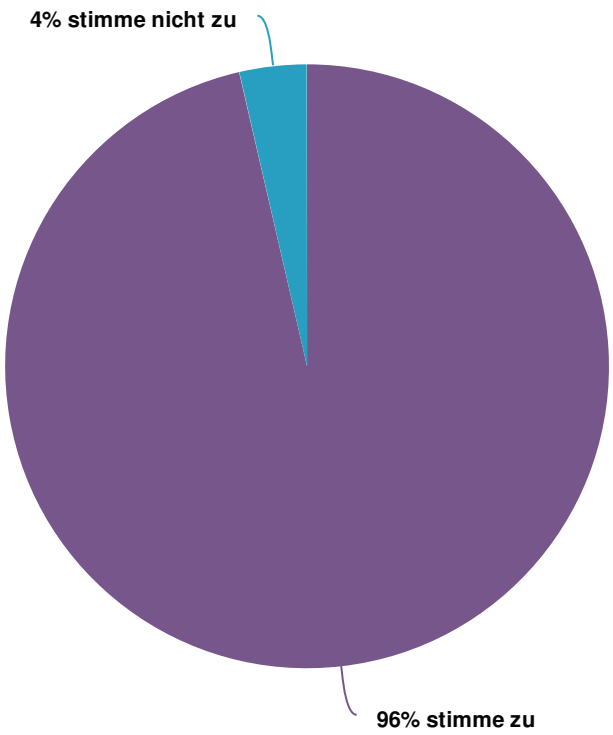
99. Der Islam gehört weder zu Deutschland insgesamt noch zu Bayern im Besonderen. Die Alternative für Deutschland tritt für den säkularen, freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat ein, der den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet ist und über religiösen Geboten und Traditionen steht. Mit diesem Staatsverständnis ist der Islam auf der Basis von Koran und Sunna nicht vereinbar.



Value		Percent	Responses
stimme zu		99.5%	726
stimme nicht zu		0.5%	4

Total: 730

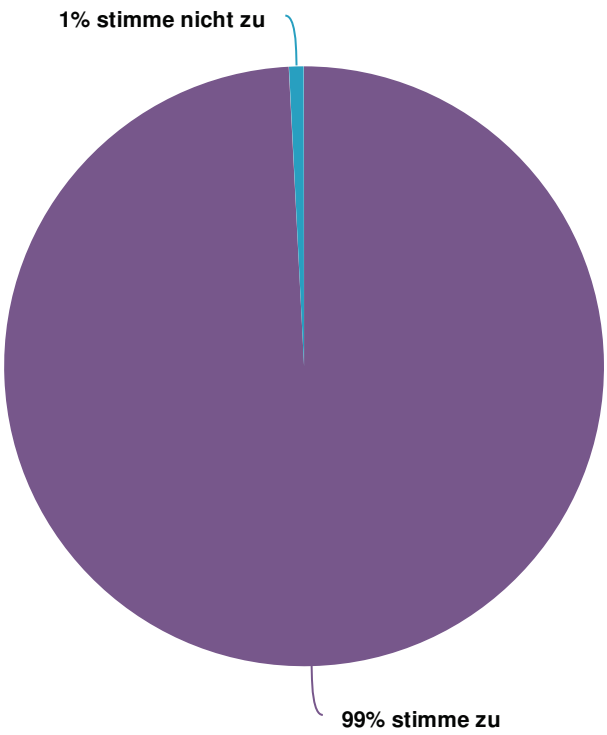
100. In Bayern sollen keine Moscheen den Namen „Fatih-Moschee“ tragen, wie z.B. in Augsburg, Memmingen und Unterschleißheim. „Fatih“ bedeutet „Eroberer“ nach Sultan Mehmet II. genannt Fatih, dem Eroberer von Konstantinopel 1453. Diese Namensgebung bedeutet, dass solche Moscheen Stützpunkte islamischer Eroberung sind.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.4%	704
stimme nicht zu	3.6%	26

Total: 730

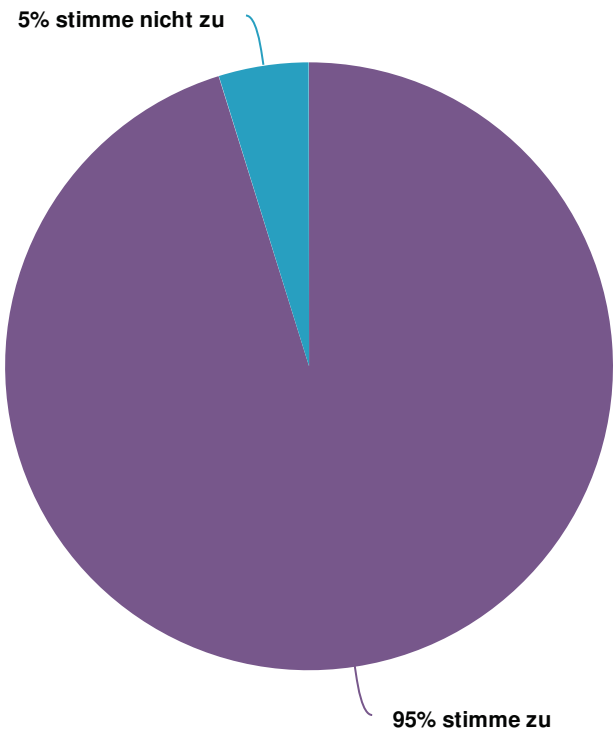
101. In Bayern soll eine gesetzliche Pflicht zur Registrierung für alle Moscheegemeinden mit Angaben zum Betreiber, zur Finanzierung, zu ihrer Mitgliederzahl und ihren Imamen eingeführt werden. Bislang hat der Freistaat Bayern keine genaue Kenntnis von den hiesigen Moscheegemeinden. Diese Unkenntnis ist angesichts der Gefahr rechtswidriger radikal-islamischer Umtriebe nicht zu verantworten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	99.2%	726
stimme nicht zu	0.8%	6

Total: 732

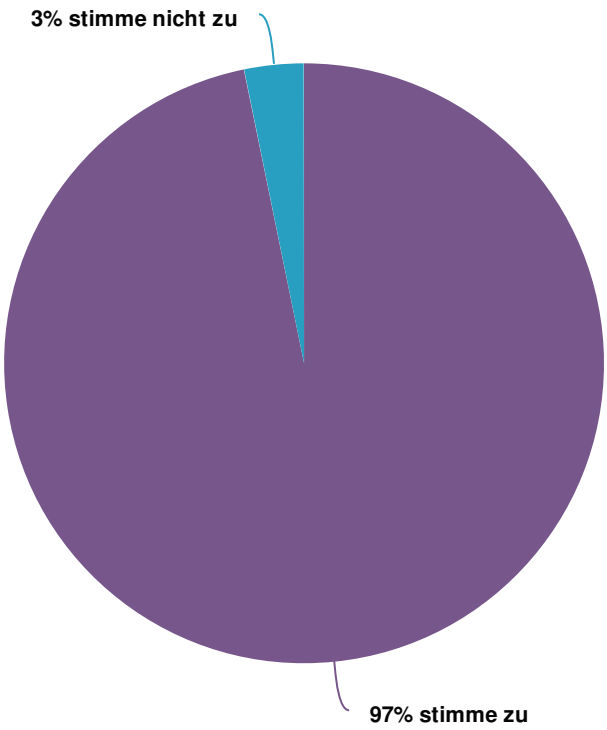
102. Immer mehr kommunale Krankenhäuser abseits der Ballungszentren werden privatisiert bzw. aus Kostengründen ganz oder teilweise (Abteilungen) geschlossen: Die AfD Bayern fordert, ein flächendeckendes Netz von Krankenhäusern zur stationären Erst- und Grundversorgung in kommunaler Trägerschaft zu erhalten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	95.2%	692
stimme nicht zu	4.8%	35

Total: 727

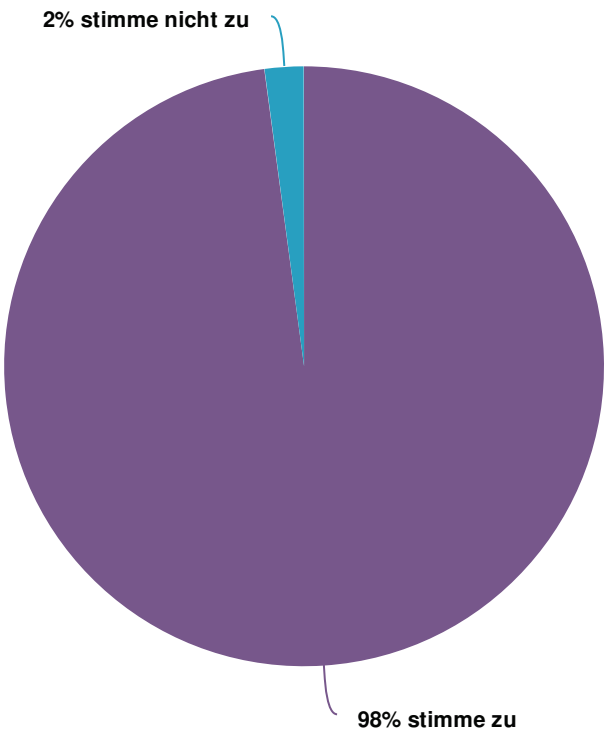
103. Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass insbesondere Geburtsstationen erhalten bleiben oder ein gleichwertiger Ersatz geschaffen wird.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.8%	699
stimme nicht zu	3.2%	23

Total: 722

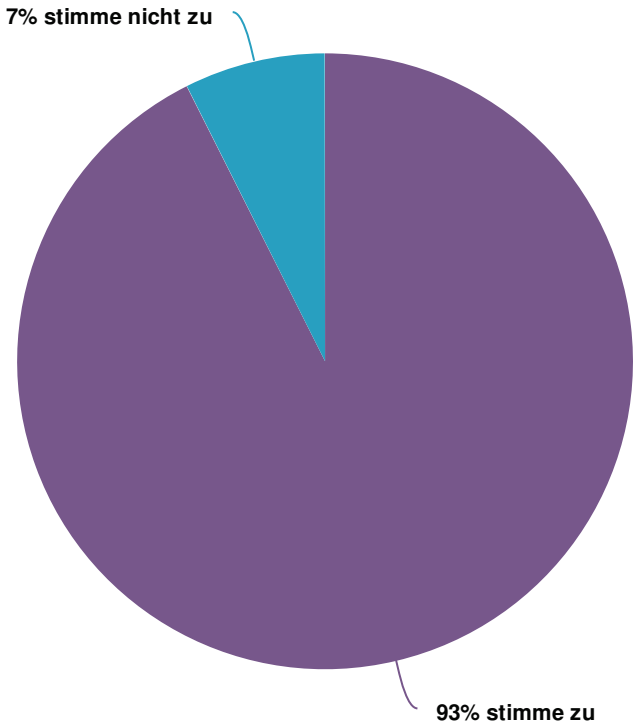
104. Überalterung der Hausärzte und gleichzeitiger Nachwuchsmangel gefährden die hausärztliche Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten: Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass in den betroffenen ländlichen Gebieten die Attraktivität einer hausärztlichen Praxis durch Anreize und Bürokratieabbau gesteigert wird.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.9%	705
stimme nicht zu	2.1%	15

Total: 720

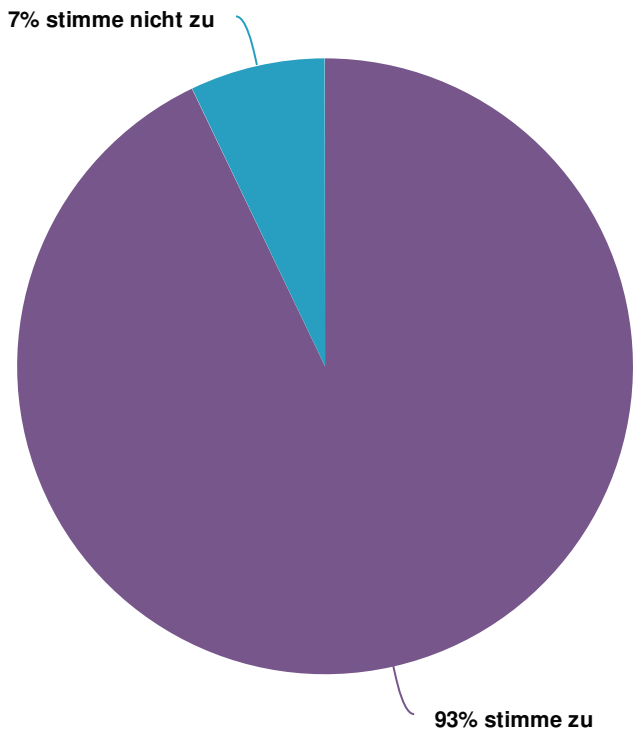
105. In Landkreisen und Kommunen, in denen die Kassenärztliche Vereinigung die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung nicht mehr garantieren kann, müssen Kommunen und Landkreise den Sicherstellungsauftrag übernehmen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	92.6%	664
stimme nicht zu	7.4%	53

Total: 717

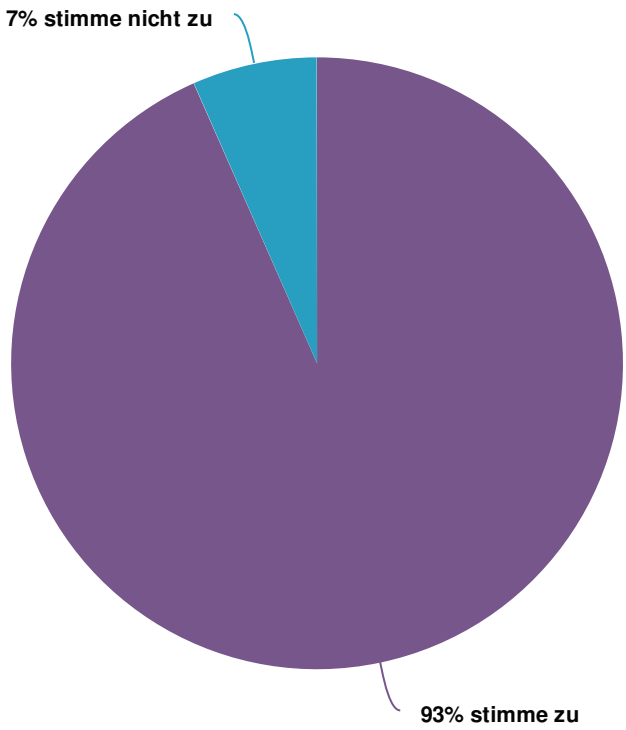
106. Das Pflegegeld für pflegende Angehörige deckt nicht die Kosten einer privaten Pflege: Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass pflegende Angehörige denselben finanziellen Ausgleich für ihr Engagement in der Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder im häuslichen Umfeld erhalten wie Pflegedienste.



Value	Percent	Responses
stimme zu	92.9%	669
stimme nicht zu	7.1%	51

Total: 720

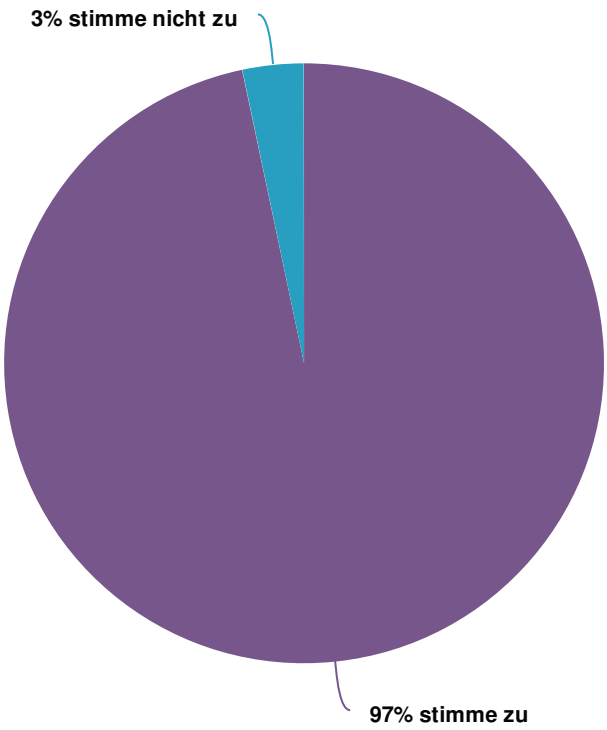
107. Dieser Ausgleich soll die Betroffenen in die Lage versetzen, ihren Arbeitsausfall und die damit verbundenen Mindereinnahmen zu kompensieren sowie im Bedarfsfall Pflegeleistungen von einem Dienstleister abzurufen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	93.4%	665
stimme nicht zu	6.6%	47

Total: 712

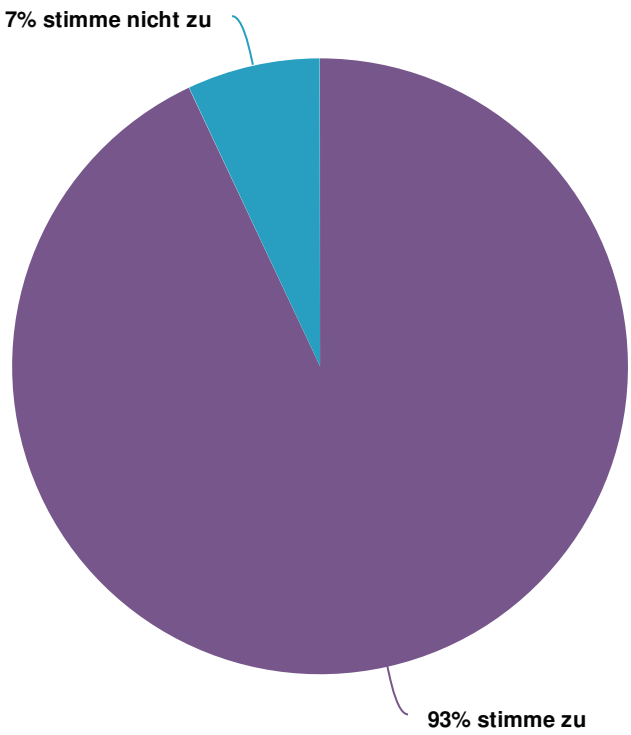
108. Die AfD Bayern setzt sich für eine hochwertige und menschenwürdige Betreuung und Pflege in stationären Einrichtungen (Krankenhäuser / Pflegeheime) ein: Für bessere Arbeitsbedingungen fordern wir verbindliche Mindestpersonalschlüssel, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.7%	698
stimme nicht zu	3.3%	24

Total: 722

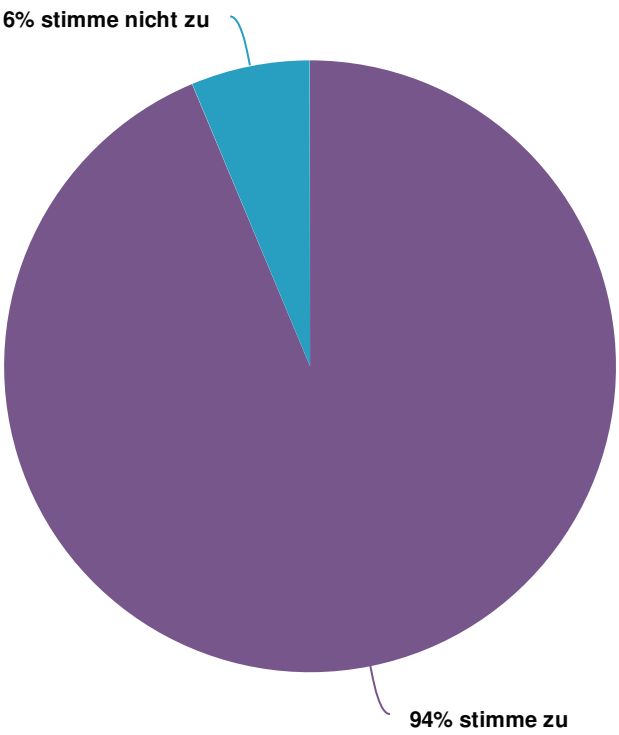
109. Um junge Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern, wollen wir Aufstiegsmöglichkeiten attraktiver gestalten (z.B. erleichterter Zugang zu fachakademischer Weiterbildung).



Value	Percent	Responses
stimme zu	93.0%	667
stimme nicht zu	7.0%	50

Total: 717

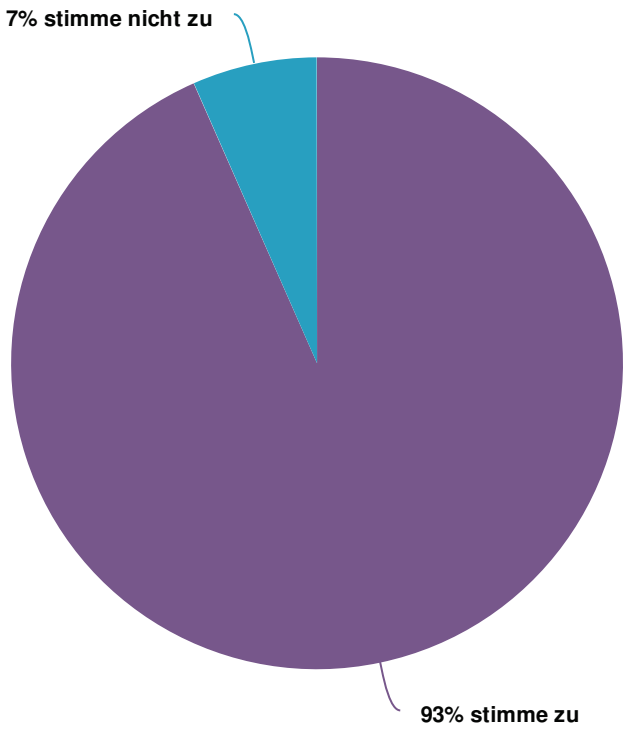
110. Für Zusatzvergütungen aus unattraktiven Arbeitszeiten (z.B. Nachtschicht, Wochenenddienst) fordern wir eine steuerliche Entlastung.



Value	Percent	Responses
stimme zu	93.7%	673
stimme nicht zu	6.3%	45

Total: 718

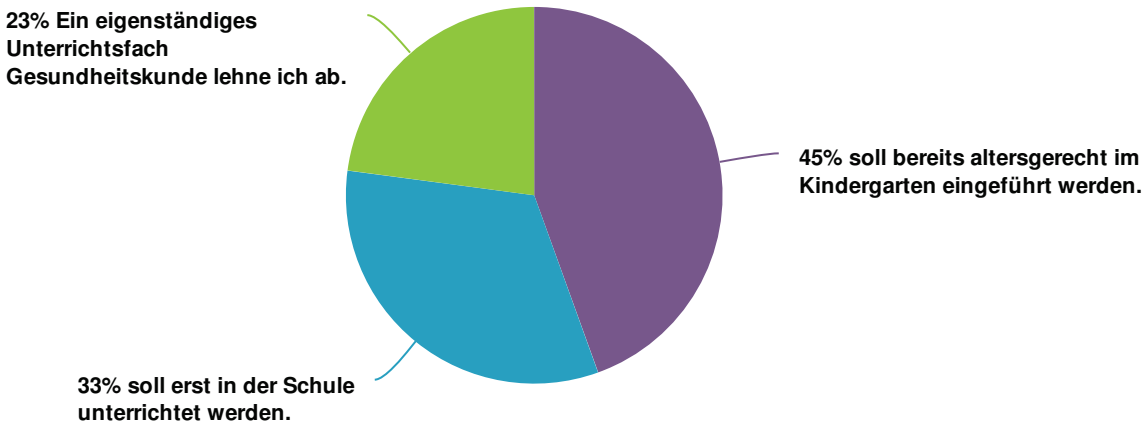
111. Die AfD fordert eine Reform der Pflegeausbildung; hierzu zählt unter anderem eine zweijährige Grund- und mindestens einjährige Fachausbildung zum Kinder-, Kranken-, Altenpfleger oder Notfallsanitäter.



Value	Percent	Responses
stimme zu	93.4%	663
stimme nicht zu	6.6%	47

Total: 710

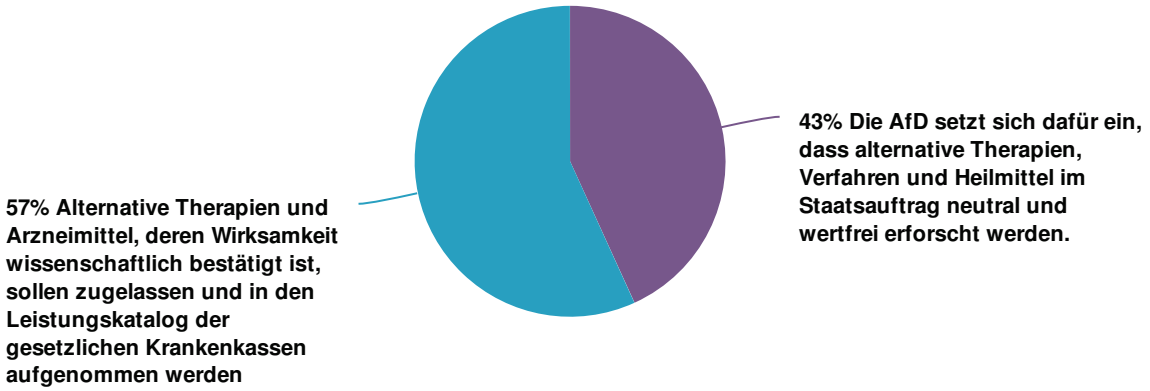
112. Jeder Bürger handelt überwiegend selbstbestimmt und eigenverantwortlich für seine Gesunderhaltung. Der Grundstein für viele chronische Erkrankungen wird jedoch bereits im Kindesalter gelegt: Aus diesem Grund fordern wir, Gesundheitserziehung in einem eigenen Unterrichtsfach „Gesundheitskunde“ zu etablieren und entsprechende Lerninhalte darin zu bündeln. Gesundheitskunde (nur eine Auswahl möglich):



Value	Percent	Responses
soll bereits altersgerecht im Kindergarten eingeführt werden.	44.5%	321
soll erst in der Schule unterrichtet werden.	32.6%	235
Ein eigenständiges Unterrichtsfach Gesundheitskunde lehne ich ab.	22.9%	165

Total: 721

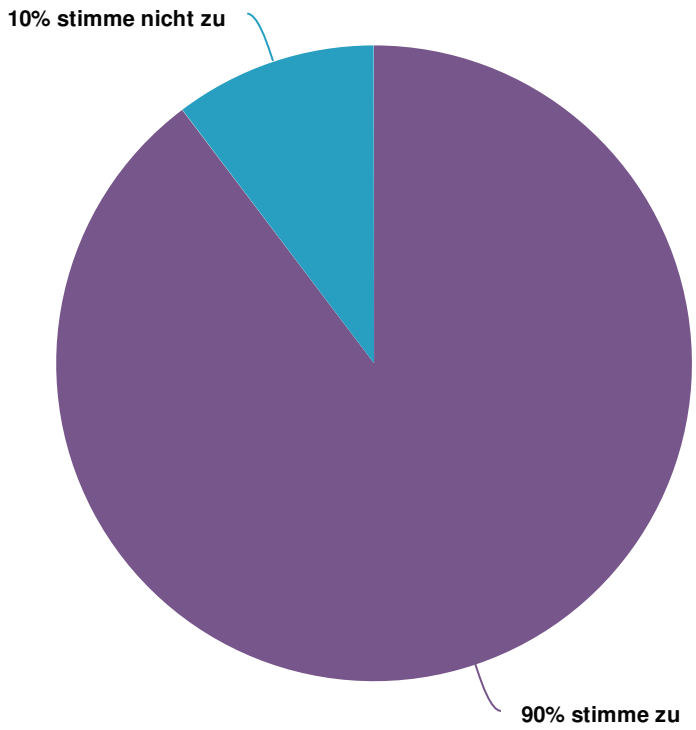
113. Viele alternative Therapien und Heilmittel werden von privat geführten Unternehmen nicht erforscht. Folglich erhalten sie keine Zulassung und dürfen weder offiziell angewendet noch von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden:



Value	Percent	Responses
Die AfD setzt sich dafür ein, dass alternative Therapien, Verfahren und Heilmittel im Staatsauftrag neutral und wertfrei erforscht werden.	43.2%	303
Alternative Therapien und Arzneimittel, deren Wirksamkeit wissenschaftlich bestätigt ist, sollen zugelassen und in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden	56.8%	398

Total: 701

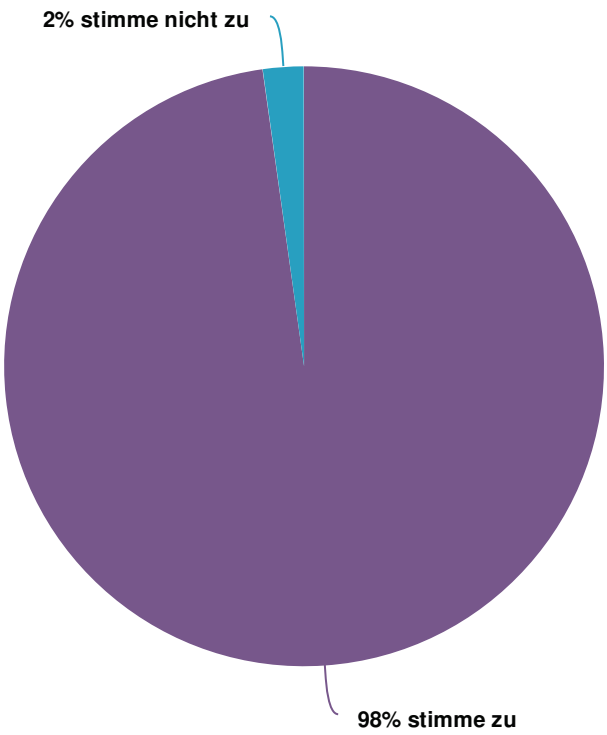
114. Umweltmedizin befasst sich mit Belastungen von Wasser, Luft, Boden, Radioaktivität, elektromagnetischen Feldern, Energietechnik und Lebensmitteln und den sich daraus ergebenden Einflüssen auf Gesundheit und Wohlbefinden: Die AfD Bayern fordert, dass gesundheitliche Auswirkungen von neuen technischen Standards und Vorgaben (z.B. Ausbau von Mobilfunknetzen, Veränderung von Grenzwerten etc.) grundsätzlich vor deren Einführung neutral und wertfrei erforscht werden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	89.7%	638
stimme nicht zu	10.3%	73

Total: 711

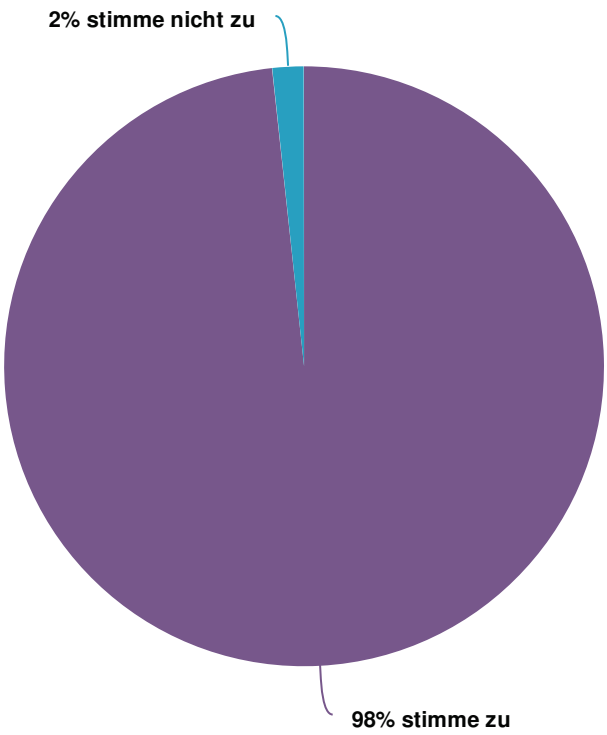
115. Jeder Bürger, dessen Leben zu Ende geht, hat ein Recht darauf, würdevoll und mit so wenig Schmerzen, Angst und Leid wie möglich zu sterben: Die AfD Bayern setzt sich für Verbesserungen und den weiteren Ausbau des palliativmedizinischen Angebots in Kliniken, Hospizen und im häuslichen Umfeld ein.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.8%	707
stimme nicht zu	2.2%	16

Total: 723

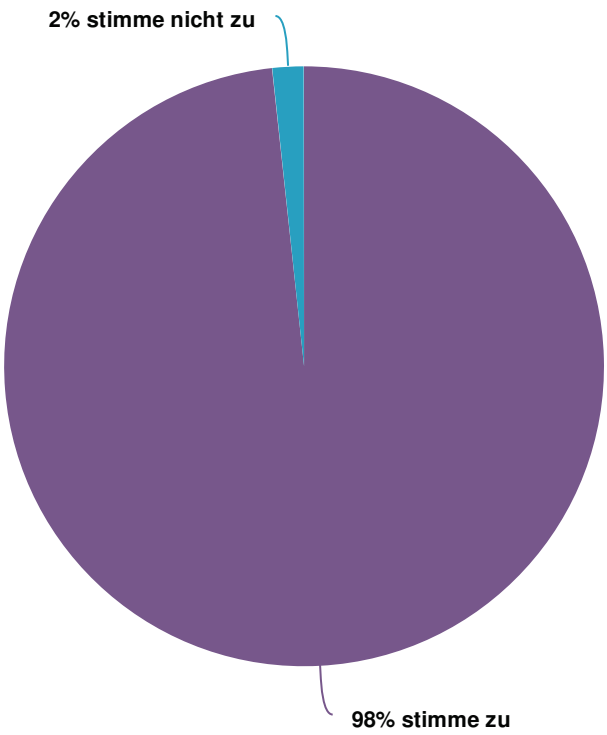
116. Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen und Lobbyismus transparent machen: Die AfD Bayern fordert, das bestehende Antikorruptionsgesetz konsequent anzuwenden und die Verbesserungsvorschläge des Bundesrats dazu umzusetzen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	98.3%	710
stimme nicht zu	1.7%	12

Total: 722

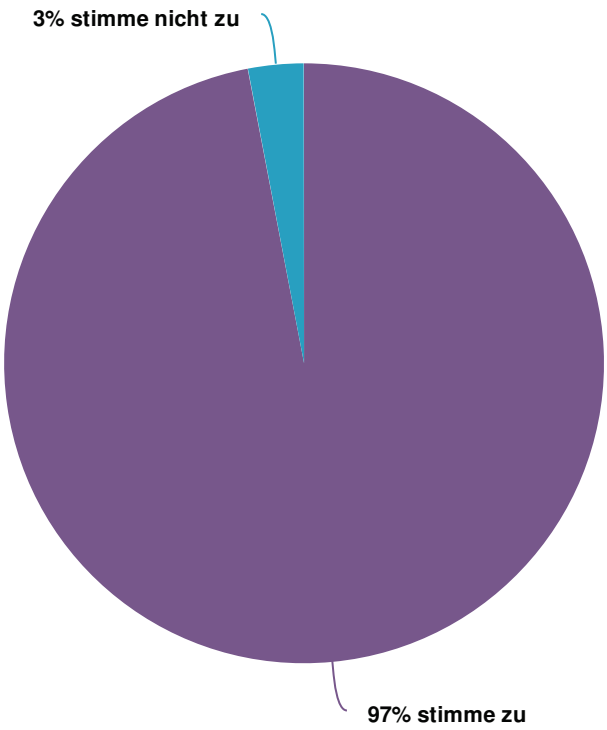
117. Wir wollen eine regelmäßige Aktualisierung und Veröffentlichung des Lobbyismus-Registers durchsetzen, um übermäßigen Korporatismus und schädliche Einflussnahmen zu unterbinden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	98.3%	705
stimme nicht zu	1.7%	12

Total: 717

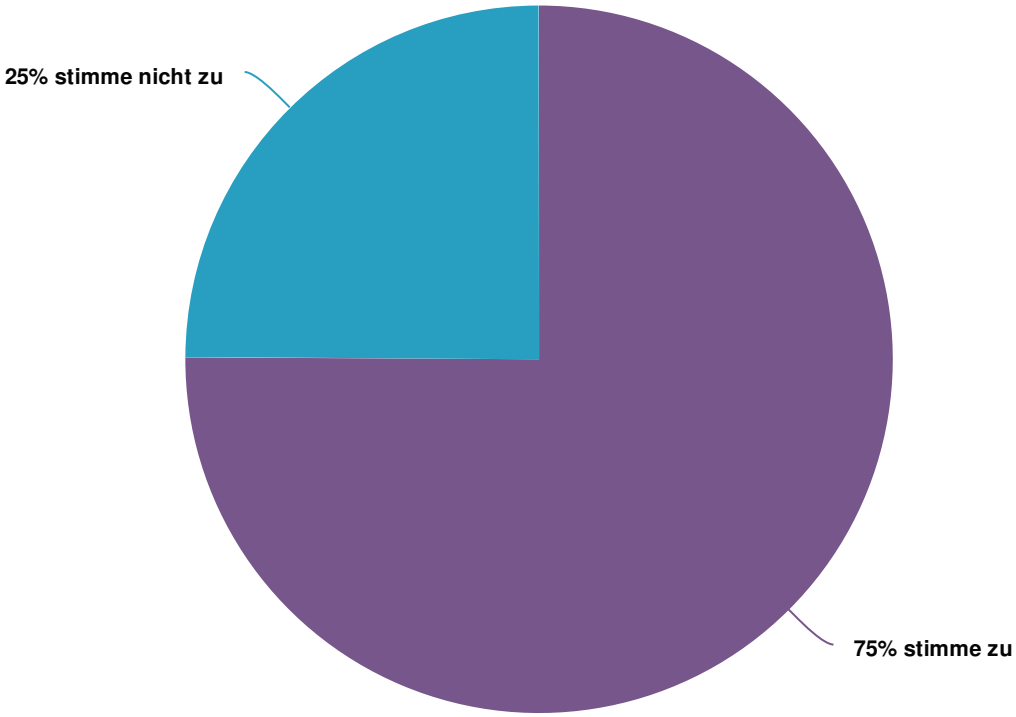
118. Ärzte aus Nicht-EU-Staaten benötigen für eine Zulassung (Approbation) in Bayern neben ausreichenden Sprach- und Fachsprachkenntnissen den Nachweis entsprechender Fachkenntnisse. Dies kann bislang wahlweise auf zwei Arten erfolgen: a) durch die Feststellung der Gleichwertigkeit von Ausbildungsabschlüssen oder b) eine Prüfung auf dem Niveau des 2. Abschnitts der ärztlichen Prüfung (§ 37 ÄApprO) Die AfD Bayern fordert für Ärzte aus Nicht-EU-Staaten, die in Bayern eine Zulassung beantragen, dass deren fachliche Eignung grundsätzlich nur durch eine staatliche Kenntnisprüfung nach § 37 ÄApprO obligatorisch festgestellt wird.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.0%	703
stimme nicht zu	3.0%	22

Total: 725

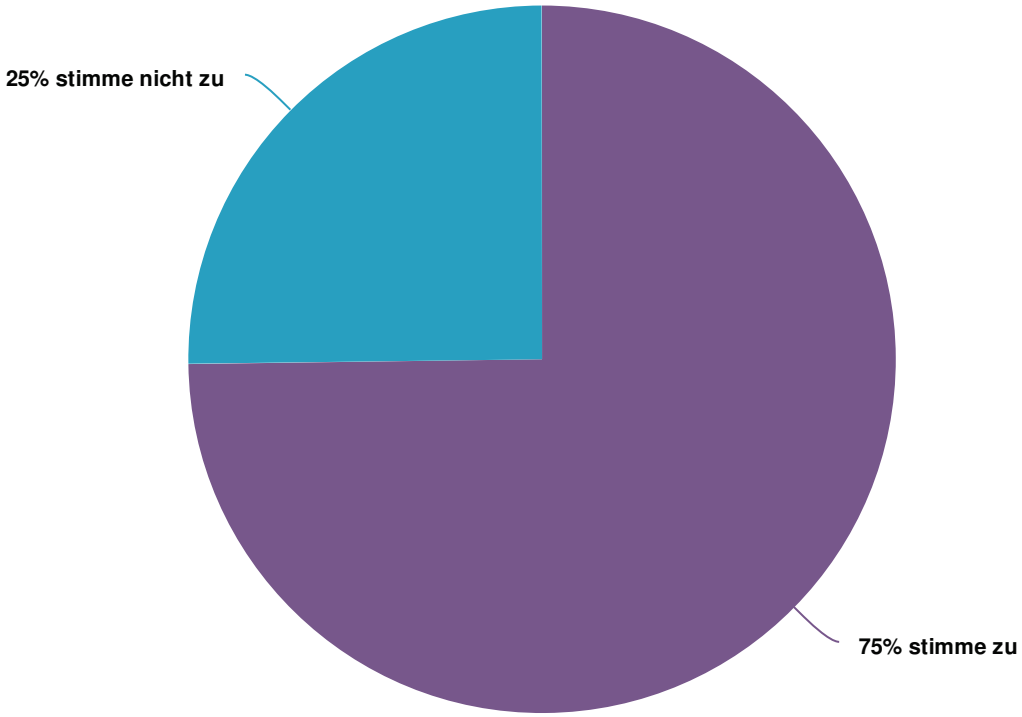
119. Als Dienstleister im Gesundheitswesen bietet der Heilpraktiker eine wertvolle Ergänzung zur schulmedizinischen Versorgung und trägt so zum Erhalt der natur- und erfahrungsheilkundlichen Therapievielfalt bei: Die AfD fordert, das Berufsbild des Heilpraktikers zu erhalten und mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl zu ermöglichen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	75.1%	531
stimme nicht zu	24.9%	176

Total: 707

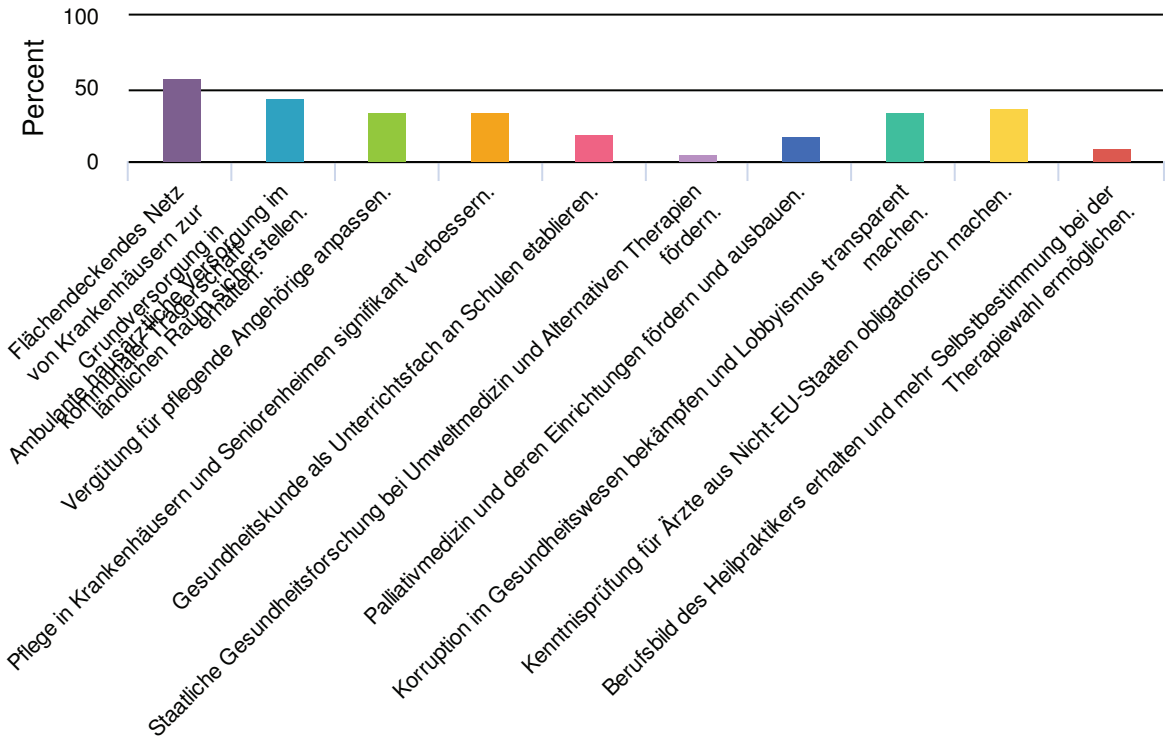
120. Für mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl sollen gesetzliche Krankenkassen die Kosten solcher Therapien anteilig übernehmen können.



Value	Percent	Responses
stimme zu	74.8%	527
stimme nicht zu	25.2%	178

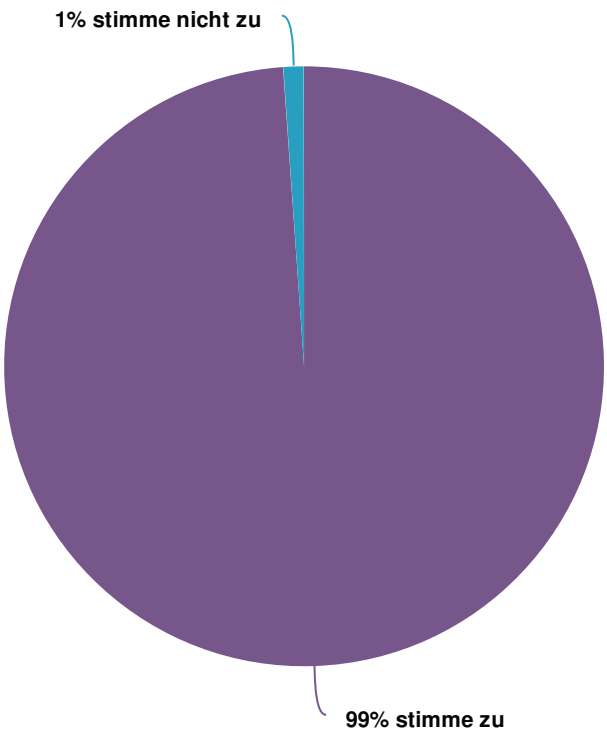
Total: 705

121. Bitte wählen Sie aus den Programmpunkten des LFA 8 die für Sie bedeutsamsten Themen aus (Max 3 Möglichkeiten):


Percent
100
50
0
Flächendeckendes Netz von Krankenhäusern zur Grundversorgung in ländlichen Räumen sicherstellen.
Ambulante hausärztliche Versorgung im Rahmen der Facharztpraxis erhalten.
Vergütung für pflegende Angehörige anpassen.
Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen signifikant verbessern.
Gesundheitskunde als Unterrichtsfach an Schulen etablieren.
Staatliche Gesundheitsforschung bei Umweltmedizin und Alternativen Therapien fördern.
Palliativmedizin und deren Einrichtungen fördern und ausbauen.
Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen und Lobbyismus transparent machen.
Kenntnisprüfung für Ärzte aus Nicht-EU-Staaten obligatorisch machen.
Berufsbild des Heilpraktikers erhalten und mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl ermöglichen.

Value	Percent	Responses
Flächendeckendes Netz von Krankenhäusern zur Grundversorgung in kommunaler Trägerschaft erhalten.	57.8%	421
Ambulante hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen.	44.4%	323
Vergütung für pflegende Angehörige anpassen.	33.9%	247
Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen signifikant verbessern.	34.2%	249
Gesundheitskunde als Unterrichtsfach an Schulen etablieren.	19.6%	143
Staatliche Gesundheitsforschung bei Umweltmedizin und Alternativen Therapien fördern.	5.4%	39
Palliativmedizin und deren Einrichtungen fördern und ausbauen.	18.0%	131
Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen und Lobbyismus transparent machen.	34.8%	253
Kenntnisprüfung für Ärzte aus Nicht-EU-Staaten obligatorisch machen.	37.4%	272
Berufsbild des Heilpraktikers erhalten und mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl ermöglichen.	9.3%	68

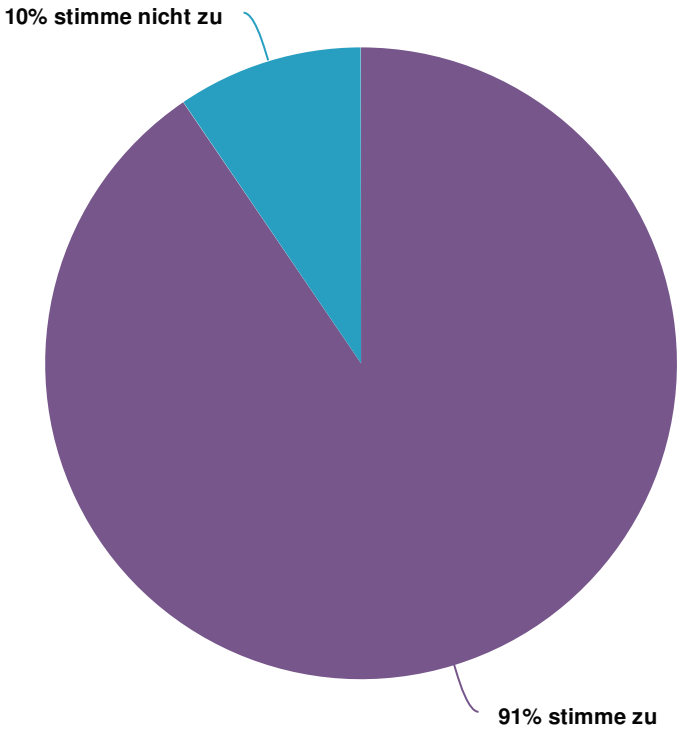
122. Volksabstimmung nach Schweizer Modell Volksabstimmungen in Bayern werden durch restriktive Quoren, Bürokratie und Themenausschlüsse, wie z.B. zu haushaltsrelevanten Entscheidungen, stark behindert oder unmöglich gemacht. Dies zeigt, dass die CSU nicht wirklich an einer echten Mitwirkung der Bürger interessiert ist. Die AfD hingegen will uneingeschränkte Volkssouveränität in Bayern herstellen und bürgernahe, anwenderfreundliche Volksabstimmungen nach dem Vorbild der Schweiz, auf Landes-, Bezirks- und kommunaler Ebene einführen.



Value		Percent	Responses
stimme zu		98.9%	710
stimme nicht zu		1.1%	8

Total: 718

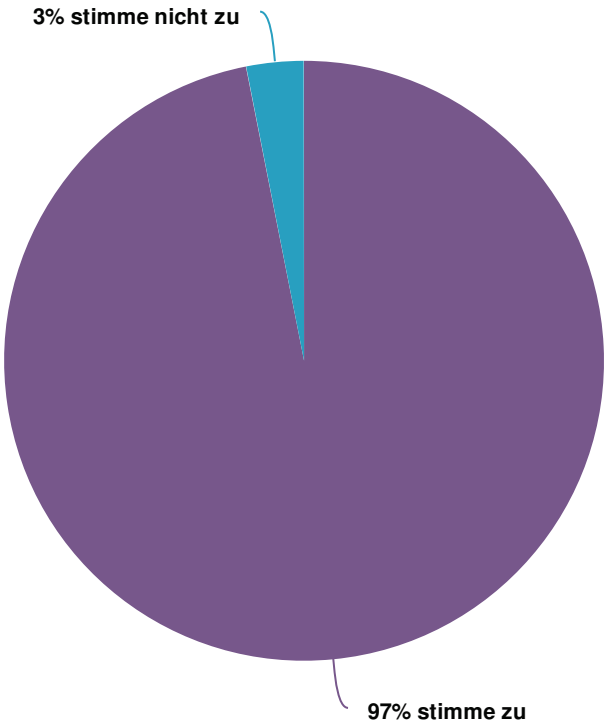
123. Abwahlmöglichkeit durch Volksabstimmungen Volksabstimmungen sollen den Bürgern auch die Abwahl von Amtsträgern der Exekutive ermöglichen, vom Bürgermeister bis zum Ministerpräsidenten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	90.5%	648
stimme nicht zu	9.5%	68

Total: 716

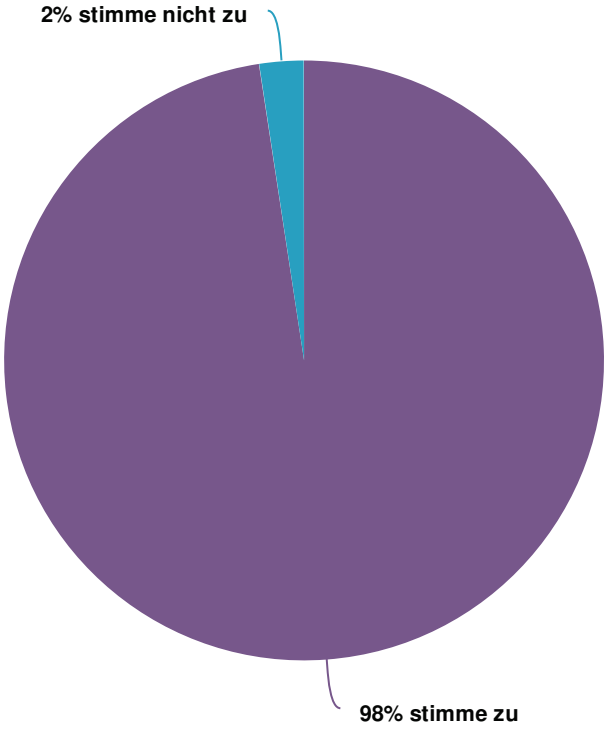
124. Gewaltenteilung Die Politik mischt sich in Strafverfahren ein, wie z.B. die CSU-Spendenaffäre, die "Netzpolitik.org"-Affäre oder der Fall Gustl Mollath belegen. Staatsanwälte als Teil der Exekutive sind nicht unabhängig im Gegensatz zu Richtern, deren Unabhängigkeit im Grundgesetz festgeschrieben ist. Unabhängige Staatsanwälte sind aber heute bereits europäischer Standard und in nahezu allen europäischen Staaten eine Selbstverständlichkeit. Das Weisungsrecht der Justizminister gegenüber Staatsanwälten in Deutschland wollen wir deshalb abschaffen. Allerdings sind die Justizminister auch die Dienstherren aller Richter und Justizbeamten. Deren Personalauswahl und Beförderungen liegen deshalb in ihrer Hand. Faktisch beherrscht damit die Exekutive auch die Richter. Diese politische Einflussnahme auf die Justiz untergräbt das Vertrauen und die Akzeptanz der Bevölkerung in den Rechtsstaat. Die Demokratie nimmt dadurch Schaden. Aus diesem Grunde unterstützen wir den Vorschlag des Deutschen Richterbundes für eine unabhängige Selbstverwaltung der Justiz.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.9%	693
stimme nicht zu	3.1%	22

Total: 715

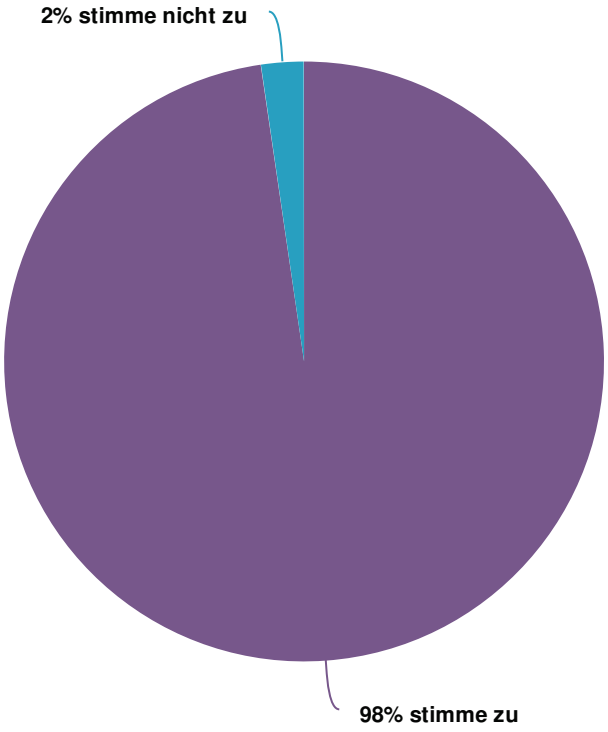
125. Parteienfilz/Ämterpatronage Nach Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz hat die Besetzung und Beförderung von Beamten, Richtern und andern öffentlichen Ämtern nach Eignung, Befähigung und fachlichen Leistungen zu erfolgen. Dieses Prinzip der Bestenauslese wurde jedoch gerade von der CSU in Bayern durch partei- und machtpolitische Personalauswahl ersetzt. Die AfD will die Parteibuch- und Günstlingswirtschaft beenden und Ämterpatronage unter Strafe stellen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.6%	692
stimme nicht zu	2.4%	17

Total: 709

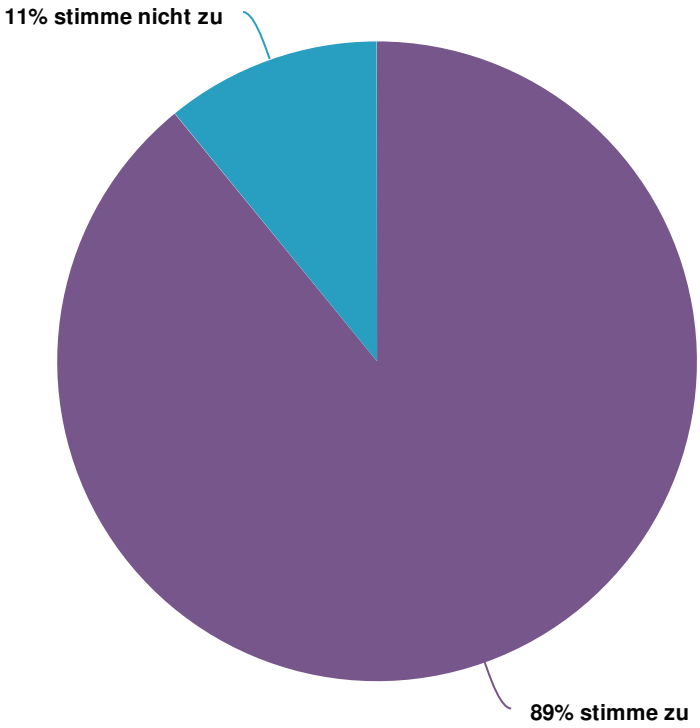
126. Lobbyismus und Nebentätigkeiten Wir fordern ein Lobbyistengesetz für Unternehmer, Abgeordnete und deren Mitarbeiter. Das Gesetz soll mit strengen Regeln den Lobbyismus kontrollieren und im Bedarfsfall Sanktionen und für die Transparenz der Abgeordnetennebentätigkeiten herstellen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.7%	691
stimme nicht zu	2.3%	16

Total: 707

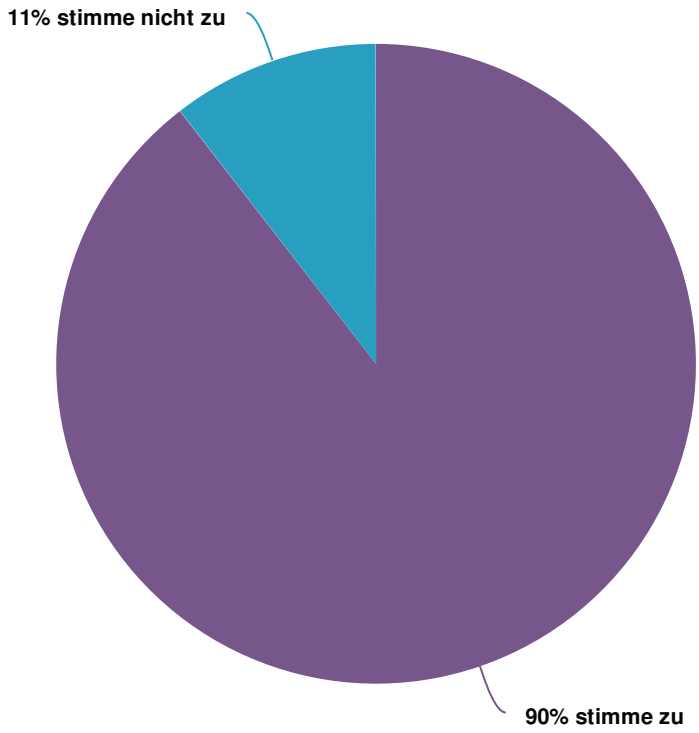
127. Halbierung des Landtags Wir dringen auf eine deutliche Verkleinerung der Parlamente. Trotz der wenigen Gesetzgebungskompetenzen auf Landesebene kommt in Bayern dennoch auf 72.000 Einwohner ein Landtagsabgeordneter. Im US-Bundesstaat Kalifornien vertritt ein Abgeordneter 500.000 Einwohner.



Value	Percent	Responses
stimme zu	89.1%	637
stimme nicht zu	10.9%	78

Total: 715

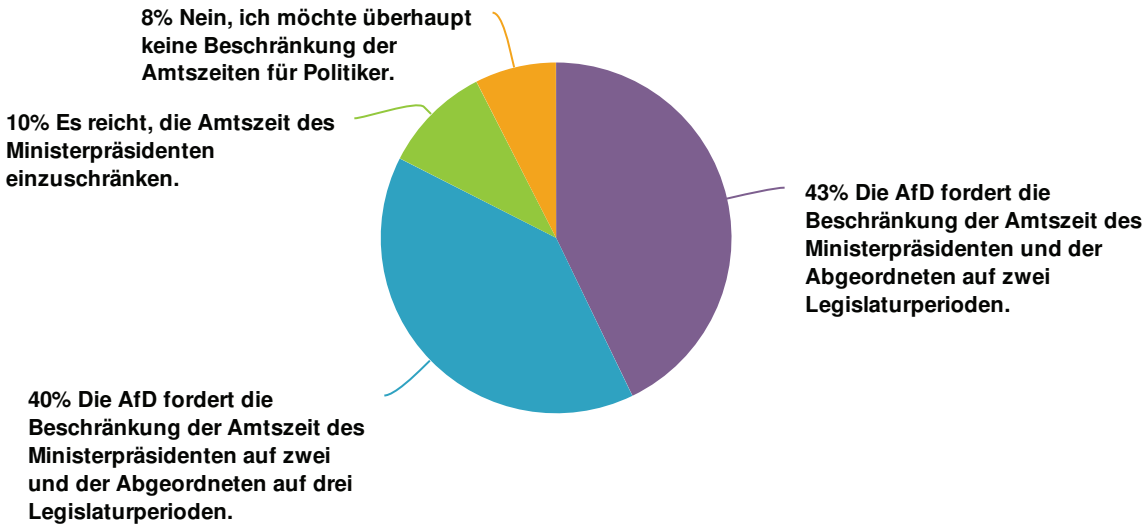
128. Die Väter der Bayerischen Verfassung hatten den Bayerischen Landtag nie als Vollzeit-Parlament konzipiert. Der Artikel 31 der Bayerischen Verfassung sieht deshalb für die Landtagsabgeordneten lediglich eine Aufwandsentschädigung vor. Dank der CSU werden bayerische Landtagsabgeordnete jedoch seit 1977 wie hauptberufliche tätige Abgeordnete ausgestattet, mit Anspruch auf eine kostenlose Altersvorsorge. Neben sonstigen Privilegien und Nebeneinkünften beträgt allein die monatliche Vergütung sowie eine steuerfreie Kostenpauschale für Abgeordnete im Maximilianeum aus Steuermitteln derzeit rund 11.420 €. Das BVerfG hat jedoch bereits mit Urteilen von 1987 und 2000 klargestellt, dass für Landtagsabgeordnete keine Vollalimentation geboten ist. Die AfD fordert deshalb die Rückkehr zur Aufwandsentschädigung für die Landtagsabgeordneten entsprechend der Bayerischen Verfassung und die Eigenverantwortlichkeit von Landtagsabgeordneten bei ihrer Altersversorgung.



Value	Percent	Responses
stimme zu	89.5%	640
stimme nicht zu	10.5%	75

Total: 715

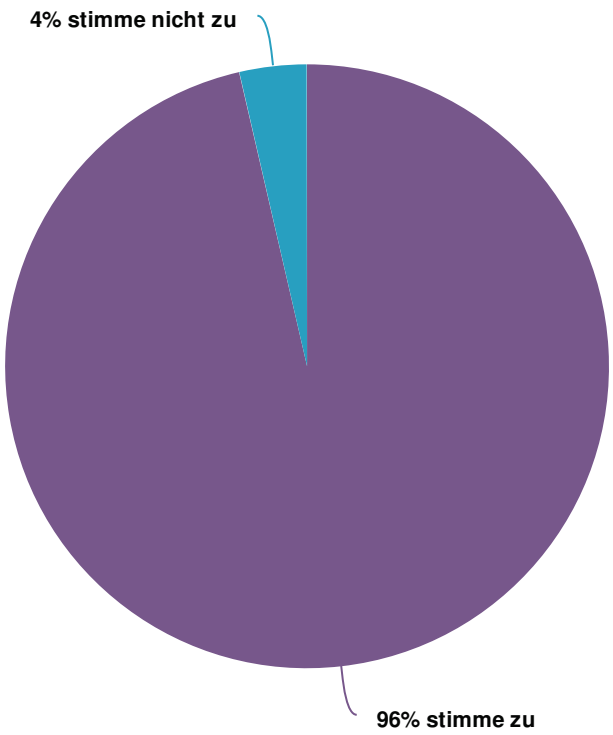
129. Beschränkung der Amtszeiten Die Vertreter der politischen Parteien im Landtag, insbesondere die der CSU, haben sich als Staat im Staat eingerichtet und den Staat zum Parteienstaat umgebaut. Viele Parlamentarier gehören dem Landtag bereits mehr als 20 Jahre an. Die Personalauswahl erfolgt über die Wahlliste, die nicht selten über Seilschafen in den Parteien bestimmt wird. Diese von der Wiederaufstellung ihrer Parteien abhängigen Berufspolitiker müssen um ihre Existenz fürchten und tragen daher als treue Parteisoldaten zur Monopolisierung der Macht bei. Dieser Missstand entfremdet das Volk zunehmend von den Parteien und damit auch von der Demokratie. (nur eine Auswahl möglich):



Value	Percent	Responses
Die AfD fordert die Beschränkung der Amtszeit des Ministerpräsidenten und der Abgeordneten auf zwei Legislaturperioden.	42.8%	307
Die AfD fordert die Beschränkung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei und der Abgeordneten auf drei Legislaturperioden.	39.6%	284
Es reicht, die Amtszeit des Ministerpräsidenten einzuschränken.	10.0%	72
Nein, ich möchte überhaupt keine Beschränkung der Amtszeiten für Politiker.	7.5%	54

Total: 717

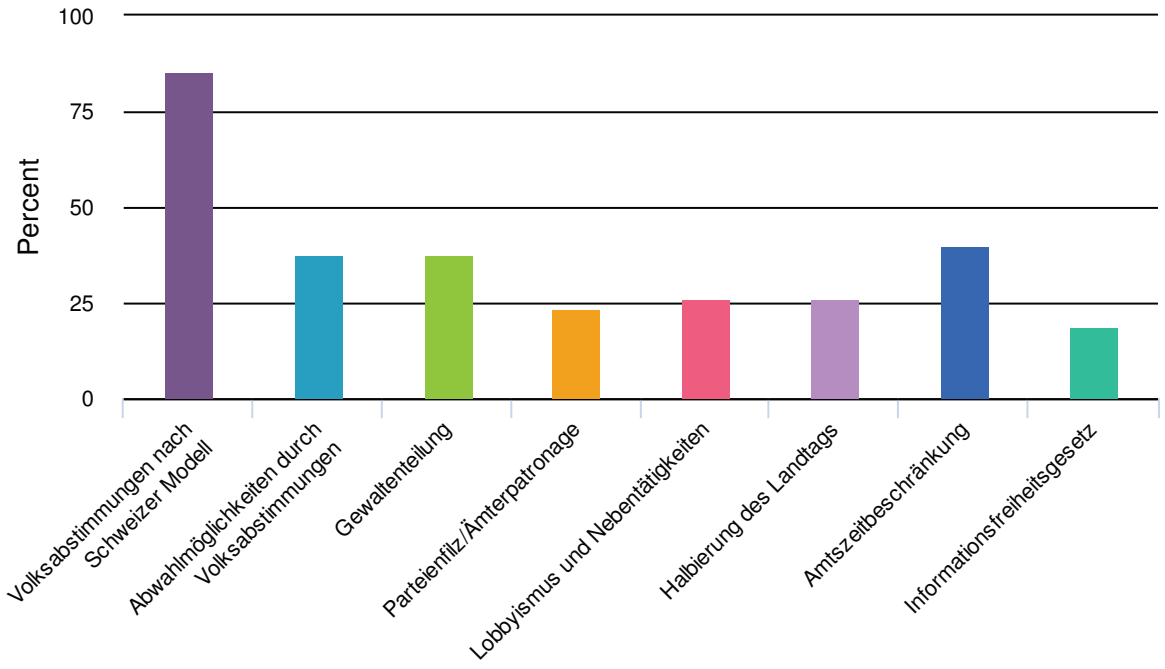
130. Informationsfreiheitsgesetz Informationsfreiheit gibt jedem Bürger das Recht, Informationen, Dokumente und Daten von Behörden zu erhalten ohne dies begründen zu müssen. Das CSU-regierte Bayern ist Schlusslicht bei der Transparenz der Staatsverwaltung. Das 2015 ins Datenschutzgesetz aufgenommene Auskunftsrecht ist vom Wohlwollen der Verwaltung abhängig und völlig unzureichend. Die AfD fordert ein uneingeschränktes Recht auf Informationen aus der Verwaltung für alle Bürger. Ferner wollen wir die maximale Transparenz des Staates durch eine Veröffentlichungspflicht aller in der Verwaltung anfallenden Daten nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.4%	676
stimme nicht zu	3.6%	25

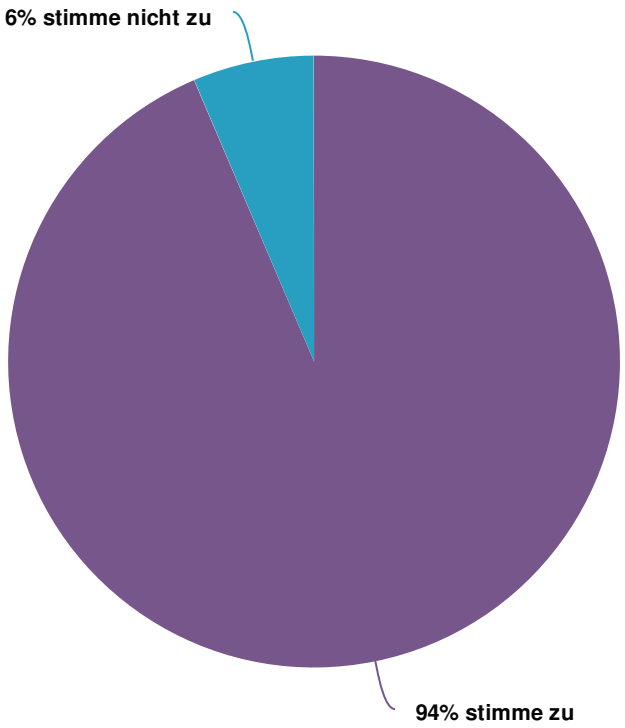
Total: 701

131. Bitte wählen sie aus den Programmpunkten des LFA 9 die für sie bedeutsamsten Themen aus: (Sie können maximal 3 Themen ankreuzen!)



Value	Percent	Responses
Volksabstimmungen nach Schweizer Modell	85.3%	610
Abwahlmöglichkeiten durch Volksabstimmungen	37.3%	267
Gewaltenteilung	37.6%	269
Parteienfilz/Ämterpatronage	23.4%	167
Lobbyismus und Nebentätigkeiten	26.3%	188
Halbierung des Landtags	26.0%	186
Amtszeitbeschränkung	39.9%	285
Informationsfreiheitsgesetz	18.9%	135

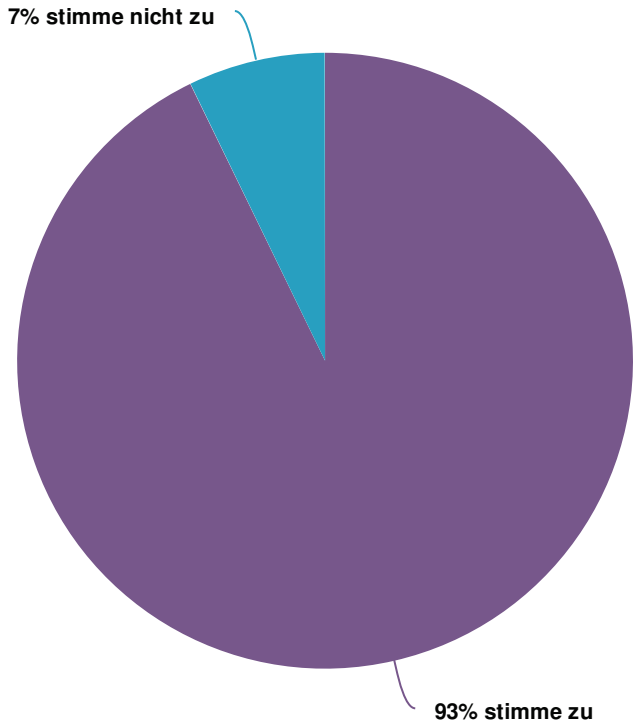
132. Die Energiewende funktioniert nicht wegen noch nicht verfügbaren kostengünstige Großspeicher. So steigen die Energiepreise, die Versorgungssicherheit sinkt und Investitionen in neue Kraftwerke werden verhindert. Bayern alleine kann die gesamtdeutsche Energiewende nicht aufhalten. Um unnötigen Schaden von Bayern abwenden fordern wir: -Keine neuen Erneuerbare-Energien-Anlagen in bayrischen Wäldern und Schutzgebieten genehmigen. -Keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger auszuweisen. -Die Beibehaltung der bayrische 10H-Regelung (Mindestabstand die zehnfache Höhe des Windrads zu Wohngebäuden) unbedingt beizubehalten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	93.6%	663
stimme nicht zu	6.4%	45

Total: 708

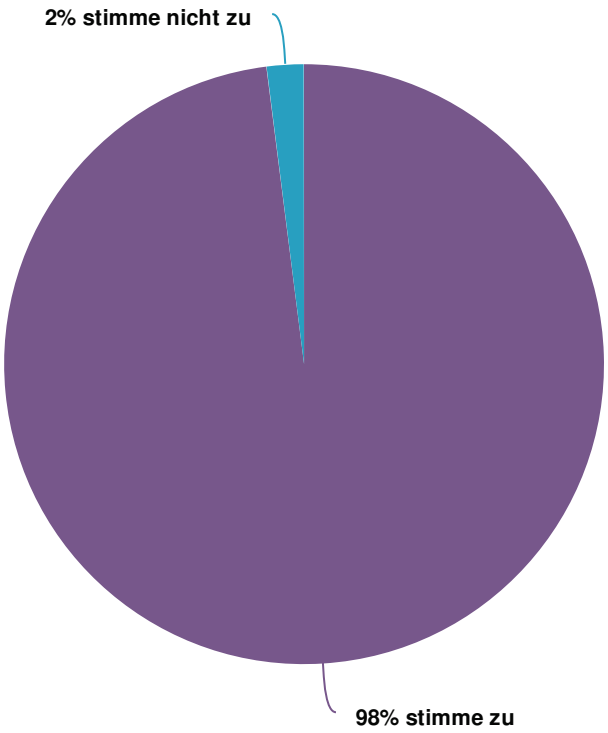
133. Die große Koalition will innerhalb der kommenden Legislaturperiode des Landtags alle bayrischen Kernkraftwerke endgültig abschalten. Da die Stromtrassen aus dem Norden frühestens 2025 fertig werden und nur Windstromüberschuss verteilen, wird es keine garantiert ausreichende Strommenge für Bayern geben. Bayern soll sich dafür einsetzen, dass bayrische Kernkraftwerke, die die Sicherheitsanforderungen erfüllen, weiter betrieben werden, solange der Strombedarf nicht anderweitig sicher gedeckt ist. Der Import von Atomstrom aus ausländischen Kernkraftwerken zweifelhafter Sicherheit ist keine Alternative.



Value	Percent	Responses
stimme zu	92.8%	660
stimme nicht zu	7.2%	51

Total: 711

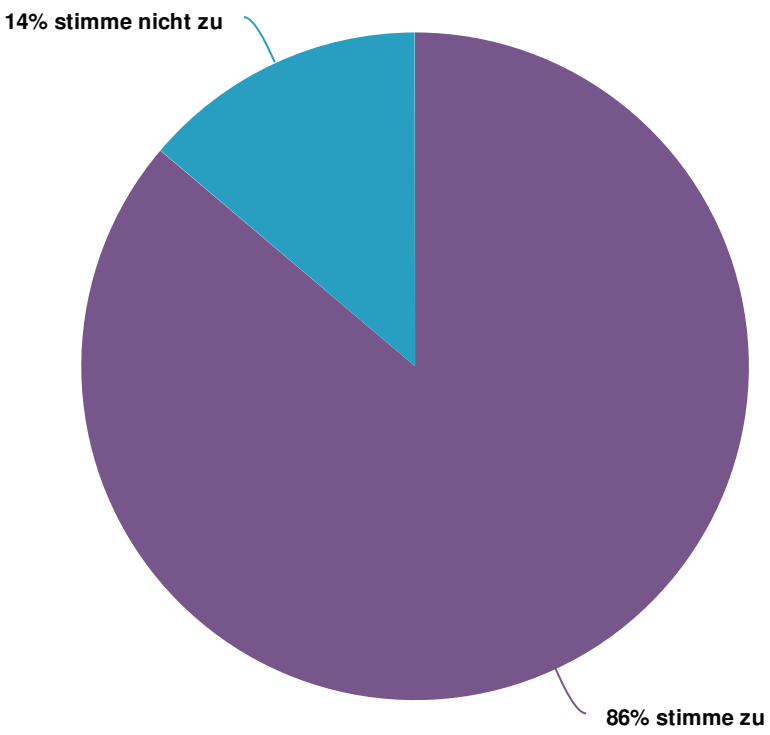
134. Nur eine technologische Spitzenposition kann langfristig unseren Wohlstand sichern. Wir wollen das gesellschaftliche Klima für eine offene, ideologiefreie Diskussion zu neuen Technologien und deren Anwendungen schaffen und der weitverbreiteten Technikskepsis entgegenwirken. Wir werden auf allen Ebenen die Fächer Mathematik, Informatik sowie die Natur- und Ingenieurswissenschaften massiv fördern, ausbauen und bewerben.



Value	Percent	Responses
stimme zu	98.0%	695
stimme nicht zu	2.0%	14

Total: 709

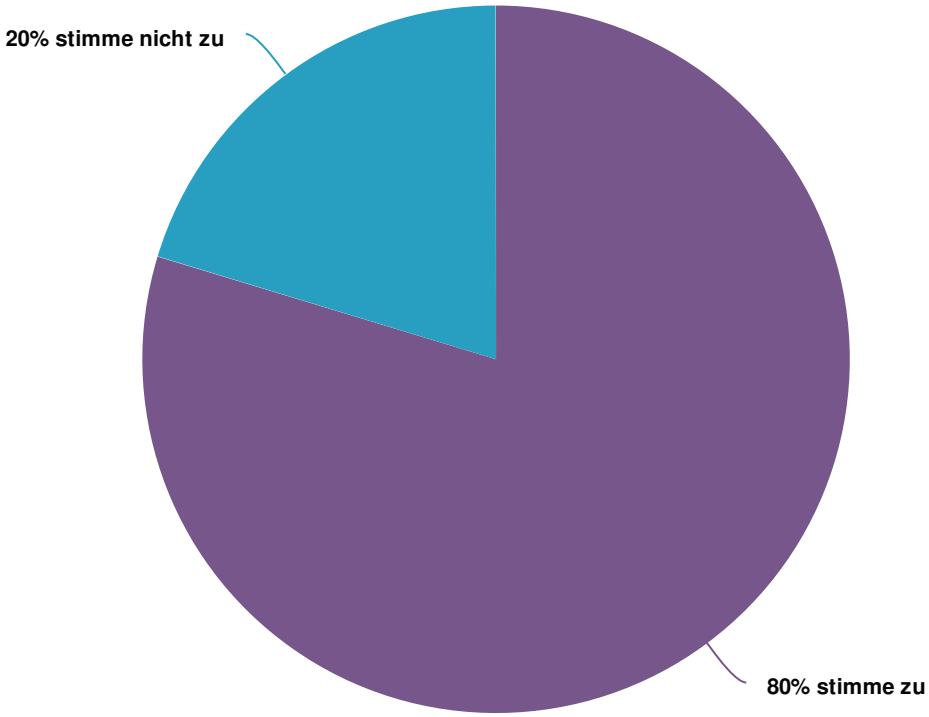
135. Die Digitalisierung der Arbeitswelt (Industrie 4.0) schafft die Produktivität und qualifizierte Arbeitsplätze, die durch höhere Löhne zusätzlichen Wohlstand erwirtschaften. Dadurch können trotz schrumpfender Bevölkerung die sozialen Folgen des demographischen Wandels finanziert werden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	86.2%	594
stimme nicht zu	13.8%	95

Total: 689

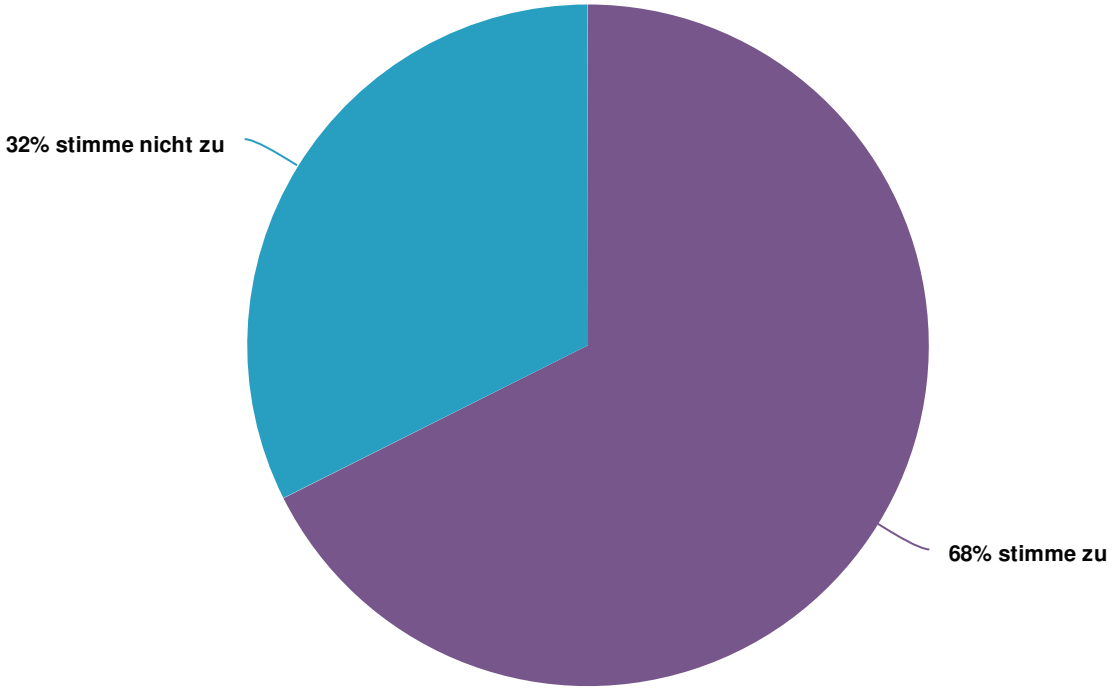
136. Autonomes Fahren wird in den nächsten Jahren den Straßen- und Schienenverkehr revolutionieren. Bayern soll bei der Entwicklung und Einführung der Technologie führend sein, auch um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherheit vorangetrieben wird und die Standards sowie ein rechtlicher Rahmen formuliert werden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	79.7%	550
stimme nicht zu	20.3%	140

Total: 690

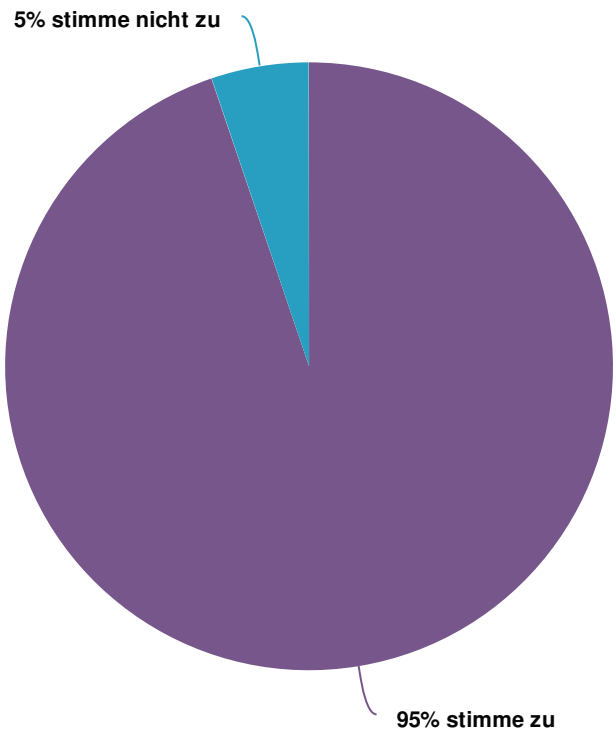
137. In Nürnberg fährt bereits eine U-Bahn-Linie autonom. Wir wollen den autonomen Schienenverkehr weiter ausbauen, um Betriebskosten zu senken und den Takt zu verbessern.



Value	Percent	Responses
stimme zu	67.6%	464
stimme nicht zu	32.4%	222

Total: 686

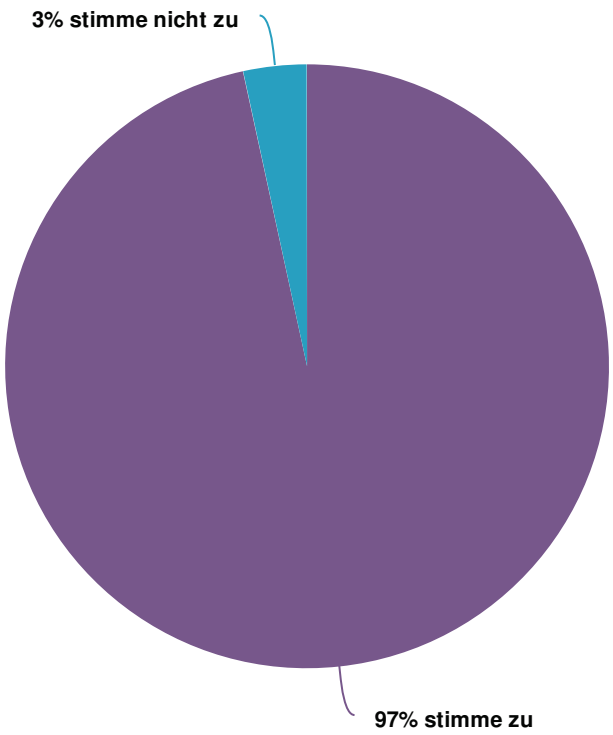
138. Der Diesel ist eine hocheffiziente Antriebstechnik. Wir stehen zum Dieselmotor und fordern realistische Grenzwerte, die Rücknahme der einseitigen deutschen Verschärfungen der Vorschriften und eine optimierte Ausnutzung der Möglichkeiten (z.B. Standortwahl von Messstellen), um Fahrverbote zu vermeiden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	94.8%	671
stimme nicht zu	5.2%	37

Total: 708

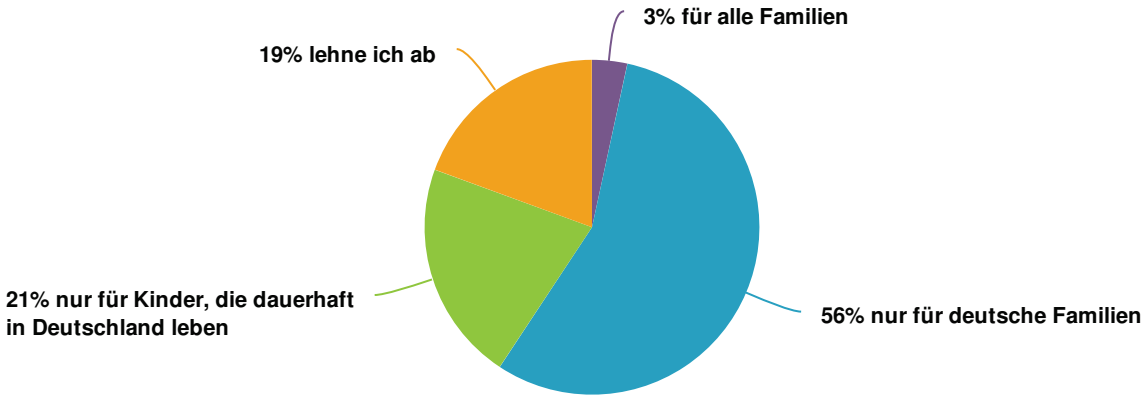
139. Die AfD möchte, dass 5G (Mobilfunk / Datennetz) aufgebaut, das Glasfasernetz bevorzugt erweitert und das Kupferleitungsnetz ertüchtigt wird, damit jedem Bürger und jedem Unternehmen so schnell wie möglich höhere Bandbreiten zur Verfügung stehen. Populistische Versprechen der Regierungsparteien zum flächendeckenden Glasfasernetzausbau in sieben Jahren sind nur ein Spielen auf Zeit.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.6%	675
stimme nicht zu	3.4%	24

Total: 699

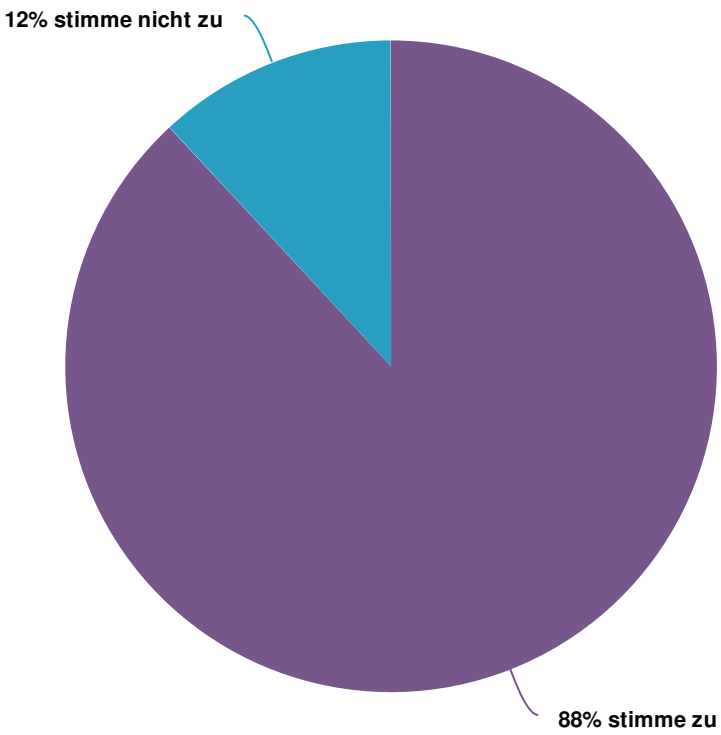
140. Wir wollen ein Bau-Start-Kindergeld als einmalige Zahlung zum selbst genutzten Wohneigentumserwerb in Bayern: 15.000 Euro für jedes in Deutschland lebende Kindes bis zum Ende der ersten Ausbildung, bei einer Obergrenze von 60.000 Euro. Natürlich auch für Kinder, die nach dem Bau/Kauf die Familie vergrößern. (nur eine Auswahl möglich):



Value		Percent	Responses
für alle Familien		3.4%	24
nur für deutsche Familien		55.9%	396
nur für Kinder, die dauerhaft in Deutschland leben		21.3%	151
lehne ich ab		19.4%	137

Total: 708

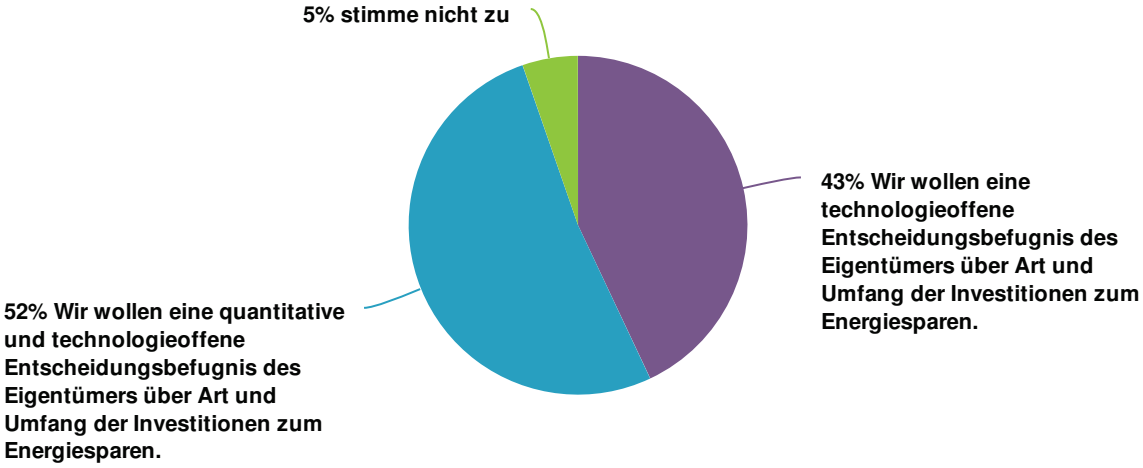
141. Unser Ziel ist es, allen jungen Familien im ländlichen Raum eine attraktive Lebensperspektive in ihrem Heimatort / in ihrer Heimatregion zu. Wir fordern die Stärkung der Wohnbauprogramme für den ländlichen Raum, um jungen Familien über die Kommunen vergünstigten Wohnraum anbieten zu können.



Value	Percent	Responses
stimme zu	88.1%	613
stimme nicht zu	11.9%	83

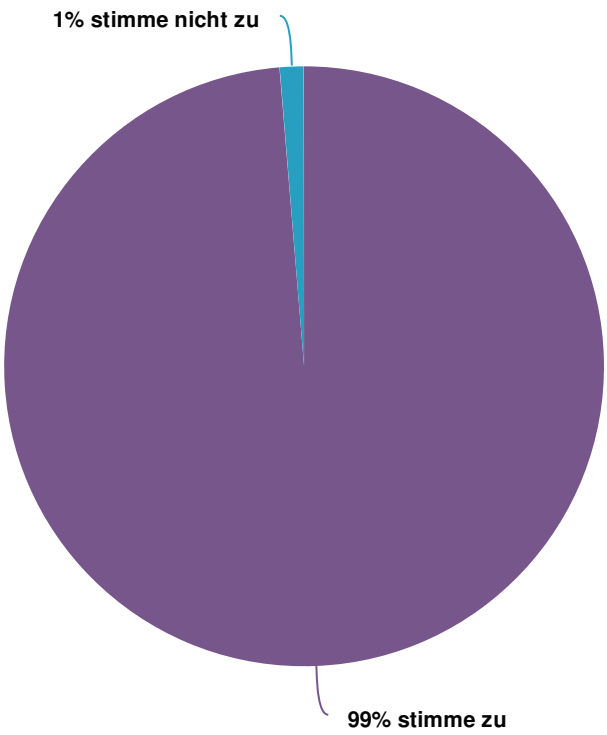
Total: 696

142. Wir wollen die Baukosten senken und die EnEV-Vorgaben reduzieren, die weitere Verschärfung der Bauvorschriften und den unsinnigen Zwang und Förderung der Fassadendämmung stoppen.



Value	Percent	Responses
Wir wollen eine technologieoffene Entscheidungsbefugnis des Eigentümers über Art und Umfang der Investitionen zum Energiesparen.	43.0%	299
Wir wollen eine quantitative und technologieoffene Entscheidungsbefugnis des Eigentümers über Art und Umfang der Investitionen zum Energiesparen.	51.7%	359
stimme nicht zu	5.3%	37
	Total: 695	

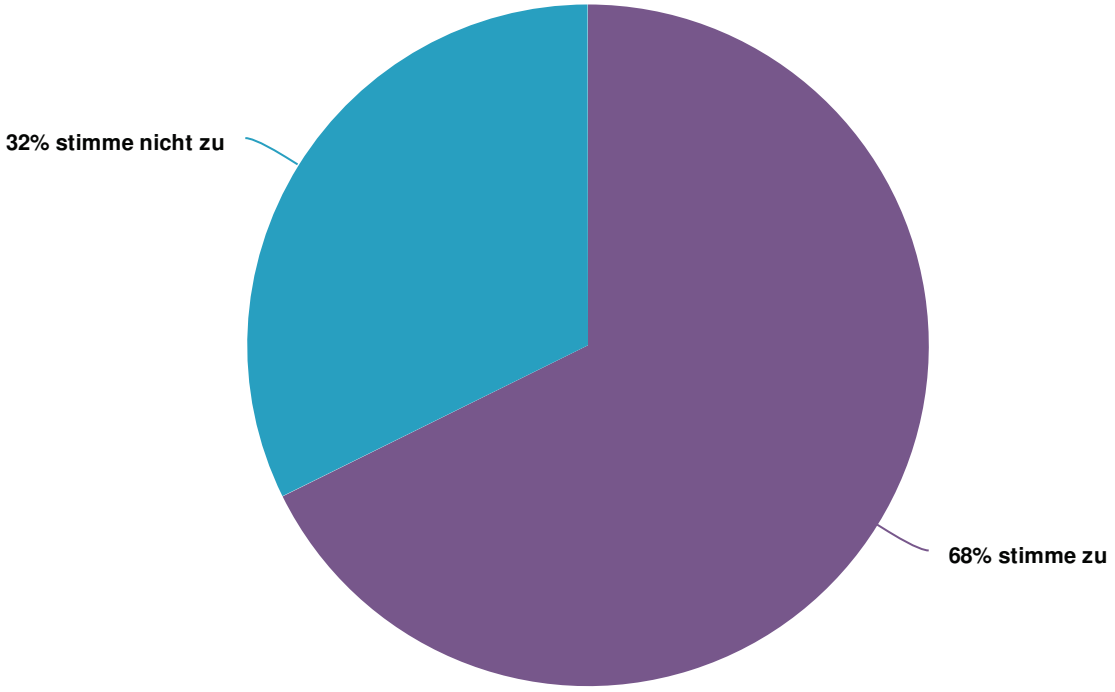
143. Wir fordern die Wiederherstellung der Gerechtigkeit beim Zugang zu sozialem Wohnraum/ Sozialwohnungen unter besonderer Berücksichtigung der Familien und Alleinerziehenden. Die Verzerrung des Wohnungsmarktes durch staatliche Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung wollen wir stoppen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	98.7%	697
stimme nicht zu	1.3%	9

Total: 706

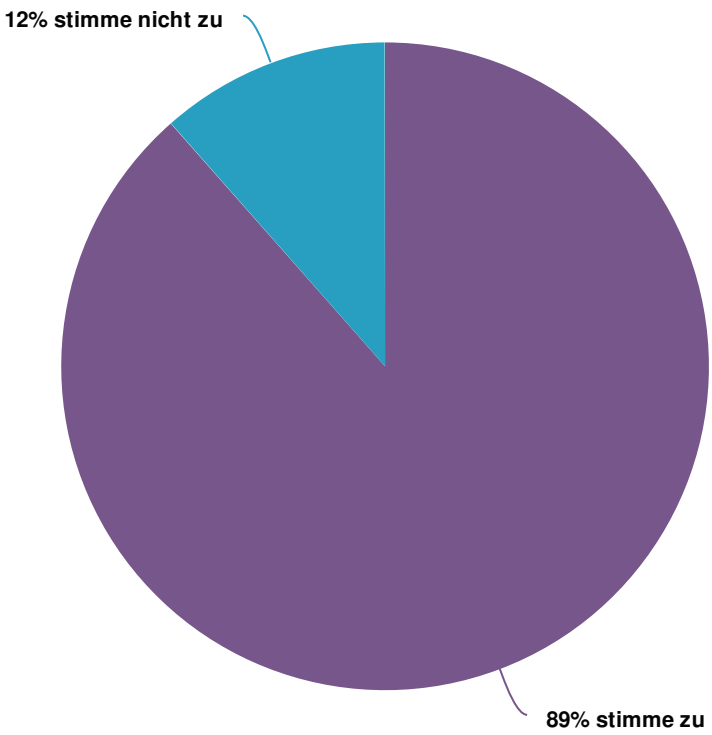
144. Die AfD lehnt eine Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen und Fernverkehrsstraßen ab. Die Einnahmen und der bürokratische Aufwand stehen in keinem sinnvollen Verhältnis zu den geringen Schäden an Straßen durch PKWs im Vergleich zu LKWs.



Value	Percent	Responses
stimme zu	67.7%	475
stimme nicht zu	32.3%	227

Total: 702

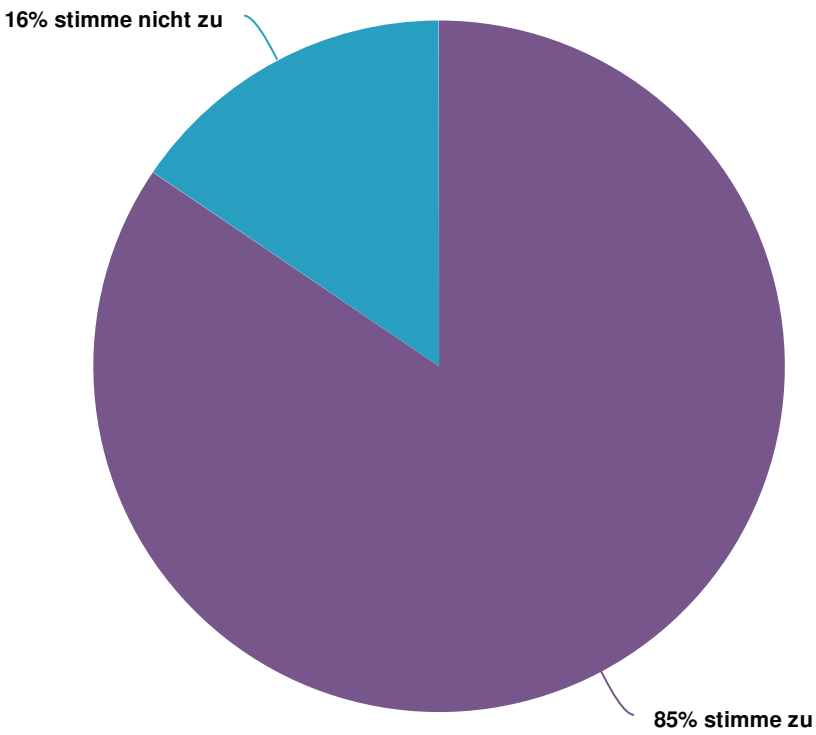
145. Der Sanierungsrückstand bei den Staatsstraßen muss zügig aufgelöst werden. Wir wollen insgesamt den Lärmschutz stärken und fordern ein Sonderprogramm zum Bau von Ortsumgehungsstraßen für alle bayerischen Regionen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	88.5%	613
stimme nicht zu	11.5%	80

Total: 693

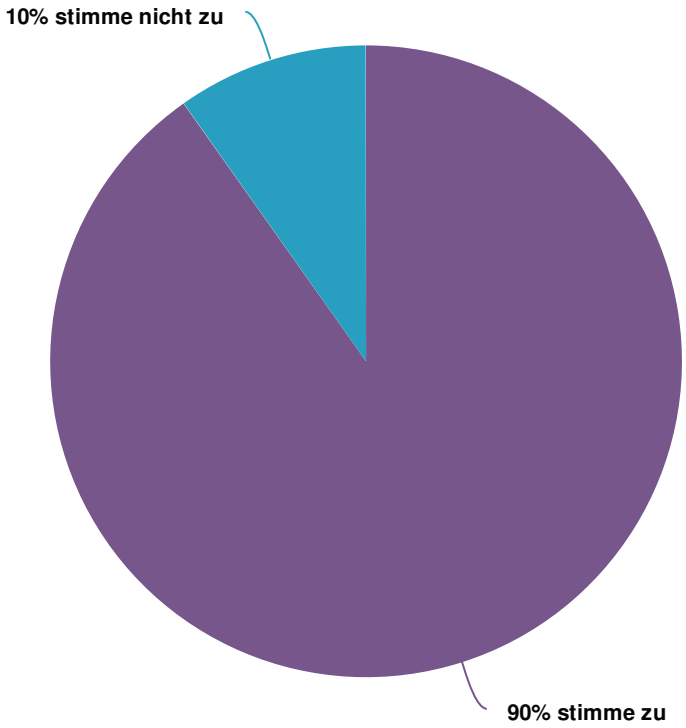
146. Wir fordern die Vervollständigung des Münchner Autobahnrings auf Basis einer großzügigen Tunnellösung.



Value	Percent	Responses
stimme zu	84.5%	566
stimme nicht zu	15.5%	104

Total: 670

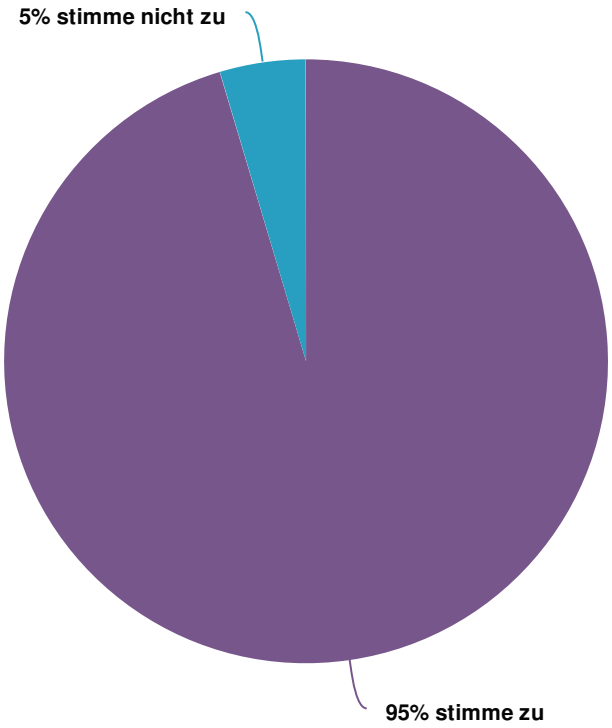
147. Die seit Jahrzehnten überfällige Lückenschließung durch Untertunnelung der A73 (Frankenschnellweg) in Nürnberg ist schnellstmöglich umzusetzen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	90.2%	599
stimme nicht zu	9.8%	65

Total: 664

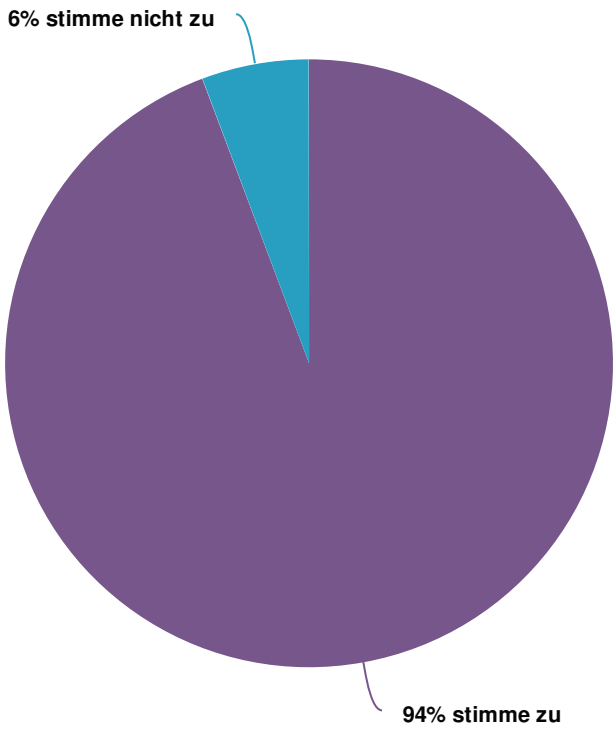
148. Bayern ist ein stark belastetes Transitland. Wir wollen einen spürbaren Anteil des LKW-Transitverkehrs auf die Schiene lenken. Verladestellen für LKW und Güter auf die Bahn wollen wir gemäß schweizerischem Modell an den Landesgrenzen stark ausbauen. Technische Modernisierung an Bahnstrecken zur Kapazitätserhöhung wollen wir zwingend mit Lärmschutz an Strecken und Zügen verbinden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	95.4%	668
stimme nicht zu	4.6%	32

Total: 700

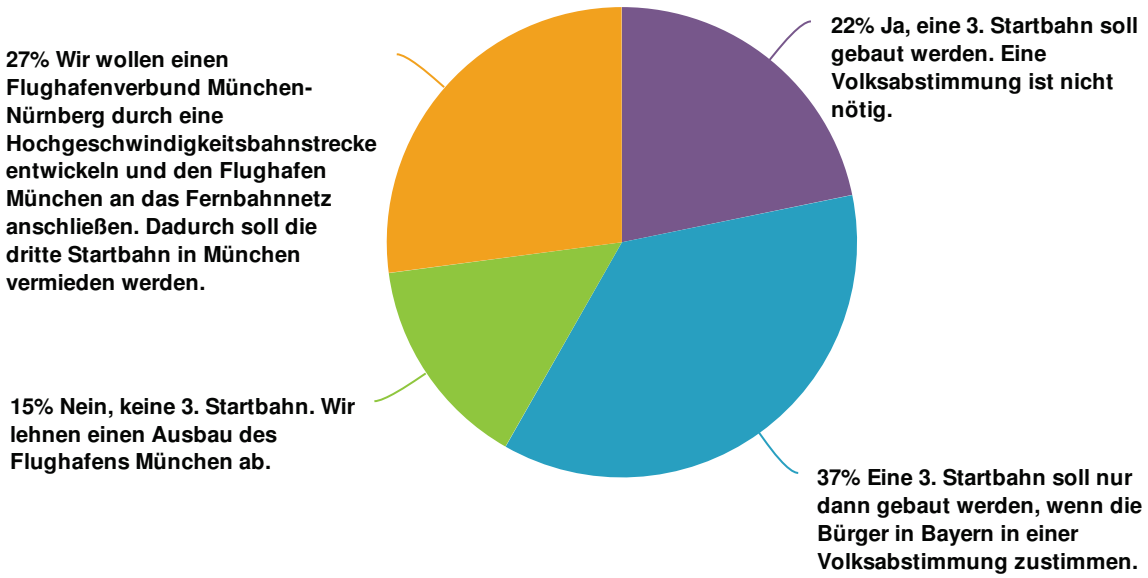
149. Die Anwohner im Schienen-Zulauf zum Brennerbasistunnel wollen wir durch Lärmschutz und Tunnellösungen stark entlasten. Der Zulauf-Ausbau muss bedarfsgerecht und zügig erfolgen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	94.3%	641
stimme nicht zu	5.7%	39

Total: 680

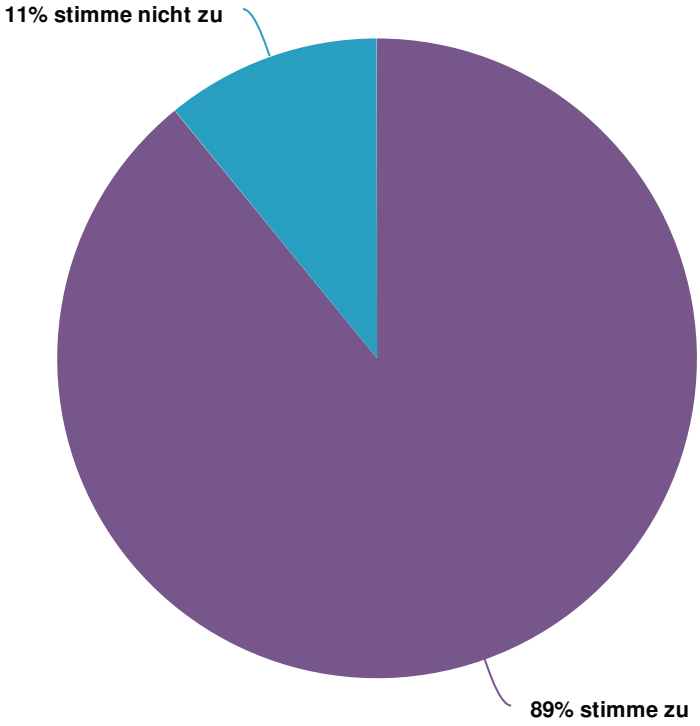
150. Der Flughafen München ist ein bedeutender Arbeitgeber, Wirtschaftsfaktor und eine zentrale Infrastruktureinrichtung für ganz Bayern. Der Flughafen sieht seine Kapazität ausgeschöpft und möchte in eine 3. Startbahn investieren. Welche Positionierungen würden Sie bevorzugen? (nur eine Auswahl möglich):



Value	Percent	Responses
Ja, eine 3. Startbahn soll gebaut werden. Eine Volksabstimmung ist nicht nötig.	21.8%	151
Eine 3. Startbahn soll nur dann gebaut werden, wenn die Bürger in Bayern in einer Volksabstimmung zustimmen.	36.5%	253
Nein, keine 3. Startbahn. Wir lehnen einen Ausbau des Flughafens München ab.	14.7%	102
Wir wollen einen Flughafenverbund München-Nürnberg durch eine Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke entwickeln und den Flughafen München an das Fernbahnnetz anschließen. Dadurch soll die dritte Startbahn in München vermieden werden.	27.1%	188

Total: 694

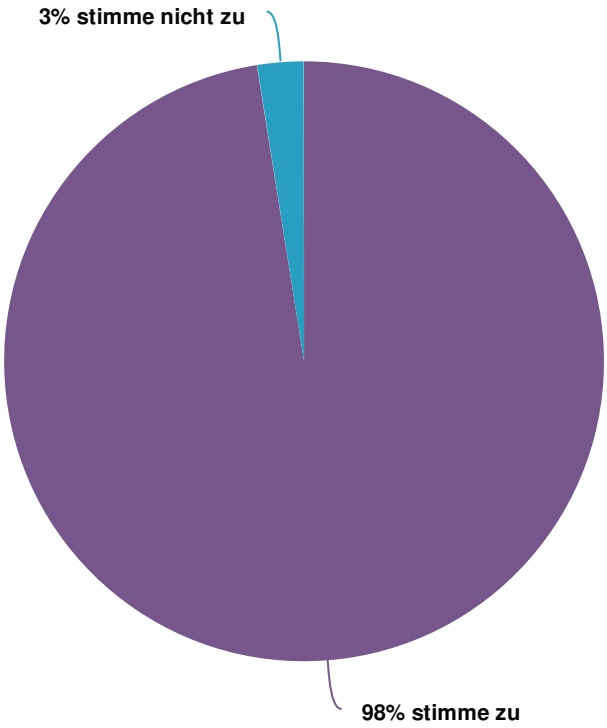
151. Wir lehnen einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Großstädten nachdrücklich ab. Wir fordern dagegen höhere Investitionen zum Ausbau des ÖPNV: Basisversorgung auf dem Land sicherstellen, bessere Vernetzung der Metropolen zum Umland für Pendler und den Technologiesprung zur Automatisierung vorbereiten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	89.1%	624
stimme nicht zu	10.9%	76

Total: 700

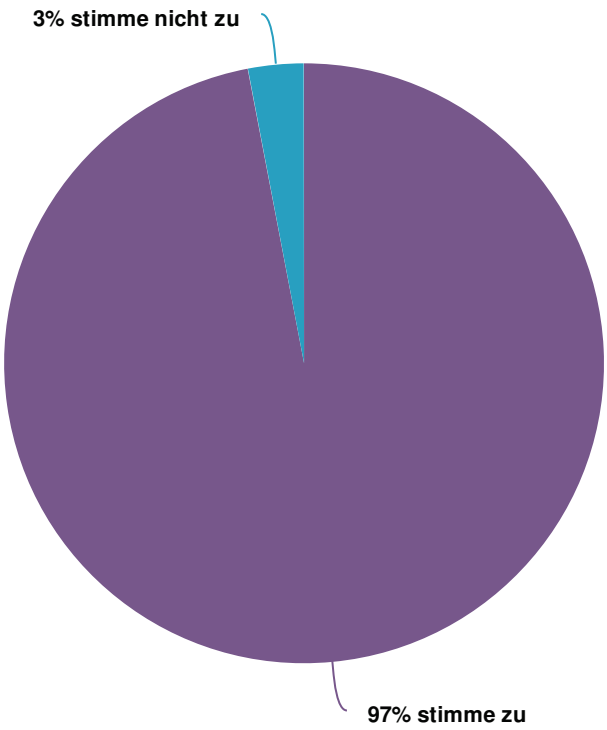
152. Wir streben im Städtebau an Umgebungen zu schaffen, die lebenswerte Heimat sind. Wir wollen die Entwicklung von familienfreundlichen und sicheren Stadtteilzentren mit kurzen Wegen und hoher Aufenthaltsqualität fördern.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.5%	673
stimme nicht zu	2.5%	17

Total: 690

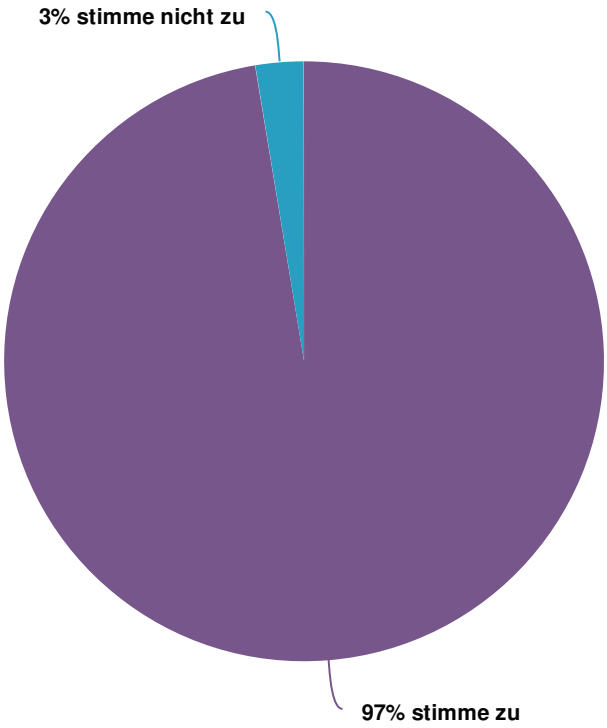
153. Der Attraktivitätsverlust und der Bevölkerungsrückgang auf dem Land kann ohne einen grundlegenden Politikwechsel nicht umgekehrt werden. Wir wollen unsere Kultur bewahren und eine demographische Wende einleiten. Besondere Chancen dazu sehen wir im ländlichen Raum.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.0%	673
stimme nicht zu	3.0%	21

Total: 694

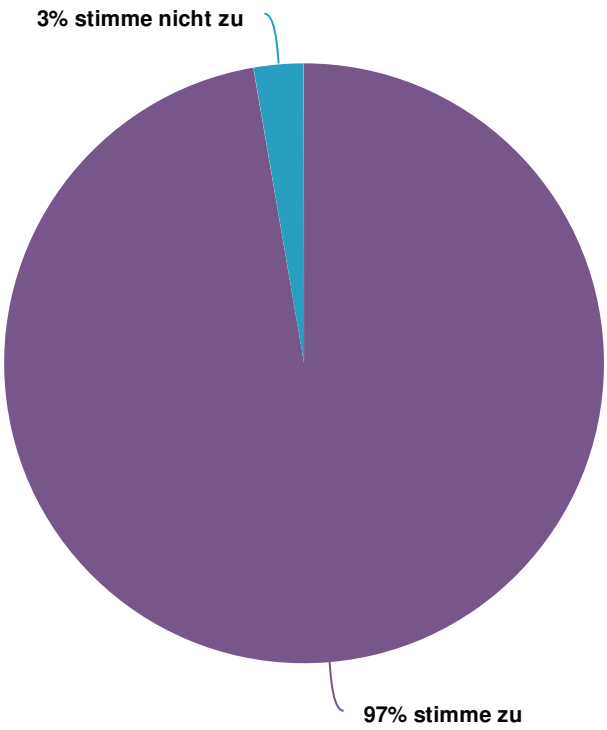
154. Die bayerischen Regionen wollen wir bei Innovation, Wirtschaftsansiedlung, in der regionalen Identität, beim Infrastrukturausbau, der Familienförderung und der Erfüllung der Grundversorgung unterstützen. Kooperationen der Gemeinden wollen wir stärken und flächendeckend etablieren.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.4%	677
stimme nicht zu	2.6%	18

Total: 695

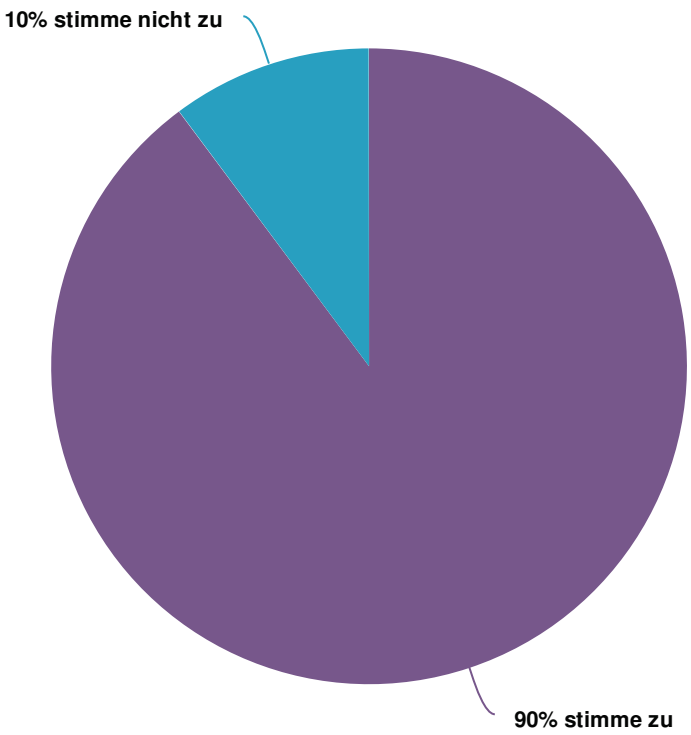
155. Wir fordern die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Dazu gehört eine signifikante Erhöhung des Kommunalanteil am allgemeinen Steueraufkommen. Die gegenwärtige starke Abhängigkeit der ländlichenGemeinden vom EU- und Bundes-Förderinstrumentarium ist zu beenden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.3%	676
stimme nicht zu	2.7%	19

Total: 695

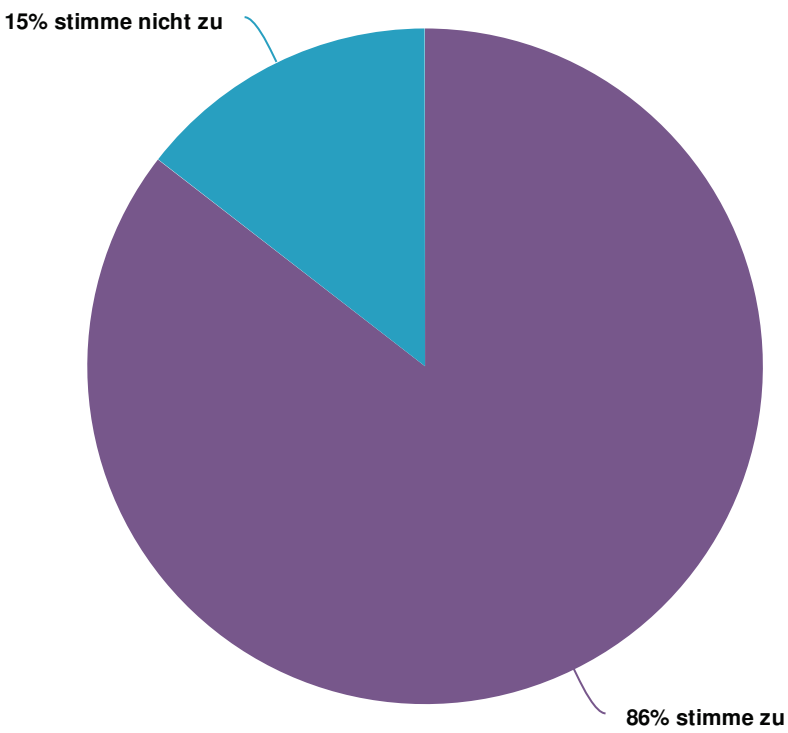
156. Wir wollen in jeder bayerischen Region einen spezialisierten Hochschulstandort mit einem Technologietransferzentrum neu schaffen und bestehende ausbauen. Die Dezentralisierung der Landesbehörden ist verstärkt fortzusetzen. Alle Landesteile sollen davon profitieren.



Value	Percent	Responses
stimme zu	89.8%	607
stimme nicht zu	10.2%	69

Total: 676

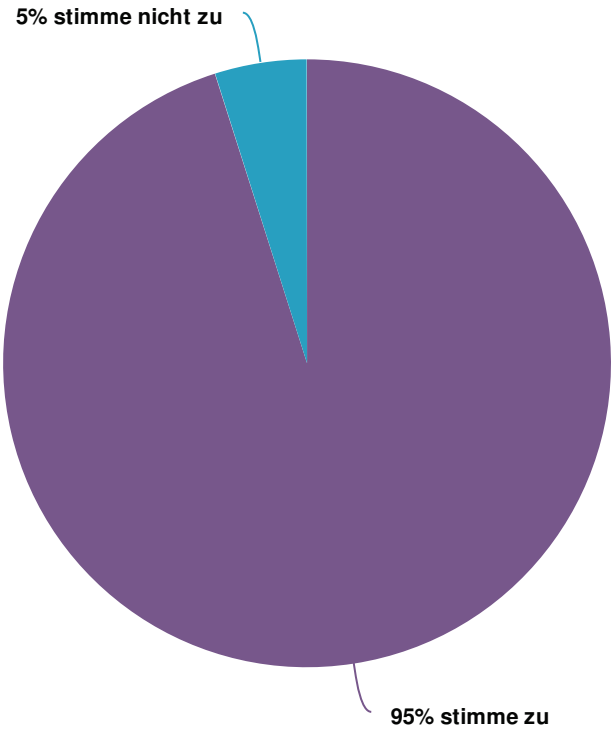
157. Wir fordern vom Freistaat Bayern: Jede Grundschule und jeder Kindergarten sollte wenn möglich erhalten bleiben, auch bei vorübergehend sinkender Kinderzahl durch Landflucht.



Value	Percent	Responses
stimme zu	85.5%	591
stimme nicht zu	14.5%	100

Total: 691

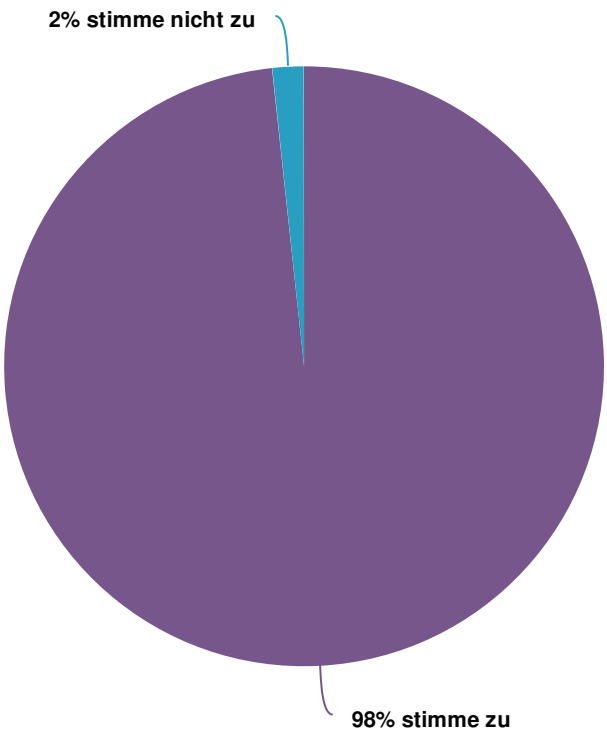
158. 500 Gemeinden in Bayern ohne Wirtshaus und ohne Lebensmittelladen sind genug. Wir wollen daher Metzgereien und Gaststätten, Dorfläden und Hofläden bei Abgaben, Auflagen und Bürokratie deutlich entlasten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	95.1%	665
stimme nicht zu	4.9%	34

Total: 699

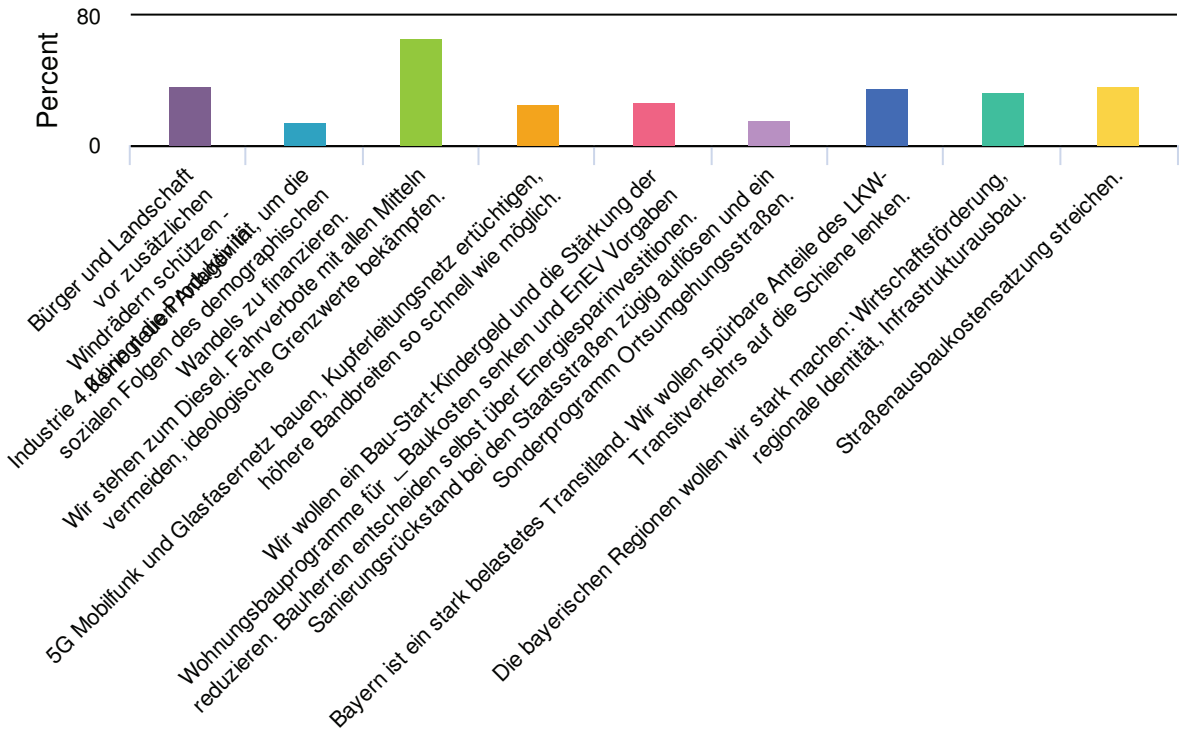
159. Die Straßenausbaukostensatzung muss abgeschafft werden. Diese Infrastrukturinvestitionen sind aus dem kommunalen Haushalt zu decken und nicht zu Lasten der Anlieger.



Value	Percent	Responses
stimme zu	98.3%	681
stimme nicht zu	1.7%	12

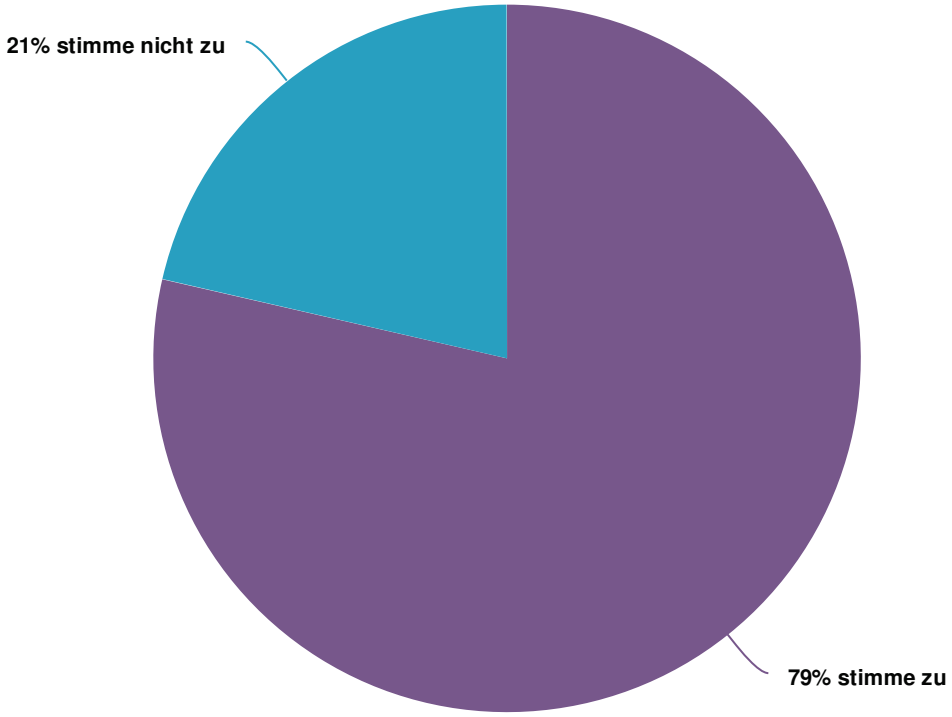
Total: 693

160. Bitte wählen Sie aus den Programmpunkten des LFA 10 die für Sie bedeutsamsten Themen aus: (Sie können maximal 3 Themen ankreuzen!)


80
Percent
0
Bürger und Landschaft vor zusätzlichen Windrädern schützen -
Industrie 4.0
sozialen Folgen des demographischen Wandels zu finanzieren.
Wir stehen zum Diesel. Fahrverbote mit allen Mitteln vermeiden, ideologische Grenzwerte bekämpfen.
5G Mobilfunk und Glasfasernetz bauen, Kupferleitungsnetz ertüchtigen, höhere Bandbreiten so schnell wie möglich.
Wir wollen ein Bau-Start-Kindergeld und die Stärkung der Wohnungsbauprogramme für _ Baukosten senken und EnEV Vorgaben reduzieren. Bauherren entscheiden selbst über Energiesparinvestitionen.
Sanierungsrückstand bei den Staatsstraßen zügig auflösen und ein Sonderprogramm Ortsumgehungsstraßen.
Bayern ist ein stark belastetes Transitland. Wir wollen spürbare Anteile des LKW-Transitverkehrs auf die Schiene lenken.
Die bayerischen Regionen wollen wir stark machen: Wirtschaftsförderung, regionale Identität, Infrastrukturausbau.
Straßenausbaukostensatzung streichen.

Value		Percent	Responses
Bürger und Landschaft vor zusätzlichen Windrädern schützen - Keine neuen Anlagen in		37.3%	265
Industrie 4.0 bringt die Produktivität, um die sozialen Folgen des demographischen Wandels zu finanzieren.		14.5%	103
Wir stehen zum Diesel. Fahrverbote mit allen Mitteln vermeiden, ideologische Grenzwerte bekämpfen.		66.6%	473
5G Mobilfunk und Glasfasernetz bauen, Kupferleitungsnetz ertüchtigen, höhere Bandbreiten so schnell wie möglich.		25.4%	180
Wir wollen ein Bau-Start-Kindergeld und die Stärkung der Wohnungsbauprogramme für ⌞Baukosten senken und EnEV Vorgaben reduzieren. Bauherren entscheiden selbst über Energiesparinvestitionen.		26.6%	189
Sanierungsrückstand bei den Staatsstraßen zügig auflösen und ein Sonderprogramm Ortsumgehungsstraßen.		16.3%	116
Bayern ist ein stark belastetes Transitland. Wir wollen spürbare Anteile des LKW-Transitverkehrs auf die Schiene lenken.		35.2%	250
Die bayerischen Regionen wollen wir stark machen: Wirtschaftsförderung, regionale Identität, Infrastrukturausbau.		32.7%	232
Straßenausbaukostensatzung streichen.		36.8%	261

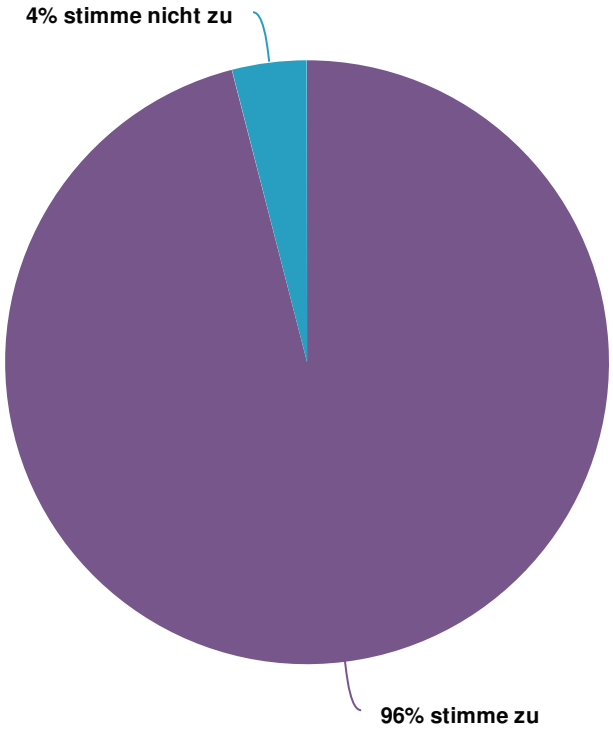
161. Wir setzen uns für eine spezielle BayernRente ein. Sie ist als Zusatzrente konzipiert und kommt denjenigen in Bayern lebenden Rentnern/Rentnerpaaren zugute, die mindestens 20 Jahre in Bayern steuerpflichtig waren und deren gesamtes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 1.300€/1.700€ im Monat beträgt. Die BayernRente stockt die gesetzliche Rente bis zu den oben fixierten Grenzen auf, um diesem Personenkreis ein angemessenes Leben im Alter zu ermöglichen. Finanzierung der BayernRente: Hier bieten sich die in Bayern erwirtschafteten Überschüsse an, zum Beispiel aus den Sozialversicherungen oder dem Länderfinanzausgleich, die bisher an den Bund abgeführt werden und deren Gesamtsumme die Kosten für das Projekt BayernRente deutlich übersteigt.



Value	Percent	Responses
stimme zu	78.6%	546
stimme nicht zu	21.4%	149

Total: 695

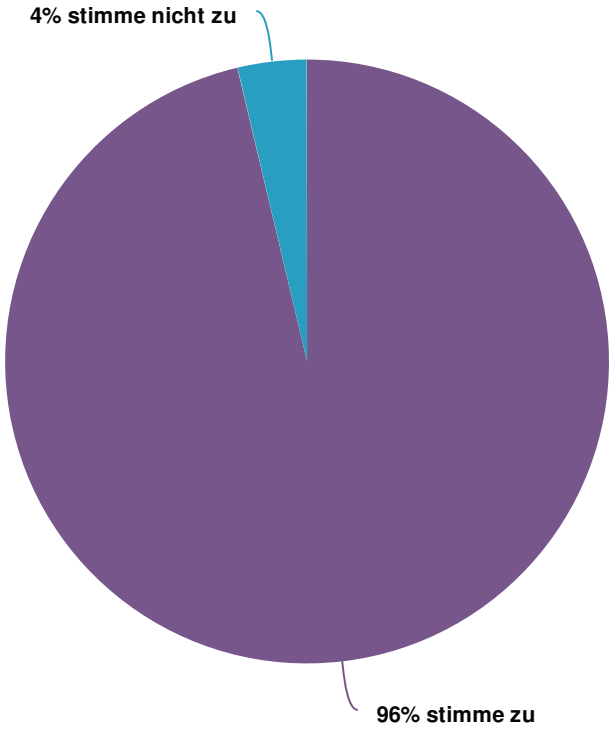
162. Vermeidung beruflicher Ausgrenzung älterer und/oder gesundheitlich beeinträchtigter Personen. Wir setzen uns für Arbeitsmarktinitiativen ein, die dazu dienen älteren und gesundheitlich eingeschränkten Deutschen und legal hier lebenden Einwanderern, ermöglicht am Erwerbsleben aktiv teilzunehmen. Dafür fordern wir eine enge Zusammenarbeit bzw. Zusammenlegung der Kostenträger, um unnötigen Verwaltungsaufwand und überflüssige Ausgaben zu vermeiden. Wir wollen die Betriebe einbinden, um reelle Arbeitsplätze zu schaffen und möchten verhindern, dass Menschen über Jahre hinweg in immer neue Beschäftigungskurse gesteckt werden, deren Sinnhaftigkeit überwiegend fraglich ist. Personen die arbeiten können, aber auf Kosten der Allgemeinheit dazu nicht bereit sind, müssen die monetären Leistungen gekürzt werden.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.0%	665
stimme nicht zu	4.0%	28

Total: 693

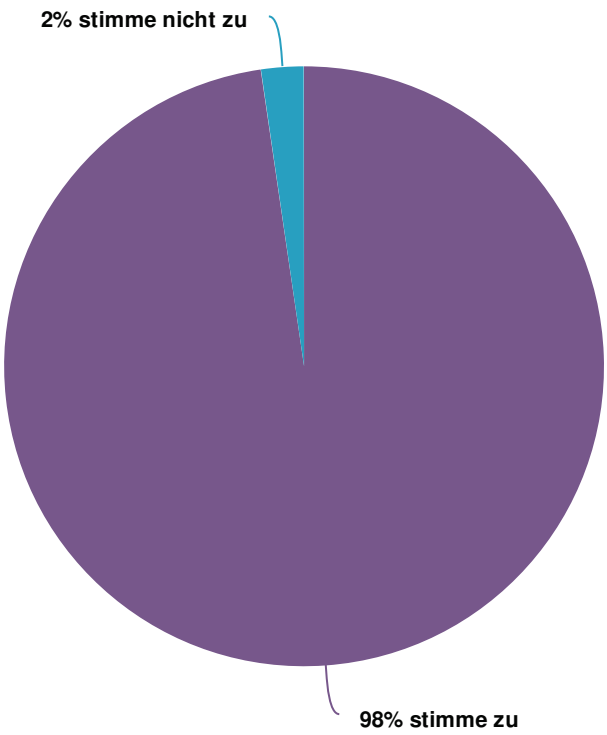
163. Politik für Heimatvertriebene – Politik für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit. Die AfD Bayern fordert ein historisch ausgewogenes Gedenken an das Schicksal der Heimat-vertriebenen und eine deutliche Unterscheidung von deutschstämmigen Heimatvertriebenen und illegalen Immigranten.



Value	Percent	Responses
stimme zu	96.3%	677
stimme nicht zu	3.7%	26

Total: 703

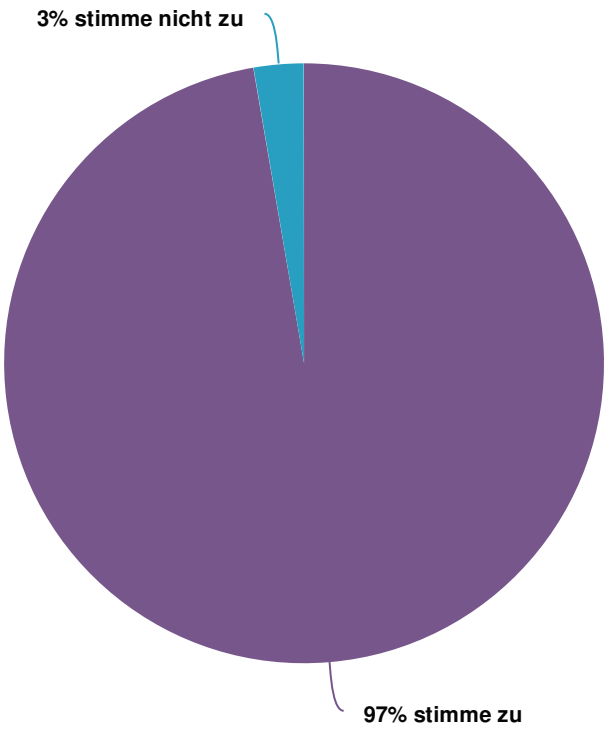
164. Staatliche Integrationshilfen nur für legale Immigranten. Die AfD Bayern unterstützt staatliche Maßnahmen, auch im sozialen Bereich, zur schnellen Integration von legal in Bayern lebenden Immigranten. Dagegen lehnen wir Integrations-maßnahmen für abgelehnte Asylbewerber und für illegal eingereiste Personen strikt ab.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.7%	690
stimme nicht zu	2.3%	16

Total: 706

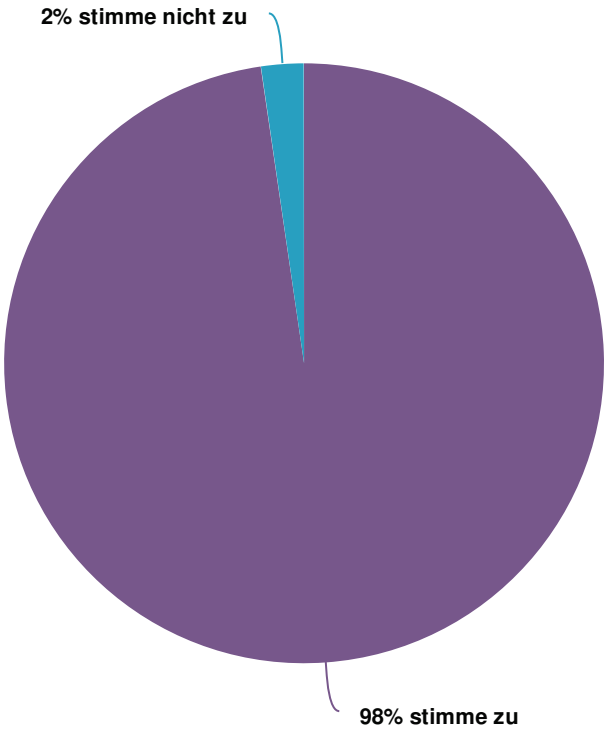
165. Seit der 1992 erfolgten Verabschiedung des Rechtsinstituts der Betreuung stieg die Zahl der rechtlich betreuten Erwachsenen von rund 300.000 auf weit über eine Million Menschen. Mit ihnen wuchs auch die Zahl der Berufsbetreuer, meist Rechtsanwälte oder Sozialarbeiter, ohne dass ein klares Berufsbild hierfür existiert. Zwar haben immer wieder Fälle vom missbräuchlicher Betreuung Aufmerksamkeit in den Medien gefunden, notwendige Korrekturen an den rechtlichen Voraussetzungen sind jedoch unterblieben. Die AfD Bayern fordert deshalb das Überprüfungsintervall bei Zwangsunterbringungen von 7 auf 2 Jahre zu senken, ein Berufsbild für rechtliche Betreuer zu erstellen und eine verbindliche Schulung für ehrenamtliche Betreuer einzuführen.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.3%	680
stimme nicht zu	2.7%	19

Total: 699

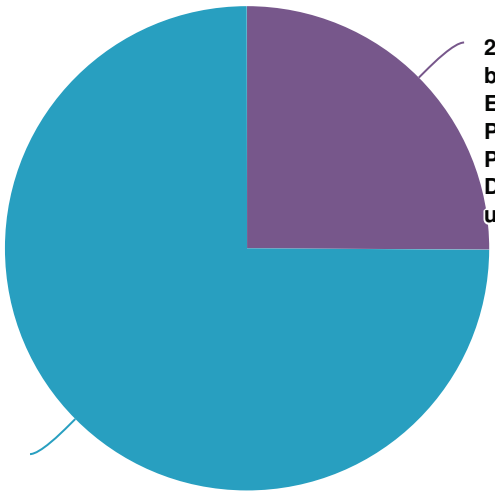
166. Radikalisierungsprävention gegen politisch und religiös motivierte Gewalt jeder Art in Bayern. Die AfD Bayern fordert ein fundiertes staatliches Handlungskonzept für Bayern gegen politisch motivierte Gewalttaten und Programme auch gegen den Linksextremismus. Alle Programme müssen mit Geld und Personal ausgestattet werden. Darüber hinaus muss die Verengung von Präventionsmaßnahmen allein gegen den Salafismus aufgegeben werden, zugunsten einer Prävention gegen das gesamte Spektrum religiöser Radikalisierung in Bayern.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.7%	691
stimme nicht zu	2.3%	16

Total: 707

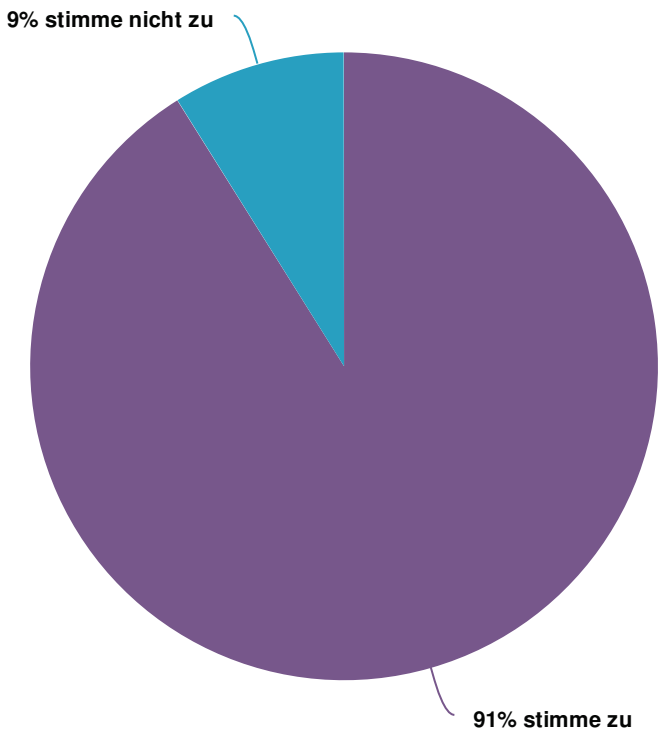
167. In Bayern engagiert sich mehr als jeder Dritte ehrenamtlich. Die AfD Bayern steht hinter den Ehrenamtlichen Bayerns und setzt sich für eine Stärkung des Ehrenamtes ein. Die AfD Bayern fordert eine verstärkte Förderung mit Blick auf Raumbereitstellung und finanzielle Mittel für ausgewählte Projekte.



Value	Percent	Responses
Hierfür wollen wir den bayerischen Ehrenamtsinnovationspreis um Projekte der Hospiz- und Palliativbewegung und der Demokratieerziehung erweitern und im Volumen verdreifachen.	25.1%	171
Bei allen ehrenamtlichen Projekten, insbesondere bei Bildungsprojekten, muss auf eine ideologiefreie Gestaltung geachtet werden. Dies gilt auch für in Schulen durchgeführte Projekte zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements.	74.9%	510

Total: 681

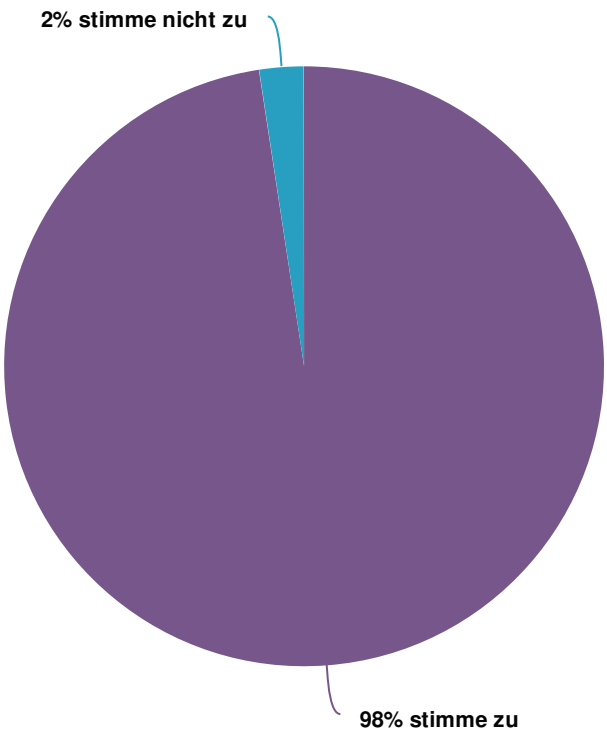
168. Euro und Globalisierung drücken auch in Bayern die Reallöhne und führen zu immer mehr Armut und nicht mehr bezahlbarem Wohnraum und sozialen Bedürfnissen. Die AfD Bayern fordert daher als bezahlbare Alternative die verstärkte Gründung von Genossenschaften und Sozialgenossenschaften im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe.



Value	Percent	Responses
stimme zu	91.1%	625
stimme nicht zu	8.9%	61

Total: 686

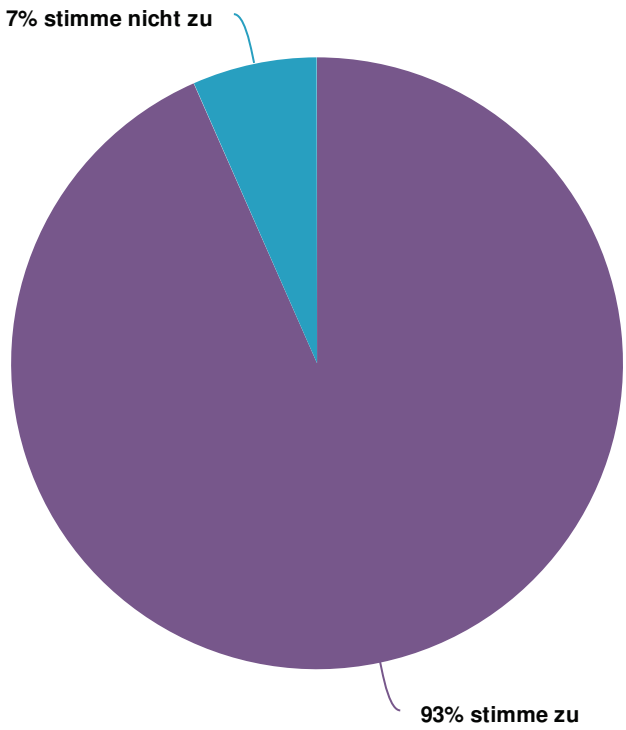
169. Veränderte Altersstrukturen verlangen nach würdevollen alternativen Lebensformen im Alter. Die Lebensleistung unserer Leistungsträger muss honoriert werden. Es kann nicht angehen, dass unsere Väter und Mütter ein Leben lang für unseren Wohlstand gearbeitet haben und dann im Rentenalter von Ihrer Rente nicht eigenständig leben können. Zugleich werden Gelder und Sozialleistungen für zugezogene Sozialhilfeempfänger bevorzugt ausgegeben. Neben der monetären Sicherheit setzen wir uns für ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben, gute und langfristige Gesundheitsversorgung, Verringerung der sozialen Verarmung sowie alternative Wohnformen ein.



Value	Percent	Responses
stimme zu	97.6%	677
stimme nicht zu	2.4%	17

Total: 694

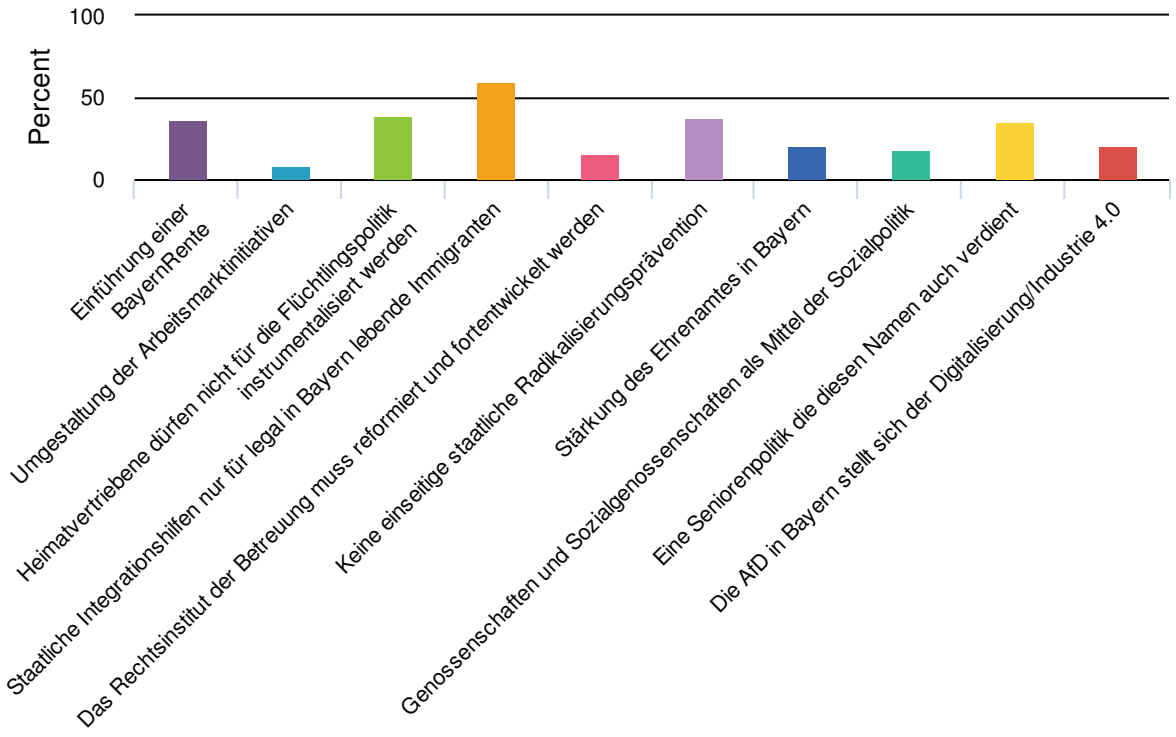
170. Die Digitalisierung/Industrie 4.0 stellt besonders das High-Tech Bundesland Bayern vor große berufliche wie gesellschaftliche Herausforderungen. Die Vernetzung Mensch mit Maschine und die Robotertechnik, verbunden mit künstlicher Intelligenz, werden zukünftig weitere Jobs vernichten, aber auch völlig neue Tätigkeitsfelder hervorbringen. Dies erfordert völlig neue Fähigkeiten und stellt neue Anforderungen an bestehende Handwerksberufe. Wir benötigen deshalb intensive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten um auch künftig den Wohlstand der bayrischen Bürger sichern zu können. Die AfD in Bayern stellt sich dieser Herausforderung durch Etablierung einer Digitalisierung/Industrie 4.0 Kompetenzgruppe.



Value	Percent	Responses
stimme zu	93.4%	638
stimme nicht zu	6.6%	45

Total: 683

171. Bitte wählen sie aus den Programmpunkten des LFA 11 die für sie bedeutsamsten Themen aus: (Sie können maximal 3 Themen ankreuzen!)



Value	Percent	Responses
Einführung einer BayernRente	36.4%	257
Umgestaltung der Arbeitsmarktinitiativen	8.2%	58
Heimatvertriebene dürfen nicht für die Flüchtlingspolitik instrumentalisiert werden	38.5%	272
Staatliche Integrationshilfen nur für legal in Bayern lebende Immigranten	59.2%	418
Das Rechtsinstitut der Betreuung muss reformiert und fortentwickelt werden	15.4%	109
Keine einseitige staatliche Radikalisierungsprävention	37.8%	267
Stärkung des Ehrenamtes in Bayern	20.3%	143
Genossenschaften und Sozialgenossenschaften als Mittel der Sozialpolitik	18.0%	127
Eine Seniorenpolitik die diesen Namen auch verdient	35.6%	251
Die AfD in Bayern stellt sich der Digitalisierung/Industrie 4.0	21.0%	148